



Landtag von Baden-Württemberg

68. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 15. Mai 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 12:35 bis 13:31 Uhr

Schluss: 17:16 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4055	3. Regierungsbefragung	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Dr. Reinhard Löffler	4055	3.1 Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft.	4087
Begrüßung einer Delegation aus Schaffhausen unter Leitung des ehemaligen Präsidenten des Kantonsrats des Kantons Schaffhausen, Herrn Charles Gysel	4064	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	4087, 4090
1. Regierungserklärung – Regionale Schulentwicklung – die baden-württembergische Bildungslandschaft erfolgreich gestalten und Aussprache	4055	Staatsrätin Gisela Erler	4087, 4088, 4089, 4090, 4091, 4092
Minister Andreas Stoch	4055, 4073	Abg. Thomas Blenke CDU	4088
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	4059, 4069, 4076	Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	4089
Abg. Georg Wacker CDU	4062, 4070, 4076	Abg. Claus Schmiedel SPD	4091
Abg. Sandra Boser GRÜNE	4064, 4071, 4077	Abg. Winfried Mack CDU	4091
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	4067, 4072, 4077	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	4092
2. Aktuelle Debatte – Grün-rote Verbotspolitik – Ideologische Gängelung von mündigen Bürgern – beantragt von der Fraktion der CDU	4078	3.2 Aktueller Schuldenstand des Landes Baden-Württemberg.	4092
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	4078	Abg. Claus Schmiedel SPD	4093, 4095
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	4080	Staatssekretär Ingo Rust	4093, 4094, 4095, 4096, 4097
Abg. Claus Schmiedel SPD	4082	Abg. Winfried Mack CDU	4093, 4097
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	4082	Abg. Klaus Maier SPD	4094, 4097
Ministerin Silke Krebs	4084	Abg. Volker Schebesta CDU	4094
		Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	4095, 4097
		Abg. Manfred Hollenbach CDU	4095
		Abg. Muhterem Aras GRÜNE	4096
		Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	4096

<p>4. Aktuelle Debatte – Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau – beantragt von der Fraktion GRÜNE 4098</p> <p>Abg. Bärtl Mielich GRÜNE 4098</p> <p>Abg. Stefan Teufel CDU 4099</p> <p>Abg. Florian Wahl SPD 4100</p> <p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 4101</p> <p>Ministerin Katrin Altpeter 4103</p> <p>5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg – Drucksache 15/3465 4104</p> <p>Ministerpräsident Winfried Kretschmann 4104</p> <p>Abg. Ulrich Lusche CDU 4106</p> <p>Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE 4107</p> <p>Abg. Gernot Gruber SPD 4108</p> <p>Abg. Andreas Glück FDP/DVP 4110</p> <p>Beschluss 4111</p> <p>6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende – Drucksache 15/2688 4111</p>	<p>Abg. Johannes Stober SPD 4111, 4117</p> <p>Abg. Paul Nemeth CDU 4112</p> <p>Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE 4113</p> <p>Abg. Andreas Glück FDP/DVP 4114</p> <p>Ministerin Silke Krebs 4116</p> <p>Beschluss 4118</p> <p>7. a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Aktueller Sachstand zum Armuts- und Reichtumsbericht – Drucksache 15/2825 (geänderte Fassung)</p> <p>b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2886 4118</p> <p>Abg. Thaddäus Kunzmann CDU 4118, 4124</p> <p>Abg. Rainer Hinderer SPD 4119</p> <p>Abg. Thomas Poreski GRÜNE 4120, 4125</p> <p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 4122</p> <p>Ministerin Katrin Altpeter 4123</p> <p>Beschluss 4125</p> <p>Nächste Sitzung 4125</p>
---	--

Protokoll

über die 68. Sitzung vom 15. Mai 2013

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 68. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Urlaub für heute habe ich Herrn Kollegen Deuschle erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Minister Untersteller, Herr Kollege Hahn, Herr Kollege Locherer und Herr Kollege Paal.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Minister Friedrich für die Zeit ab 13:00 Uhr.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Reinhard Löffler hat heute Geburtstag. Ich sehe ihn noch nicht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Er feiert!)

Aber wir gratulieren ihm auch in Abwesenheit sehr herzlich zu seinem heutigen Geburtstag und wünschen ihm alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 25. April 2013, Az.: 1 VB 15/13 und 1 VB 22/13 – Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie gegen das Landesglücksspielgesetz

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 10. Mai 2013 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksache 15/3482

Überweisung an den Innenausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Regionale Schulentwicklung – die baden-württembergische Bildungslandschaft erfolgreich gestalten

und Aussprache

Ich erteile Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Land Baden-Württemberg steht im Hinblick auf die Weiterentwicklung seiner Bildungslandschaft vor erheblichen Herausforderungen. Zu nennen sind hierbei insbesondere die Forderungen nach mehr Bildungsgerechtigkeit, die Umsetzung der Inklusion sowie die Anpassung der Schulstrukturen an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Hierbei ist insbesondere der demografische Wandel zu nennen.

Der große Erfolg Baden-Württembergs beruht auf den Fähigkeiten seiner Einwohner. Die baden-württembergischen Schulen, insbesondere das große Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, sind seit langer Zeit Garanten für diese Erfolgsgeschichte. Auf diesen Erfolgen können wir uns aber nicht ausruhen. Internationale Vergleichsstudien belegen, dass eine konsequente Modernisierung auch unseres Bildungssystems notwendig ist, um diesen Erfolg unseres Landes nicht zu gefährden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Sicherung der Zukunft des Landes Baden-Württemberg verlangt, dass nun entschlossen gehandelt wird. Gute Politik zeichnet sich nach unserer Auffassung durch Gestaltungswillen aus, auch wenn den Menschen schwierige Entscheidungen vermittelt werden müssen. Wir müssen jetzt die schulischen Strukturen den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen. Es reicht nicht mehr aus, mit den Antworten der Vergangenheit auf die Fragen nach der Gestaltung unserer Zukunft zu reagieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein sehr wichtiges Kernelement dieser Anpassung unserer Bildungslandschaft an die Herausforderungen der Zukunft ist die Erarbeitung und Umsetzung einer regionalen Schulentwicklungsplanung.

(Minister Andreas Stoch)

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die Konsequenzen für unser Bildungssystem haben, sind unübersehbar. An erster Stelle zu nennen ist hier der demografische Wandel. Aktuell liegt die Geburtenrate in Baden-Württemberg bei durchschnittlich 1,36 Kindern je Frau. 2,1 Kinder wären notwendig, um die Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg ohne Zuwanderung konstant zu halten. Wir werden deshalb auf längere Sicht mit einer deutlich zurückgehenden Einwohnerzahl konfrontiert sein. Selbst wenn – als Erfolg familienpolitischer Maßnahmen – die Geburtenrate wieder ansteigen würde, so würde es – das besagt das Prinzip der demografischen Trägheit – Jahrzehnte dauern, bis die ursprüngliche Einwohnerzahl wieder erreicht wäre.

Der Bevölkerungsrückgang wird Land- und Stadtkreise, die Städte und Gemeinden im Land unterschiedlich stark treffen. Deshalb benötigen wir eine genaue Betrachtung der Raumschaften in Baden-Württemberg, um hier die richtigen Weichenstellungen zu treffen.

Viele Gemeinden des ländlichen Raums stellt die Bevölkerungsentwicklung zunehmend vor große Herausforderungen. 34 % der Baden-Württemberger leben im ländlichen Raum. Von den 1 101 Gemeinden Baden-Württembergs gehören 655 – das sind 59 % – dem ländlichen Raum an. Der Bevölkerungsrückgang stellt auch ein Problem für die heimische Industrie, für Wirtschaft und Handwerk dar, weil sich schon jetzt ein ganz erheblicher Fachkräftemangel zeigt. Auch aus diesem Grund kommt es jetzt mehr denn je auf den Bildungserfolg jedes einzelnen jungen Menschen an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Schülerzahlenrückgang lässt sich schon seit Längerem – seit Anfang dieses Jahrtausends – deutlich in den einschlägigen Statistiken ablesen. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Schüler an den Schulen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2025 um knapp ein Fünftel weiter zurückgehen wird.

Daneben beobachten wir bereits seit einigen Jahren ein verändertes Schulwahlverhalten der Schülerinnen und Schüler bzw. der Eltern. So nimmt der Anteil derjenigen Schülerinnen und Schüler konstant ab, die nach Abschluss der Grundschule auf die Hauptschule bzw. die Werkrealschule wechseln. Dies belegt den Wunsch, einen möglichst „hohen“ Bildungsabschluss zu erreichen. Vor Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung existierte bei vielen Eltern das Gefühl, dass ihren Kindern bei einer aus ihrer Sicht „falschen“ Entscheidung über den weiteren Bildungsweg Zukunftschancen verbaut würden.

Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung hat das veränderte Schulwahlverhalten nicht ausgelöst, führte aber zu einer Beschleunigung dieser Entwicklung. Der Schülerzahlenrückgang und veränderte Schulwahlentscheidungen führten bereits in den vergangenen Jahren dazu, dass zahlreiche weiterführende Schulen, insbesondere Haupt- und Werkrealschulen, in Städten und Gemeinden unseres Landes nicht erhalten werden konnten. Von über 1 200 Haupt- und Werkrealschulen, die es noch vor wenigen Jahren in Baden-Württemberg gegeben hat, bestehen derzeit noch 862.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da haben wir also doch etwas angestoßen!)

Viele dieser Schulen sind zu sehr kleinen Schulen geworden, viele davon sind inzwischen einzügig. Teilweise sind heute schon nicht mehr genügend Schüler vorhanden, um eine Eingangsklasse bilden zu können. So haben im laufenden Schuljahr bereits 125 dieser Schulen keine Schülerinnen und Schüler mehr in der Klassenstufe 5 gemeldet. Weitere 224 Haupt- und Werkrealschulen haben in der Klassenstufe 5 Schülerzahlen zwischen eins und 15, also Anmeldezahlen unter der Mindestschülerzahl von 16. Diese Entwicklung wird sich auch in den nächsten Schuljahren fortsetzen.

Die zurückgehende Schülerzahl birgt dabei erhebliche Probleme sowohl pädagogischer als auch organisatorischer Art. Dies betrifft einerseits die Schulverwaltung, die die personelle Ausstattung und ein hochwertiges personelles Angebot sicherstellen muss. So sind in sehr kleinen Schulen die Möglichkeiten differenzierender Angebote geringer. Daneben treten organisatorische Schwierigkeiten auf, z. B. bei Erkrankung von Lehrerinnen und Lehrern. Die Potenziale für Teamarbeit der Lehrkräfte sind hier nur schwach ausgeprägt.

Es betrifft andererseits aber auch die kommunale Seite in Bezug auf die geplanten Investitionen und die Sachmittelausstattung. Kleine Schulen verlangen insgesamt von allen Beteiligten überdurchschnittlich viel Engagement und Kraft.

Bereits vor einigen Jahren – der starke Rückgang der Schülerzahlen setzte, wie schon gesagt, bereits Anfang dieses Jahrtausends ein – wäre eine planvolle Gestaltung dringend notwendig gewesen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wäre dieser Prozess von den Vorgängerregierungen eingeleitet worden, hätten wir noch in vielen ländlichen Bereichen stabilere Strukturen, die gleichzeitig die Gewähr für qualitativ hochwertige Schulen bieten würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Fast alle anderen Bundesländer haben, unter unterschiedlichen Bezeichnungen, derartige Verfahren der regionalen Schulentwicklung etabliert.

Ein einfaches „Weiter so!“, das heißt, ein Beharren auf dem dreigliedrigen Schulsystem ist nicht geeignet – wie dies von CDU und FDP/DVP suggeriert wird –, die bestehenden Probleme, gerade im ländlichen Raum, zu lösen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Würden keine strukturellen Maßnahmen im Rahmen eines planerischen Prozesses eingeleitet, würde sich der Anteil kleiner und kleinster Schulen weiter erhöhen. Die weit überwiegende Zahl der Schulen wären bereits auf kurze Sicht nicht mehr überlebensfähig; die notwendigen Schülerzahlen für die Einrichtung einer Eingangsklasse würden nicht mehr erreicht werden.

Dies ist eine für die betroffenen Schulen, für die Schulträger, für die Kolleginnen und Kollegen an diesen Schulen und für das Land insgesamt sehr unbefriedigende Situation. Unter den kleinen und kleinsten Schulen befinden sich vor allem Haupt- bzw. Werkrealschulen.

(Minister Andreas Stoch)

Eine regionale Schulentwicklungsplanung für die weiterführenden Schulen muss aber neben den genannten Haupt- bzw. Werkrealschulen auch die weiteren Schularten, also Gemeinschaftsschulen, Realschulen und Gymnasien sowie berufliche Schulen und Sonderschulen, in den Blick nehmen. Bei diesen Schularten spielt der starke Rückgang der Schülerzahlen im Hinblick auf die demografischen Veränderungen insgesamt derzeit noch eine schwächere Rolle; mittel- und langfristige werden aber auch dort die Schülerzahlen zurückgehen.

Wir werden die notwendigen Planungsprozesse so zu gestalten haben, dass eine Gesamtschau der Bildungsangebote möglich wird. Unser Ziel ist, dass überall im Land ein gutes Bildungsangebot vorgehalten werden kann – dies vor allem unter dem Gesichtspunkt der Erreichbarkeit von Bildungsabschlüssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Grundschulen sind dabei grundsätzlich nicht Gegenstand des Prozesses dieser regionalen Schulentwicklung. Wir wollen auch in Zukunft gewährleisten, dass Kinder im Grundschulalter die Schule möglichst wohnortnah besuchen können. Der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ gilt auch weiterhin.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: „Grundsätzlich“!)

Durch stärker integrative Strukturen können in vielen Raumschaften gerade im ländlichen Raum Schulstandorte erhalten werden, wenn in diesen unter Wahrung pädagogischer Qualität verschiedene Bildungsabschlüsse erreicht werden können. Grundsätzlich ist es wichtig, in Zukunft stärker von den Bildungsabschlüssen her zu denken. Wir werden die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir verfolgen daher mit unserer Politik zwei wesentliche Ziele: Zum einen wollen wir eine Weiterentwicklung der regionalen Schulstrukturen, die die Gewähr für Stabilität und Qualität bietet. Die Eltern sollen sich darauf verlassen können, sie sollen die Sicherheit haben, dass alle Bildungsabschlüsse erreichbar sind.

Daneben wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich Schulen auf die veränderten Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Begabungsvielfalt, besser einstellen können. Viele Schulen, und zwar in allen Schularten, haben sich bereits auf den Weg gemacht. Wir sind uns sicher, dass die Schulen diese Herausforderungen als Chance begreifen, ihre pädagogischen Konzepte auf stärker differenzierende Lernmethoden hin auszurichten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Diese Ziele wollen wir durch Umsetzung eines Zweisäulensystems verwirklichen. Eine dieser beiden Säulen wird auch weiterhin das Gymnasium sein. Das Gymnasium ist in Baden-Württemberg ein Garant für den Erwerb eines hoch anerkannten Bildungsabschlusses, der jungen Menschen hervorragende Möglichkeiten für eine anschließende Berufsausbildung oder ein Studium ermöglicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ziel ist dabei ein Zweisäulenschulsystem mit einerseits dem Gymnasium und andererseits einem integrativen Bildungsweg, der sich aus den bisherigen Schularten entwickelt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also die Auflösung der Realschule!)

Dies erreichen wir dann, wenn all diese Schulen die Gewähr dafür bieten, Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Begabung angemessen zu fördern. Die Gemeinschaftsschule ist hierbei besonders geeignet, um diesen integrativen Bildungsweg zu ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es geht der Landesregierung darum, einem ihrer zentralen Anliegen folgend sinnvolle und nachhaltige Entwicklungen zu ermöglichen, diese zu unterstützen und sie nicht dirigistisch zu verordnen. Wir wollen damit erreichen, dass die Schullandschaft in Baden-Württemberg im Hinblick auf die eintretenden Veränderungen leistungsfähiger wird und gleichzeitig die Gewähr dafür bietet, dass die Bildungschancen eines Kindes nicht von seiner sozialen Herkunft abhängen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind überzeugt davon, dass die regionale Schulentwicklung nur dann erfolgreich gestaltet werden kann, wenn sie im Hinblick auf die Umsetzung von Land, Kommunen und Landkreisen gemeinsam getragen und politisch vertreten wird.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit ist uns sehr wichtig. Wir haben daher mit den kommunalen Landesverbänden zahlreiche Gespräche geführt, die für uns die Gewähr dafür bieten, die regionale Schulentwicklungsplanung auch unter Berücksichtigung der Belange der kommunalen Seite umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sowohl im Hinblick auf die Zielbeschreibung als auch im Hinblick auf die nun einzuleitenden Planungsverfahren wurde in weiten Teilen Übereinstimmung mit den kommunalen Landesverbänden hergestellt. Dass sich Land und Kommunen gemeinsam an diese Aufgabe machen, ist eine gute Voraussetzung dafür, dass der Prozess zum Erfolg führen wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ziel muss es dabei sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Baden-Württemberg zu gewährleisten. Deswegen werden wir die kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise intensiv an den Prozessen beteiligen und die Schullandschaft im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung gestalten. Wir treten bei der zukünftigen Ausgestaltung der Schullandschaft für stabile Verhältnisse ein, die gleichzeitig die Garantie für hohe pädagogische Qualität bieten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dies bedeutet, dass wir für die weiterführenden Schulen Mindestschülerzahlen anstreben, die eine langfristige Stabilität versprechen.

Am Ende des Planungsprozesses sollen die weiterführenden Schulen in den Eingangsklassen eine stabile Zweizügigkeit,

(Minister Andreas Stoch)

das heißt mindestens 40 Schülerinnen und Schüler, aufweisen. Für die allgemeinbildenden Gymnasien haben die Eingangsklassen bei Neueinrichtungen zusammen mindestens 60 Schülerinnen und Schüler. An dieser Größe werden wir uns insbesondere auch bei der Genehmigung und Neueinrichtung von Schulen orientieren. Diese stabilen Schülerzahlen sind unter dem Gesichtspunkt der pädagogischen Qualität, aber auch im Hinblick auf die Investitionen, die die kommunalen Träger zu schulern haben, eine Größenordnung, die Verlässlichkeit und Planungssicherheit bietet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die genannten Mindestgrößen sollen grundsätzlich für alle allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I gleichermaßen gelten. Wir werden Ausnahmen dann zulassen, wenn dies aufgrund besonderer Gegebenheiten erforderlich ist. Hierbei ist die Erreichbarkeit von Bildungsabschlüssen ein zentraler und ganz wichtiger Aspekt.

Soweit Schülerströme der allgemeinbildenden Schulen Bedeutung für die beruflichen Schulen haben, werden wir auch diese in die regionale Schulentwicklungsplanung einbeziehen. Darüber hinaus wird es aber einen gesonderten Prozess für die anderen Schulen des beruflichen Schulwesens geben, wenn gleich unter zum Teil anderen Vorgaben. Auch die Sonderschulen und der Gedanke der Inklusion werden von Anfang an mit berücksichtigt, doch aufgrund der Komplexität in einem gesonderten Verfahren zu behandeln sein.

Wodurch wird nun die regionale Schulentwicklung ausgelöst? Wir haben drei Anlässe für den Prozess der Schulentwicklung in einer Raumschaft vorgesehen: erstens wenn ein öffentlicher Schulträger einen Antrag z. B. auf Einrichtung einer neuen Schule oder auf Umwandlung einer bestehenden Schule stellt, zweitens wenn ein öffentlicher Schulträger innerhalb einer Raumschaft den Start eines regionalen Schulentwicklungsprozesses von sich aus initiiert oder drittens dann, wenn in einer öffentlichen Schule keine Eingangsklasse mehr gebildet werden kann, wenn dafür also weniger als 16 Schülerinnen und Schüler vorhanden sind.

Die Landesregierung geht davon aus, dass es schon bald flächendeckend regionale Schulentwicklungsprozesse geben wird. An dem Planungsprozess innerhalb einer Raumschaft sind alle Schulträger – gegebenenfalls auch über Landkreisgrenzen hinweg – zu beteiligen, die im Einzugsbereich der jeweiligen Schule liegen, hinsichtlich der der Entwicklungsprozess ausgelöst wird.

Wie soll nun das Verfahren der regionalen Schulentwicklung konkret aussehen? Der gesamte Prozess ist als Dialog- und Beteiligungsverfahren konzipiert. Er besteht aus mehreren Phasen.

Die staatlichen Schulämter und die Regierungspräsidien ermitteln zunächst gemeinsam die Schülerströme, und danach bestimmen sie die jeweiligen Planungsgebiete, die Raumschaften. Sie haben vor allem die Aufgabe, den Prozess durch Informationen und Beratung zu begleiten, z. B. durch Daten zu Schulen, also zur Istsituation oder zu den erwarteten Übergangszahlen. Sie entwickeln darüber hinaus Prognosen zu den Schülerströmen auf der Grundlage der Daten zur Bevölkerungsentwicklung.

Durch einen gezielten Dialogprozess soll damit bereits im Vorfeld der Antragstellung nach § 30 des Schulgesetzes abgeklärt werden, ob und gegebenenfalls inwieweit die Interessen anderer Kommunen im Einzugsbereich des Antragstellers tangiert sein könnten. In dieser ersten Phase kommt es entscheidend darauf an, im Zuge eines strukturierten Dialogs mit verschiedenen Interessenvertretern innerhalb der Kommunen bzw. in der Region eine gemeinsame Vision und Konzeption für das künftige Schulangebot zu entwickeln.

Der Gegenstand einer weiteren Phase ist die Antragstellung, wenn ein Schulträger nach § 30 des Schulgesetzes Handlungsbedarf sieht und einen Antrag stellt. Die Schulverwaltung prüft dabei, ob sämtliche Aspekte des öffentlichen Bedürfnisses gewürdigt werden. Hierzu gehören nicht nur die Interessen der antragstellenden Gemeinden, sondern auch die Interessen der übrigen Gemeinden in dieser Raumschaft. Bei Bedarf wird ein entsprechendes Verfahren eingeleitet. Die Stellungnahmen der anderen Gemeinden werden bei der Antragsprüfung im Sinne des öffentlichen Bedürfnisses gewürdigt.

In der letzten Phase, der Entscheidungsphase, wird – sofern ein Konsens zwischen allen Akteuren gefunden wurde – sodann der regionale Schulentwicklungsprozess nach § 30 des Schulgesetzes zu einer Entscheidung führen. Wird in dieser Phase jedoch kein Konsens gefunden, gehen die Akteure in ein Schlichtungsverfahren, das von den Regierungspräsidien durchgeführt wird. In einem solchen Dissensfall werden die Stellungnahmen der beteiligten Schulträger nochmals geprüft und werden nach Möglichkeit alternative Vorschläge entwickelt und abgestimmt. Sofern andere Lösungsansätze ebenfalls nicht konsensfähig sein sollten, entscheidet in letzter Konsequenz die Schulverwaltung abschließend über die Ablehnung oder die Genehmigung eines Antrags.

Sollte ein Schulträger bei Unterschreitung der Mindestschülerzahlen trotz entsprechender Hinweise der Schulverwaltung nicht aktiv werden, so hebt diese den Schulstandort auf, wenn die vorgeschriebene Mindestgröße in der Eingangsklasse in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unterschritten wird und kein Ausnahmetatbestand vorliegt. Auch in diesem Hinweisverfahren, wonach ein Standort die notwendigen Mindestgrößen nicht erreicht, sollen die Interessen der Nachbargemeinden geprüft und gewürdigt werden. Das Verfahren endet hier ebenfalls mit einer Entscheidung der Schulverwaltung.

Ich möchte aber einflechten: Wir setzen große Hoffnungen darauf, dass wir durch gute Beratung im Rahmen des Dialog- und Beteiligungsverfahrens durch die Schulämter und Regierungspräsidien hier sehr häufig konsensuale Lösungen erreichen können. Für uns steht ein Ausgleich der Interessen der beteiligten Schulträger, der Kommunen und der Landkreise und damit einhergehend auch der Interessen der Schulverwaltung im Mittelpunkt. Wir wollen in so vielen Fällen wie möglich einen Konsens schaffen. Deswegen ist es für mich ein elementarer Bestandteil der regionalen Schulentwicklungsplanung, dass Land und kommunale Seite regionale Schulentwicklung als ihr gemeinsames Projekt begreifen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Landesregierung möchte, dass so schnell wie möglich die Planungsprozesse auf der heute vorgestellten Grundlage in

(Minister Andreas Stoch)

Gang kommen. Deshalb werden wir noch vor der Sommerpause die Eckpunkte der regionalen Schulentwicklungsplanung im Kabinett beschließen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: In welchem Jahr? – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Diese Eckpunkte werden den Schulträgern und der Schulverwaltung die notwendige Handlungs- und Planungssicherheit geben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, über manches in der Bildungspolitik ist in diesem Parlament in den letzten Monaten und Jahren kontrovers diskutiert worden. Dass die Schulstrukturen den demografischen Bedingungen angepasst werden müssen, dass ferner Veränderungen notwendig sein werden, um allen jungen Menschen einen hochwertigen Bildungsabschluss in erreichbarer Nähe zu ermöglichen, dass die Stärken und Schwächen des einzelnen Schülers im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen müssen und dass diese Fragen im guten Miteinander aller Akteure und Betroffenen gelöst werden müssen, wird, glaube ich, von niemandem ernsthaft bestritten.

Dies ist eine gute Basis, ein guter Konsens, um die anstehenden Aufgaben gemeinsam meistern zu können. Das wollen auch die Menschen in Baden-Württemberg, und sie werden uns allen danken, wenn wir hier gemeinsam vorankommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Tun wir das nicht, würde dies zum Schaden des Landes und seiner Menschen, vor allem der jungen Generation, sein. Wir müssen uns deshalb gemeinsam dieser schwierigen Aufgabe annehmen. Ich lade alle Beteiligten ein – die kommunalen Landesverbände, die Schulverwaltung, die Landtagsabgeordneten, auch die der Oppositionsparteien –, diesen Entwicklungsprozess zu unterstützen und den nun anstehenden Gestaltungsprozess auch in schwierigen Entscheidungen mitzutragen und die richtige Zukunftsperspektive für die Gemeinden, für die Schulträger und für die Schulgemeinschaften aufzumachen.

Wenn wir gemeinsam diesen Prozess konstruktiv begleiten, schaffen wir das, was wir in Baden-Württemberg brauchen: Eine Bildungslandschaft, die geprägt ist von Stabilität und hoher pädagogischer Qualität im Interesse der jungen Menschen in unserem Land.

Ganz herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Es findet immer ein Wechsel im Aufschlag der Oppositionsfraktionen statt. Diesmal startet die FDP/DVP-Fraktion.

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich vor zwei Jahren als Gymnasiallehrer neu in den

baden-württembergischen Landtag gewählt wurde, hätte ich mir nicht im Traum vorstellen können, dass man das erfolgreichste Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland in einem derart atemberaubenden Tempo an die Wand fahren könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das sagen die Richtigen!)

Wo stand denn das baden-württembergische Schulsystem im Jahr 2011, im Jahr des Regierungswechsels? Niedrigste Sitzbleiberquote aller Bundesländer,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

niedrigste Schulabbrecherquote aller Bundesländer, niedrigste Jugendarbeitslosenquote aller Bundesländer.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das war die Bilanz der Übergabe nach 15 Jahren erfolgreicher Bildungspolitik von der christlich-liberalen Koalition an Sie von Grün-Rot.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

An diesen harten Fakten und Zahlen müssen Sie sich messen lassen. Dabei hilft Ihnen auch nicht das manchmal smarte, manchmal aber auch sehr dünnhäutige Auftreten Ihres neuen Kultusministers,

(Oh-Rufe von der SPD)

insbesondere dann, wenn er inhaltlich kritisiert wird.

Wie ist nun die Situation in der baden-württembergischen Bildungslandschaft, nachdem Sie seit zwei Jahren die alleinige Verantwortung hierfür tragen? Beispielhaft möchte ich einen zentralen Aspekt herausnehmen, nämlich die von Ihnen völlig überstürzte, miserabel vorbereitete und im Grunde unnötige Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn die Konsequenzen dieses Schnellschusses waren und sind für die Betroffenen verheerend. Mit der Abschaffung der Verbindlichkeit haben Sie die schwierige Situation der vom demografischen Wandel betroffenen Schulstandorte ohne Not mutwillig verschärft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das haben Sie, Herr Minister, gerade eben auch selbst zugegeben. Mit der Abschaffung wollten Sie in einem ersten Schritt die Haupt- und Werkrealschulen als vermeintlich am leichtesten zu schleifende Bausteine des gegliederten Schulwesens kaputt machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

Wie wir heute wissen, sind Sie Ihrem Ziel leider erschreckend nahegekommen. Die GEW schreibt dazu:

(Dr. Timm Kern)

Trotz hervorragender pädagogischer Konzepte, trotz der von niemandem bestrittenen hervorragenden Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch der Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten, der Schulsozialarbeit, der Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter sowie Lehrbeauftragten gingen die Anmeldezahlen an den Haupt- und Werkrealschulen von 23 362 auf 14 556 zurück, ein Minus von 8 800 oder 37 Prozent. Im Vergleich zum Schuljahr 2010/11 schrumpften die Schülerzahlen um fast 50 Prozent.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Meine Damen und Herren, das sind die Folgen Ihrer schlechten Bildungspolitik. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Mit dem heute von Ihnen vorgelegten Konzept der regionalen Schulentwicklung versuchen Sie nun zu retten, was noch zu retten ist, um die von Ihnen losgetretene Lawine des Schulsterbens wenigstens ein bisschen zu kanalisieren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was Sie verschlafen haben!)

Dabei möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen: Dieses Schulentwicklungskonzept hätten wir gebraucht, bevor Sie darangingen, die baden-württembergische Schullandschaft umzukrempeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Vor fünf bis zehn Jahren bereits! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das nennt man Eigentor, Herr Doktor!)

Stattdessen haben Sie aber immer wieder Fakten geschaffen, ohne ein schlüssiges Konzept als Grundlage zu haben. Aus diesem Grund läuft Ihr Versuch, die Verantwortung für die heutige Situation der alten Landesregierung in die Schuhe zu schieben, völlig ins Leere.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wem denn sonst?)

Angesichts Ihres Totalumbaus des baden-württembergischen Schulsystems wäre es Ihre Pflicht gewesen, eine konzeptionelle Planung

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die Gnade der späten Wahl!)

mit den Betroffenen vor Ort zu erarbeiten, bevor Sie Ihre zahlreichen Baustellen im Bildungsbereich eröffnet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Minister Stoch, Sie haben ausgeführt, dass es drei Anlässe gibt, von denen vor Ort ein regionaler Schulentwicklungsprozess ausgelöst wird: erstens wenn eine neue Schule eingerichtet wird, zweitens wenn Kommunen sagen: „Wir wollen einen regionalen Schulentwicklungsprozess machen“, drittens bei der konkreten Gefährdung eines Schulstandorts.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist nichts Neues!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war's. Da kommt auch nicht mehr. Alle drei Punkte bzw. Anlässe sind doch pure Selbstverständlichkeiten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die es bisher nicht gab!)

Wo ist denn eigentlich der konkrete Mehrwert Ihres heutigen Konzepts im Vergleich zur bisherigen Situation?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Am Ende gern. – Das von Grün-Rot heute vorgestellte Konzept ist keinesfalls ein großer Wurf, sondern bestenfalls ein halbherziges Vorgehen mit der Logik einer Einbahnstraße. Sie geben den Verantwortlichen vor Ort eben keine echte Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit, sondern Sie übertragen den Verantwortlichen vor Ort lediglich die schwierige Entscheidung über die Schließung eines Schulstandorts. Dabei wollen Sie aber den Anschein erwecken, die Verantwortlichen vor Ort seien eingebunden worden, und zwar selbst dann, wenn in Wirklichkeit das Land die Schule schließt. Dabei hätten Sie es eigentlich besser wissen können. Ich darf Sie wieder einmal an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern. Auf Seite 9 ist im zweiten Abschnitt zu lesen:

Wir wollen von der Zuweisung nach dem Klassenteilerprinzip auf eine Pro-Schüler-Zuweisung von Lehrerstunden umstellen.

Hätten Sie dieses Prinzip auf Ihr heutiges Konzept angewandt, hätte ich Ihr Konzept als mutig und zukunftsweisend gelobt. Mutig und zukunftsweisend wäre es gewesen, wenn Sie gesagt hätten: „Innerhalb einer Region, innerhalb eines Landkreises gibt es soundso viele Schüler, was die Menge X an Zuweisungen mit sich bringt.“ Hierbei könnte man auch den ländlichen Raum berücksichtigen. Denn dann würden sich alle für Bildung Verantwortlichen vor Ort an einen Tisch setzen und würden eigenverantwortlich über die Verwendung des Bildungsbudgets entscheiden. So würden sie ein vor Ort passendes Bildungsangebot gestalten können, statt einfach nur über Schulschließungen zu entscheiden, wie Grün-Rot es nun vorhat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Das wäre konsequenter, das wäre mutiger gewesen und hätte einer freiheitlichen Bildungspolitik entsprochen, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei: Da klatscht kein Praktiker! – Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Punkt: Entgegen Ihrer Ankündigung, nicht dirigistisch vorgehen zu wollen, schreiben Sie in Ihrem Konzept ganz klar vor, wohin die Reise der baden-württembergischen Schulen gehen soll. Sie wollen nämlich eine Zweisäulenschulstruktur.

(Zuruf von der CDU: Vorher schon!)

(Dr. Timm Kern)

Entscheidend und entlarvend dabei ist aber, dass die zweite Säule nach Ihren Vorstellungen immer an integrativen Strukturen ausgerichtet sein soll. Das heißt, Sie haben Ihr Ziel immer noch nicht aufgegeben, dass die zweite Säule letztlich immer die Gemeinschaftsschule sein soll. Sie müssen aber den Menschen in Baden-Württemberg offen und ehrlich sagen, dass aus Ihrer Sicht, dass aus grün-roter Sicht für Hauptschulen, für Werkrealschulen und für Realschulen mittelfristig kein Platz mehr ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Deswegen werden sie ausgehungert!)

Meine Damen und Herren, es muss doch wie Hohn in den Ohren der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen klingen, wenn die bestehenden Schularten es als Chance begreifen sollen, ihre pädagogischen Konzepte auf stärker differenzierenden Lernmethoden hin auszurichten,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

wie Sie, Herr Minister, dies soeben gesagt haben. Als ob es an unseren Schulen bisher keine differenzierenden Lernmethoden gegeben hätte!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Bravo!)

Außerdem setzen Sie nun einen neuen Hebel an, um Ihr Lieblingskind Gemeinschaftsschule auch gegen Widerstände weiter auszubauen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einheitschule!)

So betonen Sie, Herr Minister Stoch, an mehreren Stellen Ihrer Rede die „Erreichbarkeit von Bildungsabschlüssen“. Übersetzt auf Deutsch heißt das konkret: An der Gemeinschaftsschule werden alle Abschlüsse angeboten. Somit besteht für die nahegelegene Realschule keine Daseinsberechtigung mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist die Wahrheit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird sich auch weiterhin mit aller Kraft für den Erhalt und für die Fortentwicklung der erfolgreichen Realschulen in unserem Land einsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dass Ihr Konzept unausgegoren und eben kein großer Wurf ist, zeigt sich auch an weiteren Punkten. Erstens: Die beruflichen Schulen bleiben weitestgehend außen vor, als wären sie nicht elementarer Bestandteil unseres Bildungswesens.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stiefkinder!)

Diese teilweise Ausgrenzung der beruflichen Schulen halten wir für falsch.

Zweitens: Sie klammern komplett auch die G-8-/G-9-Problematik aus – die die Menschen im Land aber wirklich bewegt –, anstatt sich unseren Vorschlag anzueignen.

Drittens: Wesentliche Weichenstellungen im Bereich Inklusion oder Ganztagschule haben Sie nicht vorgenommen, obwohl gerade diese Fragen für die Gestaltung des Schulangebots vor Ort ganz entscheidend sind.

Und beim einzigen konkreten Punkt Ihrer Rede, Herr Minister, nämlich der Frage der Schulmindestgröße, zeigen Sie, dass Sie den Verantwortlichen vor Ort eben keine Entscheidungsfreiheit geben wollen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Basta!)

Denn sonst hätten Sie eine Möglichkeit der flexiblen Ausgestaltung vor Ort eingeräumt und damit vielen Standorten eine Perspektive geboten.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Nach Auffassung des Gemeindetags ist die Zahl 40 eine politische Festlegung und etwa mit der seit Langem angewendeten Mindestzahl von 16 Schülerinnen und Schülern pro Klasse nicht in Einklang zu bringen. „Die stabile Zweizügigkeit reicht als Kriterium aus“, so der Präsident des Gemeindetags Roger Kehle. Das ist exakt die Position, für die die FDP/DVP-Landtagsfraktion auch in der vergangenen Legislaturperiode gekämpft hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Seit wann bedeuten 16 Schüler eine stabile Zweizügigkeit?)

Wenn Sie, Herr Minister Stoch, bei Ihrer politisch am Reißbrett festgelegten Zahl bleiben, dann werden nach Angaben des Gemeindetags in absehbarer Zeit alle verbliebenen 862 Haupt- und Werkrealschulen geschlossen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist das erklärte Ziel!)

In der Tat stellt sich doch auch bei diesem Punkt die Frage der Glaubwürdigkeit, wenn Sie, Herr Minister Stoch, bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschulen die eigenen Maßstäbe ad absurdum führen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Unter den 86 künftigen Gemeinschaftsschulen sind 25 einzügig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Minister Stoch, in der Presse wurde Ihre heutige Regierungserklärung bereits vor Tagen als Ihr Gesellenstück angekündigt. Nun: Bisher war die Bildungspolitik der neuen Landesregierung ganz wesentlich grün dominiert. Die Gemeinschaftsschule ist in erster Linie eine grüne Schule. Die einschneidenden Sparvorgaben im Bildungsbereich sind ein Projekt aus dem Staatsministerium – also ebenfalls grün angestrichen. Beim Thema G 8/G 9 haben sich die Grünen ebenfalls durchgesetzt.

(Dr. Timm Kern)

Es waren also vor allem grüne Bildungsprojekte, an denen Ihre Amtsvorgängerin, Gabriele Warminski-Leitheußer, krachend gescheitert ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie hieß die?)

Herr Minister Stoch, die regionale Schulentwicklungsplanung hätte in der Tat Ihr Gesellenstück werden können, mit dem Sie sich von der grünen Dominanz im Bildungsbereich hätten freischwimmen können. Sie sind aber an Ihrer Halbherzigkeit und an der Angst vor der eigenen Courage gescheitert.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Ihre Aufgabe war es, eine echte regionale Schulentwicklungsplanung vorzulegen, die diesen Namen auch tatsächlich verdient hat. Abgeliefert haben Sie aber heute ein zentrales Schulschließungsprogramm mit Beteiligungsfeigenblatt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Panikpolitik! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Nachfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Dr. Kern, Sie haben gefragt: Warum wird hier jetzt dieser regionale Schulentwicklungsprozess aufgesetzt, wenn doch nur Dinge gemacht werden, die ohnehin selbstverständlich sind? Wie erklären Sie sich bei dieser Selbstverständlichkeit, die Sie hier anmahnen und von der Sie sagen: „Das hat es ja schon immer gegeben“, dass in Baden-Württemberg über 64 % der Klassen an den Haupt- und Werkrealschulen weniger als 20 Schüler und damit eine Größe haben, die weit unter dem Klassenteiler liegt?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Offensichtlich hat doch in den vergangenen Jahren die regionale Schulentwicklungsplanung der alten Landesregierung nicht funktioniert.

(Abg. Walter Heiler SPD: Es gab gar keine! – Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Kollege Lehmann, ich habe das Gegenteil von dem gesagt, was Sie gerade vorgetragen haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zuhören!)

Ich habe gesagt, dass die drei Anlässe, nach denen Ihre Schulentwicklungsplanung ablaufen soll, Selbstverständlichkeiten sind. Hätten Sie mir zugehört, hätten Sie erfahren, dass diese Landesregierung angesichts der zahlreichen Baustellen, die Sie angefangen haben, die Schulentwicklungsplanung längst hätte in Angriff nehmen müssen. Denn Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern leiden doch unter Ihrer Bildungspolitik, weil es eben keine Planung im Bildungsbereich gegeben hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist heute Ihr großer Tag, Herr Minister Stoch? Zum ersten Mal hatten Sie heute die Gelegenheit, in Ihrem Premierienstück konkrete Aussagen zur Bildungspolitik zu formulieren. Sie hatten die Gelegenheit, sich nicht nur zu technischen Fragen der regionalen Schulentwicklung zu äußern, nein, auch Leitlinien aufzuzeigen, wie die Qualitätsentwicklung an allen Schularten funktionieren könnte. Da kann ich nur sagen: Fehlanzeige!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie versuchen mit Ihrer Regierungserklärung und auch mit Ihrem Konzept zur regionalen Schulentwicklung das zu reparieren, was Sie selbst angerichtet haben.

Deswegen darf ich einen kurzen Blick zurückwerfen. Kollege Kern hat es bereits angesprochen: Durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflichtung – ich sage das ausdrücklich – haben Sie das Schulsterben im ländlichen Raum rasant beschleunigt. Ich darf das einmal belegen, weil immer wieder auch Gegenteiliges behauptet wird.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Anschaungsunterricht nennt man das in der Schule. Sie sehen hier auf diesem Schaubild die Schülerzahlentwicklung seit dem Schuljahr 2003/2004. Übergangszahlen von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen: Gymnasium aufsteigend, Realschule leicht aufsteigend.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Bei der Werkrealschule sind die Zahlen absteigend. Aber es wird sehr deutlich, dass es seit dem Regierungswechsel zu einem rasanten Einbruch bei den Übergangszahlen auf die Werkrealschulen gekommen ist. Die Übergangszahlen auf die Werkrealschulen sind um 50 % eingebrochen. Das hat doch mit demografischer Entwicklung überhaupt nichts zu tun, sondern das ist eindeutig gewollte Politik, die sich hier abzeichnet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte eine zweite These endlich widerlegen. Herr Kern hat dies ebenfalls zu Recht angesprochen. § 30 des Schulgesetzes, den Sie zitieren, zeigt doch genau die Wege auf, die jetzt Ihr vermeintliches Konzept darlegt. Auch hier möchte ich einfach einmal den Blick auf das lenken, was sich in den letzten Jahren abgezeichnet hat. Im Schuljahr 2004/2005 gab es 1 205 Hauptschulen bzw. Werkrealschulen alten Typs. Zum Schuljahresbeginn 2011/2012, wenige Jahre später, gab es bereits 311 Hauptschulen weniger.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zuruf: Teure Entwicklung!)

Diese Schulstandorte sind nicht geschlossen worden, weil das Kultusministerium durch das Land gezogen wäre und gesagt hätte: Ihr müsst Schulen schließen, weil sie zu klein sind. Nein, das geschah, weil es damals eine Vereinbarung mit den

(Georg Wacker)

kommunalen Landesverbänden gab, in der man sich darauf verständigt hat, die vernünftige Mindestgröße einer Hauptschule betrage 85 Schülerinnen und Schüler. Das war damals mit dem Gemeindetag und dem Städtetag vereinbart worden. Alle Schulen, die hinsichtlich der Schülerzahl kleiner sind, machen irgendwann einmal im Hinblick auf die pädagogische Zweckmäßigkeit keinen Sinn mehr.

Natürlich hat die Schulverwaltung auch damals moderiert. Das ist doch nichts Neues. Aber die Freiwilligkeit war entscheidend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Keiner der Schulträger dieser 311 Schulen musste gezwungen werden, den Schulstandort zu schließen. Deswegen hat eine vernünftige, an der Basis orientierte Schulentwicklung bereits in den letzten Jahren stattgefunden. Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann entspricht das schlicht und einfach nicht der Wahrheit.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Dann haben Sie die Gemeinschaftsschule eingeführt. Mit dieser Einführung suggerierten Sie von Anfang an, dass dadurch im ländlichen Raum Schulstandorte gesichert werden könnten.

(Zuruf: Ja!)

Dabei haben Sie rasch bemerkt, dass das pädagogische Konzept offensichtlich nicht überall verfängt.

Zur Gemeinschaftsschule gibt es nach wie vor noch viele offene Fragen. Sie haben mit ihr falsche Erwartungen geweckt. Mittlerweile haben von den 87 Gemeinschaftsschulen, die Sie in der zweiten Tranche genehmigt haben, 50 Schulen weniger als 40 Schüler pro Jahrgang.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Jetzt frage ich Sie, Herr Minister – Sie sprechen in Ihren Eckpunkten von Ausnahmen –: Sind das alles Ausnahmen, die Sie auch in Zukunft genehmigen wollen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar! – Weitere Zurufe)

wenn bereits mehr als die Hälfte der Gemeinschaftsschulen die Schülerzahl 40 nicht erreicht haben?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Keine Frage!)

Damit tritt eine Kannibalisierung im ländlichen Raum ein, weil der Überlebenskampf der Gemeinschaftsschulen bereits von Anfang an stattgefunden hat. Hat das etwas mit fairem Wettbewerb zu tun?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Hat das mit einer Politik zum Wohle unserer Kinder zu tun?

Um zu meiner Anfangsfrage zurückzukehren: Nein, Herr Minister, heute ist nicht Ihr großer Tag. Von einer ausgewogenen

und gleichberechtigten Entwicklungsperspektive für alle Schularten kann keine Rede sein.

Nun zum Konzept selbst: Sie sprechen immer nur von den politischen Ebenen, die man einbinden muss. Wo sind denn die eigentlich Betroffenen in Ihrem Dialogprozess? Wo sind denn die Schulen selbst, beispielsweise die beruflichen Schulen, die Sonderschulen, die Privatschulen, wo sind die Eltern, die Vertreter der Wirtschaft? Diese führen Sie lediglich unter „Sonstiges“ auf. Systematisch sind sie jedoch in Ihrem Prozess von Anfang an gar nicht vorgesehen.

Als Zweites möchte ich anführen – das möchte ich auch in Ihre Richtung sagen, Herr Kollege Lehmann –: Ihnen müsste eigentlich das Herz bluten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Als Berufsschullehrer!)

dass sich überhaupt nichts von den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission, die Sie in der letzten Legislaturperiode mitgestaltet haben, in diesem Konzept wiederfindet, überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

In dieser Enquetekommission, in der es um die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen ging, hat man gesagt, dass sich die bisherige Schulentwicklung außerordentlich bewährt habe, dass man eine Weiterentwicklung sehr sorgsam vornehmen müsse, dass man die beruflichen Schulen sehr unterschiedlich behandeln müsse und man einen besonderen Blick auf die kleinen Schulstandorte werfen müsse, weil es auch darum geht, Ausbildungsplätze in der dualen Ausbildung bereitzustellen. Das heißt, man hat empfohlen, eine dynamische Standortentwicklung für die beruflichen Schulen vorzunehmen. Das Einzige, was Sie mit diesem wichtigen Bereich eines differenzierten Bildungssystems tun, ist, dass Sie die beruflichen Schulen einfach in eine ominöse zweite Säule hineinpacken. Ansonsten gehen Sie auf die beruflichen Schulen in Ihrer Rede überhaupt nicht ein. Das ist im besonderen Maß ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dabei müssten Sie ja wachgerüttelt werden. Denn die beruflichen Schulen leisten gerade im ländlichen Raum einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherstellung der Arbeitsplätze. Von der IG Metall – das lief damals über alle Presseorgane – wurde am 18. März dieses Jahres berichtet – ich zitiere –:

IG Metall begehrt gegen grün-rote Bildungspolitik auf

Zu viel Gleichmacherei im Schulsystem und zu wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts:

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Die Metall-Branche sieht die grün-rote Schulpolitik mit großer Sorge.

Vor allem besteht dort die große Sorge darüber, dass Grün-Rot nur daran denkt, in Richtung Abiturientenquote etwas zu

(Georg Wacker)

tun, aber die Fachkräfte überhaupt nicht im Blick hat. So hat die IG Metall Sie kritisiert. Recht hat die IG Metall. Denn in Ihrer regionalen Schulentwicklungsplanung machen Sie genau das Gegenteil von dem, was Sie verkünden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun zum Gedanken der Inklusion; Sie sprechen etwas lyrisch vom „Gedanken der Inklusion“. Sie sprechen auch davon, dass Sie die Inklusion in einem „gesonderten Verfahren“ behandeln wollen. Meine Damen und Herren, um das auch in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir alle sind rechtlich dazu verpflichtet, den Prozess der Inklusion voranzubringen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Aber man kann doch nicht auf der einen Seite bei allen Regelschulen dafür werben, dass sie sich dafür öffnen, auch Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen aufzunehmen, und auf der anderen Seite gleichzeitig sagen, das spiele zunächst einmal in der regionalen Schulentwicklung überhaupt keine Rolle. Denn hier haben wir es natürlich massiv damit zu tun, dass sich Schülerströme verändern. Gerade die Inklusion wird zu veränderten Schülerzahlen in den Grundschulen, in den Werkrealschulen und anderen Schularten führen. Das blenden Sie einfach aus. Das ist ein zentraler Punkt, den wir von Anfang an mitberücksichtigen müssen. Das verschieben Sie einfach auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, und das ist auch nicht verantwortlich, gerade im Hinblick auf diesen wichtigen Aufgabenbereich, den Sie sich selbst auf die Fahnen geschrieben haben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Sie nehmen eine Zerschlagung unseres erfolgreichen Bildungssystems vor. Wenn die Prognosezahlen für die Gemeinschaftsschulen entwickelt werden sollen, dann beziehen Sie einfach Schülerinnen und Schüler mit ein, die eigentlich andere Schularten besuchen sollen. Das ist gegenüber den anderen Schularten nicht gerecht.

Im Zusammenhang mit dem Zweisäulenmodell haben Sie am Rande das Gymnasium erwähnt. Dabei muss man aber in aller Deutlichkeit sagen: Auch hier sind Sie dabei, gerade diese erste, wichtige Säule in unserem Bildungssystem zu zerschlagen. Sie kürzen das allgemeine Entlastungskontingent. Sie streichen die Organisation der Hausaufgabenbetreuung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Sie wollen einen einheitlichen Bildungsplan. Trotz der zunehmenden Heterogenität sagen Sie den Eingangsklassen keine zusätzliche Unterstützung zu.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einheitslehrer!)

Und Sie führen den Einheitslehrer ein. Frau Volkholz sagte dazu sinngemäß – das ist nicht mein Jargon –: „Das hat im Grunde mit Qualitätssicherung dieser ersten Säule überhaupt nichts zu tun.“ Das ist Ihr Ziel. Sie wollen auch diese Säule nach unten nivellieren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aushungern, ja!)

damit es am Ende nur noch eine Schule für alle gibt. Das ist für Sie sozusagen die strategische Voraussetzung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich in der ersten Runde zum Schluss.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Sie haben uns die Zusammenarbeit angeboten. Ich sage noch einmal grundsätzlich: Natürlich ist das Thema „Regionale Schulentwicklung“ ein Thema, bei dem man eigentlich zusammenarbeiten könnte. Aber Sie haben in Ihrer Rede nichts zu einem eigenständigen Bildungsgang der Realschule gesagt. Auf eine Bestandsgarantie für die Realschule warten wir heute noch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Eine Schulschließung von oben darf es nicht geben. Sie ist kontraproduktiv. Solange Sie diese Hausaufgaben nicht erledigt haben, kann man auch in dieser Frage nicht an einem Strang ziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Schwacher Applaus!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß einer Delegation aus dem Kanton Schaffhausen unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten des Kantonsrats des Kantons Schaffhausen, Herrn Charles Gysel.

Zusammen mit drei weiteren ehemaligen Kantonsratspräsidenten stattet Herr Gysel dem Landtag einen Besuch ab und trifft danach mit Vertretern des Schweizerischen Generalkonsulats zusammen.

Sehr geehrter Herr Gysel, ich darf Sie und Ihre Kollegen sehr herzlich hier im Landtag von Baden-Württemberg begrüßen und wünsche Ihnen heute einen angenehmen Aufenthalt in Stuttgart und gute Gespräche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einführung der regionalen Schulentwicklungsplanung in Baden-Württemberg ist ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft trotz der spürbaren Veränderungen wie dem Rückgang der Schülerzahlen. Wer im Zusammenhang mit der regionalen Schulentwicklungsplanung von einem Schulschließungsprogramm spricht, hat sich mit den Veränderungen in den vergangenen Jahren nicht auseinandergesetzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Sandra Boser)

Sie haben auch heute wieder gezeigt, dass Sie nur kritisieren, anstatt Gestaltungswillen zu zeigen. Das, was Sie hier heute gebracht haben, war nicht Gestaltung; das war Kritisieren

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist unsere Aufgabe!)

und hat die Diskussion in keiner Weise vorangebracht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn es nicht gut ist, muss man es kritisieren! – Abg. Thomas Blenke CDU: Darf man das nicht?)

Der Wunsch nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung ist bei den Städten und Gemeinden nicht erst vor Kurzem formuliert worden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was Sie hier als freiwillige Vereinbarung beschrieben haben, kennen viele Kommunen in diesem Land anscheinend nicht. Gerade im ländlichen Raum, in dem durch den Rückgang der Schülerzahlen die Schulen und Klassen immer kleiner werden, ist es dringend erforderlich, dass es nicht nur um freiwillige Vereinbarungen geht, sondern dass wir die Regionen dabei unterstützen, ein Konzept für die Raumschaft zu entwickeln, mit dem alle Bildungsabschlüsse dauerhaft vorgehalten werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Entwicklung im ländlichen Raum ist schon seit Jahren bekannt. Die demografische Entwicklung zeigt bereits heute ihre Auswirkung. Selbst in Regionen, in denen sich das Übergangsverhalten kaum verändert hat – da nenne ich beispielsweise den Ortenaukreis, wo es im vergangenen Jahr eine Übergangsquote von 24 % auf die Haupt- und Werkrealschulen gab –, werden die Haupt- und Werkrealschulen immer kleiner. Dadurch wird es auch dort zu Schulschließungen kommen – die derzeit keinerlei Konzepten folgen –; denn wo es keine Schülerinnen und Schüler mehr gibt, wird es auf Dauer auch keine Schulen mehr geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Schulschließungen dürfen am Ende nicht dazu führen, dass sich Schulstandorte nur auf Mittelzentren beziehen. Diese Tendenz zeigt sich heute.

Wir brauchen eine regionale Schulentwicklungsplanung, die weitere Bedingungen berücksichtigt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen, in denen eine Mindestschülerzahl von 75 gegeben sein muss, werden wir in Baden-Württemberg auch künftig kleinere Schulstandorte haben. Und dies aus gutem Grund: Wir brauchen bei uns auch pragmatische Lösungen. 40 Schülerinnen und Schüler sind für ein vielfältiges pädagogisches Angebot ein richtiger Wert, um ein dauerhaftes Angebot vorhalten zu können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es wird aber auch wichtig sein, immer wieder zu berücksichtigen: Welche Fahrtwege müssen die Schülerinnen und Schüler zurücklegen? Welche Investitionen haben die Schulträger in den vergangenen Jahren getätigt? Wenn man den demogra-

fischen Wandel mit einrechnet, muss man erkennen: Wenn man heute 40 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsklasse hat und die 20 % der Schülerinnen und Schüler abzieht, die es in den kommenden Jahren weniger geben wird, dann ist man nur noch bei einer stabilen Zweizügigkeit. Das haben Sie in Ihren Berechnungen völlig außen vor gelassen. Wir haben in den kommenden Jahren nicht mehr Schülerinnen und Schüler, sondern wir haben weniger Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Schulstandorte brauchen gesicherte Schülerzahlen für die Zukunft, damit eine langfristige Perspektive gewährleistet ist. Gerade für die Kommunen ist dies eine dringende Notwendigkeit, um die Investitionen für die Zukunft planen zu können. Denn die Investitionen für die Zukunft werden nicht geringer, sondern werden durch die ausgeweiteten Angebote wie Ganztagschule, veränderte Anforderungen an die Lernräume in den kommenden Jahren größer. Es ist für uns, die Fraktion GRÜNE, daher wichtig, dass diese Veränderungen mit einer regionalen Schulentwicklungsplanung einhergehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist für uns auch völlig klar, dass diese Prozesse Zeit benötigen und nicht immer im Konsens abgeschlossen werden. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir es nur mit einer regionalen Schulentwicklungsplanung schaffen werden, ein wohnortnahes Bildungsangebot aufrechtzuerhalten, das jeder Schülerin und jedem Schüler das bestmögliche Bildungsangebot bietet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nicht nur der Rückgang der Schülerzahlen verändert die Bildungslandschaft. Die schon angesprochene Veränderung beim Übergang an die weiterführenden Schulen zeigt, dass der zu erreichende Abschluss für die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler eine wichtige Rolle spielt. Wenn Sie an Ihrem dreigliedrigen Schulsystem festhalten wollen, wie wollen Sie denn dann zukünftig die Verteilung an die Schulen organisieren? Wollen Sie eine Quotierung einführen, damit am Ende an jeder Schulart jeweils ein Drittel der Schülerinnen und Schüler sind?

(Abg. Georg Wacker CDU: Das wollen Sie doch auch bei der Gemeinschaftsschule! Seien Sie doch einmal ehrlich!)

Ist das Ihre Vorstellung von Gestaltung einer Schule?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Es wird daher in Zukunft für alle Schularten wichtig sein, auf die veränderten Schülerströme pädagogische Antworten zu finden.

Es muss künftig auch möglich sein, an einer Schule den Hauptschulabschluss abzulegen. Das von der FDP immer wieder favorisierte Modell der „Realschule plus“ bietet zwar die Fachhochschulreife an,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein! Das ist etwas anderes!)

(Sandra Boser)

aber was bleibt denn bezüglich eines Hauptschulabschlusses für diese Schulart übrig?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns ist daher ein Ziel der regionalen Schulentwicklungsplanung, zwei gleichwertige Säulen – Gymnasium und Gemeinschaftsschule – zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Mit diesem Zweisäulenmodell könnten am Ende alle Bildungsabschlüsse in bedarfsgerechter Form vorgehalten werden.

Die beruflichen Schulen und die Grundschulen sind fester Bestandteil unseres baden-württembergischen Bildungssystems.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Boser, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Im Moment nicht. – Gerade das vielfältige Angebot der beruflichen Schulen ist eine wichtige Ergänzung für unsere Bildungslandschaft. Die beruflichen Gymnasien werden weiterhin die wichtige Aufgabe übernehmen, dafür zu sorgen, dass das Abitur nicht nur am allgemeinbildenden Gymnasium abgelegt werden kann, sondern auch über den weiterführenden Weg an den beruflichen Gymnasien.

Aber auch das Gymnasium muss sich in Baden-Württemberg in einem Zweisäulenmodell weiterentwickeln. Hier gibt es bereits sehr viele gute Beispiele. Wir wollen das G 8 weiter verbessern; wir wollen es durch ein Ganztagsangebot und durch eine Weiterentwicklung der pädagogischen Elemente auf die Zukunft vorbereiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

In den Gemeinschaftsschulen sehen wir ein wichtiges Angebot, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wenn Sie fragen, wo wir denn 2011, also vor dem Regierungswechsel, standen, dann sage ich Ihnen: Baden-Württemberg war in puncto Bildungsgerechtigkeit auf einem der letzten Plätze.

(Zurufe von der FDP/DVP, u. a. Abg. Dr. Ulrich Goll:
Das ist falsch! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE: Das tut weh, oder?)

Die soziale Herkunft hat hier so stark wie in kaum einem anderen Land darüber entschieden, welcher Bildungsabschluss am Ende erreicht werden kann. Wir wollen, dass in Baden-Württemberg mehr Bildungsgerechtigkeit Einzug hält.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Gemeinschaftsschule stellt für uns dabei eine Möglichkeit dar. Die Differenzierung, die Möglichkeit, auf das Leistungsvermögen jedes einzelnen Schülers einzugehen, und ein offenes Angebot von Bildungsinhalten tragen dazu bei, dass die Schülerinnen und Schüler gemäß ihren persönlichen Möglichkeiten auf den Bildungsabschluss vorbereitet werden.

Was für andere Schulen als Problem dargestellt wird, ist für die Gemeinschaftsschule die Voraussetzung: eine Heterogenität aller Leistungsniveaus innerhalb der Schülerschaft. Die Gemeinschaftsschule braucht eine gute Begleitung, um in gleicher Weise die Voraussetzungen für Leistungsfähigkeit und Bildungsgerechtigkeit zu bieten. Davon sind wir überzeugt. Aber wir sind auch davon überzeugt, dass dies möglich ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vonseiten der Opposition wird dagegen nur gewettert und gepoltet, es wird verunsichert und polemisiert. Sie haben bis heute keine Alternativen dazu aufgezeigt, wie auf die Veränderungen reagiert werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind überzeugt, dass die Schulen von den Schülerinnen und Schülern sowie von den Lehrerinnen und Lehrern, die dort unterrichten, leben, und dass sie es sind, die eine gute Schule ausmachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sehr gut!)

Aber um die pädagogische Qualität weiterzuentwickeln und die Schulen zukunftsfähig zu gestalten, bedarf es einer regionalen Schulentwicklung, die auf die veränderten Schülerströme reagiert und den Schulstandorten die Möglichkeit bietet, sich pädagogisch weiterzuentwickeln. Die FDP/DVP in Gestalt von Herrn Dr. Rülke sieht die einzige Chance dazu offenbar nur noch in der Flucht in die Privatschulen. Er traut es nicht einmal mehr den Gymnasien zu, ein entsprechendes Angebot vorzuhalten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es gibt immer mehr, die das so sehen!)

Für die CDU zählt nur noch die Realschule. Aber mehr als eine Bestandsgarantie haben Sie dafür auch nicht formuliert. Ich frage Sie: Ist das ehrlich, was Sie damit den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln? Ist das ehrlich?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die alte Landesregierung unter Schwarz-Gelb hat in den zurückliegenden Jahren nichts für die individuelle Förderung an den Realschulen und Gymnasien getan.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!
Das ist doch Blödsinn! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aber hallo! – Weitere Zurufe –
Abg. Georg Wacker CDU meldet sich. – Unruhe –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Boser, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, im Moment nicht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Frau Kollegin Boser, diese Koalition regiert seit zwei Jahren! Das reicht jetzt aber!)

(Sandra Boser)

Keine einzige Poolstunde – –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir haben Poolstunden geschaffen! – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Georg Wacker CDU: Poolstunden an Haupt- und Werkrealschulen! – Unruhe)

Keine einzige Poolstunde – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Danke, Herr Präsident. – Keine einzige Poolstunde wurde von Ihnen an die Realschule gegeben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Bedingungen waren besser! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir haben die Zahl der Poolstunden erhöht!)

An den Gymnasien wurden die vorhandenen Poolstunden von Schwarz-Gelb gekürzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Herr Rülke, damals haben Sie das nicht als Angriff auf die Gymnasien gesehen, sondern haben es mitgetragen. – Wir haben in den vergangenen Jahren die Zahl der Poolstunden an diesen Schulen erhöht und haben in die Bildung investiert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Komisch, dass wir jetzt gerade den Aufstand an den Gymnasien haben! Selt-sam!)

Auch im Zusammenhang mit der Ressourcenfrage ist die regionale Schulentwicklung entscheidend. Schon heute ist es in bestimmten Regionen immer schwieriger, Lehrerstellen zu besetzen, weil wir im ländlichen Raum

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie machen ja doch keine schulscharfen Ausschreibungen mehr!)

weniger Möglichkeiten haben. Wir wissen, dass gerade an kleinen Schulen oftmals ein sehr gutes Angebot vorhanden ist.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie stellen doch gar niemanden mehr ein!)

Wir wissen aber auch, dass es aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen immer schwieriger sein wird, die kleinen Standorte zu erhalten. Entscheidend für diese guten Angebote sind aber nicht die Schulstandorte, sondern die Lehrerinnen und Lehrer, die diese Angebote schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass dies an anderen Schulstandorten unter Schulzusammenschlüssen ebenfalls möglich ist und dass Angebote hier weiterhin sichergestellt werden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen mit der regionalen Schulentwicklungsplanung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir den Schulträgern, den Eltern, den Lehrern sowie den Schülerinnen und Schülern dauerhafte Perspektiven aufzeigen. Daher sehen wir den richtigen Weg darin, dass die Kommunen die regionale Schulentwicklung für eine Raumschaft gemeinsam planen und da-

bei von den Staatlichen Schulämtern und den Regierungspräsidien begleitet werden.

Dies ist eine große und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Entwicklung ist in vielen Orten bereits in Gange, doch dieser Entwicklung fehlen momentan die Rahmenbedingungen. Diese Eckpunkte werden wir Ihnen heute mit der Regierungserklärung mitgeben. Damit können die Schulträger in einen konstruktiven Austausch gehen, bei dem am Ende im besten Fall eine Lösung für die gesamte Raumschaft steht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wollen wir unserem Ziel, für mehr Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg zu sorgen, trotz der zurückgehenden Schülerzahlen allen Schülerinnen und Schülern ein wohnortnahes Bildungsangebot zu liefern und alle Bildungsabschlüsse weiterhin vorzuhalten, ein Stück näherkommen. Wir wollen die Bildungslandschaft so weiterentwickeln, dass gute Schule Schule macht und pädagogisch auf die Veränderungen eingeht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Kollege Dr. Kern und Kollege Wacker, bei aller Wertschätzung, aber es ist schon eine dreiste Nummer, jahrzehntelang nichts zu tun und dann heute Morgen hier so dick die Backen aufzublasen. Das ist eine dreiste Nummer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie bitte? Wo stehen wir denn in Baden-Württemberg?)

Oder um es mit Molière zu sagen: „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“ In der Tat geht es heute Morgen um Verantwortung. Sie haben jahrzehntelang eine bequeme Strategie gefahren, indem Sie Entwicklungen einfach haben treiben lassen. Ich stelle heute fest: Meine Damen und Herren, wir beenden mit dem heutigen Tag in Sachen Schulentwicklung die „Vogel-Strauß-Politik“ der Vorgängerregierung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir eröffnen heute einen Weg zu mehr Planungssicherheit, und wir reagieren auf die dramatischen Rückgänge der Schülerzahlen. Die Entwicklung kam in der Tat nicht über Nacht, sondern sie hat sich lange angekündigt. Herr Wacker, wenn Sie möchten, können Sie an dieser Stelle gern Ihre Grafik noch einmal hochheben. Spätestens ab 2000 hat sich die Entwicklung so abgezeichnet, insbesondere mit Blick auf die Haupt- und Werkrealschulen. Wir sprechen hier vom PISA-Schock 2000, der nachhaltige Auswirkungen auf das Bildungsverhalten hatte. Wir reden über die Überschreitung des demografischen Peaks bei der Anzahl an Schülerinnen und Schülern. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat hier eine gewisse Beschleunigung gebracht, aber die Ursache der Zangenbewegung liegt viel weiter zurück: geringe-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

re Schülerzahlen und eine Orientierung nach höheren Abschlüssen.

Aber an dieser Stelle kommen andere Fragen auf, gerade vor dem Hintergrund, dass Sie die Chance verpasst haben, in die konstruktive Mitarbeit einzusteigen. Warum haben Sie so lange zugesehen? Warum wurde nicht schon viel früher der Schulentwicklungsprozess angestoßen? Warum liegt der letzte Schulentwicklungsplan Ihrer Regierung über 40 Jahre zurück? Da haben Sie versagt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Dr. Kern, gerade mit Blick auf die Haupt- und Werkrealschulen bin ich versucht, von unterlassener Hilfeleistung zu reden. Sie haben mit Ihren Reformen doch nur herumgedoktort, ohne Perspektiven aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Zehn Zusatzstunden pro Zug!)

Politik ist auch für das verantwortlich, was nicht getan wird. Keine Politik ist auch Politik. An dieser Stelle war es in der Tat gut, dass wir den Regierungswechsel bekommen haben. Sie haben zugesehen, wie der Karren in Richtung Wand gefahren ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

– Herr Dr. Kern, lesen Sie es nach: Wir haben auch heute noch die niedrigste Jugendarbeitslosenquote. Wir haben auch heute noch die geringste Quote von Sitzenbleibern.

(Zurufe von der CDU: Noch!)

– Ja, das genau ist Ihre Politik: Angst machen, schlechtreden und den Leuten falsche Fakten einreden. Das genau ist Ihre Politik!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir können auch über die Zeit vor 2011 reden, nämlich die Zeit der höchsten Aussortierquote von sozial Schwachen, Migrantinnen und Migranten und des höchsten Nachhilfesatzes bundesweit. Die Bertelsmann Stiftung hat Ihnen das 2010/2011 um die Ohren geschlagen: Eine Familie in Baden-Württemberg gibt im Durchschnitt 131 € jährlich pro Schulkind für Nachhilfe aus. Das war die Bilanz Ihrer „Spitzenpolitik“.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb haben wir heute in der Tat wieder einmal einen Wechsel erlebt. Denn der Ansatz des Ministers ist mutig, ist differenziert und eröffnet Chancen. Für eine Vielzahl existenziell bedrohter Schulstandorte zeigt er nämlich Entwicklungsperspektiven auf. Die Bedingung lautet, dass die Verantwortlichen zum Dialog bereit sind und ihre Verantwortung wahrnehmen. Das Verfahren bietet Gestaltungsspielraum, der von Schulen, Schulträgern und Kultusverwaltung entsprechend den örtlichen Rahmenbedingungen angewendet werden kann.

Es geht eben nicht um eine Reißbrettplanung aus Stuttgart. Herr Wacker, das haben Sie an dieser Stelle noch nicht kapiert: Freiwilligkeit und Partnerschaft sind zentrale Elemente des eben vom Minister vorgelegten Ansatzes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Es geht nämlich um eine gute Balance zwischen der Wahrung der Interessen bestehender Standorte einerseits und den Handlungsanforderungen hinsichtlich Schülerzahl und pädagogischer Qualität andererseits. Wir haben vorhin darüber diskutiert: Auch Kleinschulen machen pädagogisch unterhalb einer bestimmten Größe nur noch bedingt Sinn; sie bringen Qualitätseinbußen mit sich. Es geht darum, ein breit gefächertes Schulangebot sicherzustellen und die Qualität dabei hochzuhalten. Der Herr Minister hat das ausgeführt.

Wir müssen Schulen zukunftssicher aufstellen. Da geht es auch um die Frage, wie stabile Zweizügigkeit zu definieren ist. Ist sie ab einer Zahl von 40 Schülern pro Jahrgang gegeben? Wie weit wollen Sie denn hinsichtlich der Mindestzahl nach unten? Gibt es auch mit 32 Schülern – gerade über dem Klassenteiler – noch eine stabile Zweizügigkeit? Sie müssen also eine gewisse Richtgröße setzen, und wir glauben, dass unsere Zahl die Orientierung bietet, um Schulen auch dauerhaft sicher aufzustellen, damit wir nicht in fünf Jahren in die nächste Runde gehen müssen. Das ist nämlich das Ziel der regionalen Schulentwicklungsplanung: eine möglichst große Zahl von zukunftsfähigen Schulstandorten, damit die Lehrerinnen und Lehrer vor allem wieder aus der Angstsituation herauskommen und sich auf ihre pädagogische Aufgabe konzentrieren können.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Wir haben an einer Stelle

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor Herrn Zeller haben sie Angst!)

noch eine ausdrückliche Betonung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich bin Ihnen dankbar. – Wir haben an einer Stelle viel über die Zahl 40 gesprochen. Wir sollten auch noch einmal ausdrücklich über die Zahl 16 reden. Die Zahl 16 bedeutet nämlich – das ist der SPD-Fraktion sehr wichtig –, dass bei einer Mindestzahl von 16 Schülerinnen und Schülern in einer Eingangsklasse die Schulen weiterarbeiten können. Ich habe es an anderer Stelle schon ausdrücklich gesagt: Mit der SPD wird es insbesondere im ländlichen Raum keinen Kahlschlag von Schulstandorten geben. Soziale Gerechtigkeit heißt, dass Schulabschlüsse unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und in zumutbarer Entfernung erreichbar sein müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Wacker, eben deshalb haben wir uns gerade mit Blick auf den ländlichen Raum für Ausnahmeregelungen eingesetzt. Gleichwohl – das ist, glaube ich, rational nachvollziehbar –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

gilt es zu handeln, sobald die Zahl 16 unterschritten wird. Dann müssen auch diese Standorte in eine regionale Schulentwicklungsplanung eingebunden werden.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Machen wir uns nichts vor: Wir werden nicht alle Standorte halten können. Das zeigen die Schülerzahlen, das zeigt die einfache Mathematik. Insbesondere die Haupt- und Werkrealschulen stehen hier besonders unter Druck. Aufgabe der Schulträger wird es dann übrigens auch sein, zu überlegen, wie vorhandener Schulraum möglicherweise alternativ genutzt werden kann.

Wir haben also eine Menge Fragen. Das ist übrigens auch der Grund, Herr Wacker, warum wir die beruflichen Schulen an dieser Stelle ausgeklammert haben. Die sind in einer Teilbetrachtung enthalten, was die beruflichen Gymnasien angeht.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist unverantwortlich!)

– Das ist nicht unverantwortlich, sondern der Komplexität geschuldet. Wir werden auch hier zentral insbesondere mit der Wirtschaft, aber auch mit den Kolleginnen und Kollegen in den Dialog treten.

(Abg. Georg Wacker CDU: Wo ist die Wirtschaft? Wo ist sie denn?)

Meine Damen und Herren, vor uns liegt eine schwierige Aufgabe. Der Minister hat es skizziert. Diese Aufgabe gilt es zum Wohl unserer Kinder zu lösen; das verlangt eine partnerschaftliche Herangehensweise. Herr Minister, ich darf Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich das Kompliment der SPD-Fraktion aussprechen. Es ist Ihnen gelungen, systematisch und strukturiert die Verhandlungen mit den kommunalen Verbänden zu einem guten Ergebnis zu führen. Es ist vielleicht nicht so, dass jeder alles unterschreiben kann, aber die Rückmeldungen zeigen, dass man Ihre Positionen nachvollziehen konnte und dass die Verhandlungen auf Augenhöhe und sehr lösungsorientiert verliefen. Dafür unseren herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Glauben Sie das selbst?)

Ich fasse also zusammen: Geburtenrückgang und Bildungswünsche haben zu deutlichen Veränderungen in der Schullandschaft geführt. Zahlreiche Schulen sind heute nicht mehr in der Lage, eine Eingangsklasse zu bilden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Bildungswünsche“ ist interessant!)

Die Entwicklung war lange absehbar. Trotzdem wurde von FDP/DVP und CDU lange nichts unternommen. Die neue Landesregierung legt nun einen Vorschlag vor, der auf Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden beruht. Dieser Vorschlag stellt eine gute Balance zwischen Bestandschutz und Zukunftssicherheit dar. Die klar formulierten Mindest- und Zielgrößen geben eine deutliche Orientierungsmarke ab. Die nun folgenden Prozesse werden nicht problemlos verlaufen, können aber partnerschaftlich gelingen.

Es gilt: Probleme sind Chancen, die in einem Arbeitsanzug daherkommen. Der Arbeitsanzug liegt jetzt bereit. Lassen Sie uns ihn gemeinsam – ich appelliere zumindest an die konstruktiven Kräfte hier im Hause – anziehen und unser Schulsystem zukunftssicher aufstellen.

Ich stelle fest, dass die Opposition heute die Chance verpasst hat, von ihrer Panikpolitik wegzukommen. Sie haben heute gezeigt: Sie arbeiten mit Lügen, Unterstellungen,

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a.: Jetzt hört es aber auf! – Unverschäm!)

Angst und Schlechtreden. Das sind die vier apokalyptischen Reiter schwarz-gelber Bildungspolitik.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Georg Wacker CDU: Sie mit Ihrer Verheißungsideologie haben es gerade nötig! Sie Verheißungsideologe! – Zuruf von der SPD: Höchststrafe!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht noch einmal Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Fulst-Blei, Sie haben uns gerade Lügen unterstellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich bitte Sie, dafür den konkreten Beweis vorzulegen. Sonst entschuldigen Sie sich bitte dafür.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn Sie in letzter Zeit Schulen besucht haben – davon gehe ich aus – und dort mit Lehrerinnen und Lehrern gesprochen haben, müssten Sie doch auch gemerkt haben, dass die Stimmung in baden-württembergischen Lehrerzimmern verheerend ist. Ich darf Ihnen zwei Zitate hierzu vorlegen. VBE-Präsident Gerhard Brand schreibt:

Noch nie sind Lehrkräfte so verunsichert gewesen wie jetzt.

Ich darf zweitens aus einer an mich gerichteten E-Mail zitieren, in der mir ein Schulleiter schreibt:

Die Stimmung an unserer Schule ist innerbetrieblich bestens, aber im Hinblick auf die bildungspolitische Zukunft Baden-Württembergs verheerend. Dass so viele Lehrer und Schulleiter sagen: „Gott sei Dank kann ich bald gehen“, ist ein Alarmsignal ersten Grades!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Dass Sie, Herr Dr. Fulst-Blei, ausgerechnet diejenige statistische Aussage heranziehen – ich habe am Anfang drei statistische Zahlen genannt, die belegen, warum Baden-Württemberg über das beste Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland verfügt hat –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Faktum ist das!)

(Dr. Timm Kern)

die noch zutrifft, nämlich dass die Jugendarbeitslosenquote bei uns auch heute noch die niedrigste ist, die anderen zwei Statistiken aber unter den Tisch fallen lassen, in denen es um die Schulabbrecher- und die Klassenwiederholerquote geht, das ist doch symptomatisch.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Habe ich auch genannt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da müssen Sie einmal in sozialdemokratisch regierte Länder gehen!)

Nach Aussagen des Philologenverbands besteht die Gefahr, dass 10 % aller Fünftklässler an baden-württembergischen Gymnasien die Klasse wiederholen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie machen schon wieder Angst! Sie sind ein Madigmacher! Sie reden das alles schlecht! Angstmacher! Unglaublich!)

Es waren 0,5 % in der Regierungszeit von CDU und FDP/DVP. – Ich mache keine Angst, Herr Kollege,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich machen Sie Angst! Wo ist der Beleg?)

sondern ich nehme die Ängste ernst.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie schüren unbegründete Ängste weiter!)

Ich bin nämlich Lehrer gewesen. Mir geht es um jeden einzelnen Schüler.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie treiben die Eltern in die Ängste, sonst nichts!)

Wenn ein Schüler die Klasse wiederholen muss, nur weil Sie eine schlechte Bildungspolitik gemacht haben, finde ich das verheerend, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Was ich als den Gipfel erachte: Bildungspolitik ist viel zu ernst, als dass man Witze darüber macht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hören Sie auf, Ängste zu schüren! Hören Sie auf damit!)

Wenn der Ministerpräsident höchstpersönlich in einer Pressekonferenz sagt, zu seiner Zeit hätten 50 % der Schüler eine Klasse wiederholt, und insofern sei eine Quote von 10 % eine dramatische Verbesserung, dann finde ich das unterirdisch, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eine Verhöhnung ist das!)

Es bleibt dabei: Das heute vorgelegte Konzept ist halbherzig, es ist auch nicht mutig. Gerade Sie hätten es angesichts der zahlreichen Reformen, die Sie gemacht haben, am nötigsten gehabt, zuerst eine Bildungsplanung zu erstellen und dann erst Reformen durchzuführen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einmal den Versuch unternehmen, das genau zu analysieren, was Sie, Herr Minister, in die Eckpunkte geschrieben haben.

Wenn man jetzt einmal Abstand davon nimmt, dass das Land am Ende selbst, wenn die Schülerzahlen unter die Grenze von 16 Schülern pro Jahrgang an einzelnen Schulen sinken, Schulen schließt, dann hat sich eigentlich gegenüber der bisherigen Verwaltungspraxis im Wesentlichen nichts geändert.

Herr Minister, Sie haben exzellente Experten im Haus. Ich kann Ihnen nur raten, sich da einmal schlauzumachen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn sie dürften! – Abg. Winfried Mack CDU: Maulkorb!)

Was besagt denn § 30 des Schulgesetzes genau? Es gibt, was Gründungen und was Schulschließungen betrifft, ein gegenseitiges Initiativrecht. Die Initiative kann von der Schule selbst ausgehen, sie kann aber auch vom Ministerium ausgehen. Am Ende muss allerdings der Antrag von der Schule selbst bzw. vom Schulträger erfolgen. Genau dies war der Grundsatz einer dynamischen Standortentwicklung in den letzten 40 Jahren.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir haben aber leider eine Dynamik nach unten! Wir werden ganze ländliche Räume ohne Schulen kriegen, wenn es so weitergeht!)

Herr Kollege Fulst-Blei, Ihre Aussage ist insofern komplett falsch. Das möchte ich Ihnen an der Begrifflichkeit des öffentlichen Bedürfnisses, die bei diesen Eckpunkten auch eine besondere Rolle spielt, ganz klar begründen. Was sagte denn das „öffentliche Bedürfnis“ in der Vergangenheit, und was sagt das „öffentliche Bedürfnis“ in der Zukunft? Es können nur dann neue Schulen gegründet werden, wenn das entsprechende „öffentliche Bedürfnis“ nachgewiesen wird, das heißt, wenn rechnerisch Schüler vorhanden sind, die noch nicht in Schulstandorten „versorgt“ sind. Warum gab es aber in den letzten Jahren so extrem wenig Schulgründungen, Herr Fulst-Blei? Einfach deswegen, weil das öffentliche Bedürfnis für mögliche Neugründungen in der Vergangenheit nicht nachgewiesen werden konnte, weil wir eine exzellente Versorgung der Schullandschaft in Baden-Württemberg hatten. Das ist doch der Grund.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was?)

Das heißt: Alle Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg haben heute und hatten in der Vergangenheit – das war Bestandteil einer dynamischen Standortentwicklung durch die letzte Landesregierung – immer die Möglichkeit, in erreichbarer Nähe eine Schule – das gilt bezüglich aller Schularten – zu besuchen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Und was machen Sie mit der demografischen Entwicklung?)

(Georg Wacker)

Das war der Grundsatz, den Sie jetzt betonen, abgesehen von Ihrer neuen ideologischen Ausrichtung – Stichwort Gemeinschaftsschule. Genau dieser Grundsatz, den Sie betonen – Erreichbarkeit –, war ein wesentlicher Bestandteil dieser dynamischen Standortentwicklung. Sonst hätten wir in der Vergangenheit viele entsprechende Anträge gehabt. Insofern ist die Aussage, die Sie hier formulieren, schlicht und einfach falsch.

Insofern: nichts Neues, abgesehen davon, dass Sie am Ende selbst Schulen schließen. Das gehört auch zur Wahrheit. Sie brauchen einen rhetorischen Aufschlag – das verstehe ich –, allerdings ist auch dieser rhetorische Aufschlag zu kurz gesprungen.

Ein Stück Ehrlichkeit ist auch angesagt. Wir brauchen die Spitzenwerte der Schulabschlüsse auch in Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Jahr 2011 haben 77 % aller Schülerinnen und Schüler, die einen Abschluss an baden-württembergischen Schulen gemacht haben, mindestens die mittlere Reife erworben. Das ist ein exzellent hoher Wert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jede zweite Hochschulzugangsberechtigung, die in Baden-Württemberg erworben wird, wird an einem nicht allgemeinbildenden Gymnasium erworben. Dadurch arbeiten wir uns sogar zur Spitzengruppe deutschlandweit vor, was die Hochschulzugänge betrifft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit Qualität!)

Das hat übrigens auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit im Bildungssystem zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie jetzt etwas Neues machen wollen, Herr Minister, muss ich Ihnen sagen: Diese hohe Messlatte der hohen Qualität und auch der Quantität der Abschlüsse müssen Sie erst einmal überspringen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Rudolf Köberle CDU)

Ich sage Ihnen voraus: Mit einer solchen Strukturpolitik, wie Sie sie gestalten, werden Sie da Schiffbruch erleiden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Schluss stelle ich an Sie ganz konkret folgende Frage. Sie basiert auf einem Fall, von dem ich persönlich gehört habe, Herr Minister. Es gibt beispielsweise ein Konsensgespräch in einem Schulamtsbezirk, zu dem das Schulamt eingeladen hat und bei dem die Bürgermeister und die Schulleiter an einem Tisch sitzen. Ein Standort beantragt eine Gemeinschaftsschule. Der erste Nachbarstandort sagt: „Nein, wollen wir nicht. Dadurch ist unser Schulstandort gefährdet.“ Der zweite Nachbarstandort sagt: „Nein, wollen wir nicht. Wir wollen selbst eine Gemeinschaftsschule haben.“ Das kann auch ein Argument sein. Der dritte Standort sagt: „Nein, wollen wir

nicht. Unsere Realschule wird gefährdet, wenn dort in der Nachbarschaft eine Gemeinschaftsschule entsteht.“ Die beiden anderen Standorte äußern auch Bedenken.

Wissen Sie, was passiert ist? Normalerweise dürfte man im Sinne des öffentlichen Bedarfs – das war bisher gängige Verwaltungspraxis – eine zusätzliche Schule nicht genehmigen, weil alle Schülerinnen und Schüler in hochqualitativen Bildungseinrichtungen versorgt sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nicht in der Gemeinschaftsschule!)

Wissen Sie, was aber in diesem konkreten Fall geschehen ist, Herr Minister? Die Gemeinschaftsschule wurde trotzdem genehmigt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Basta!)

und das Regierungspräsidium hat das bestätigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ist doch klar!)

Ist das Ihre regionale Schulentwicklungsplanung? Ein solcher Vorgang darf sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wissen Sie, was Schulen uns berichten, wenn wir zu Schulen kommen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das können wir uns vorstellen!)

Sie hatten die Hoffnung, dass sich unter Grün-Rot alles ändert und verbessert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und jetzt sind sie enttäuscht! – Zurufe von der CDU)

Dass wir bis heute noch nicht alles verändern und verbessern konnten, liegt daran, dass wir Ihre Versäumnisse immer noch aufarbeiten müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf: Na, na, na! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich komme auf die Übergänge zurück, wie Sie sie hier beschreiben. Das veränderte Übergangsverhalten hat 1990 begonnen. Sie haben damals und heute nichts getan, um den daraus entstehenden Problemen zu begegnen. Sie stehen weiterhin für das dreigliedrige Schulsystem,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja, richtig!)

das nach den heutigen Zahlen in Baden-Württemberg keine Zukunft hat.

Wenn Verbände wie der Philologenverband nach außen gehen und sagen – ohne eine Grundlage dafür zu haben –, 10 % der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien seien in diesem Jahr versetzungsgefährdet, dann frage ich Sie: Waren Sie bei

(Sandra Boser)

den Gymnasien und haben mit ihnen darüber gesprochen? Wir haben über die Regierungspräsidien bei allen Gymnasien nachgefragt. Diese Tendenz ist so nirgendwo nachzuvollziehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! Haltlose Angstschürrerei!)

Sie machen Angst, Sie polemisieren, Sie verunsichern, und Sie bringen damit keine konstruktive Kritik.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Sie beschreiben hier ja immer, das baden-württembergische Bildungssystem sei 2011 so großartig gewesen. Wir hatten in vielen Bereichen sehr gute Werte, aber wir haben beispielsweise die Situation, dass 25 % der jungen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren keine Ausbildung hatten. Die Betriebe haben dies damit begründet, dass diese Personengruppe nicht ausbildungsreif gewesen sei.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist das, was der Handwerkstag und die IHKs uns zutragen: Verändert da etwas, bringt uns besser ausgebildete Schülerinnen und Schüler, damit wir sie nach dem Ende der Schulzeit in die Ausbildung bringen können.

Das sind die Punkte, die wir in puncto Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg voranbringen wollen.

Wenn Sie weiterhin nur polemisieren und verunsichern, bringt das weder den Schülerinnen und Schülern etwas noch den Eltern, weder den Lehrerinnen und Lehrern noch der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg. Beteiligen Sie sich konstruktiv, anstatt hier immer nur eine Farce abzuliefern, die mit Inhalt überhaupt nichts zu tun hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kollege Dr. Kern, Sie hatten mich um Darlegung gebeten. Wenn jemand das Gymnasium abschaffen wollte, warum stattet er es dann mit weiteren Poolstunden aus? Wenn jemand das Gymnasium abschaffen wollte, warum ermöglicht er die Reformoption G 9? Wenn jemand die Realschulen abschaffen wollte, warum stattet er sie erstmals – das ist bei Ihnen nie passiert – mit weiteren 1,5 Poolstunden aus? Und beim Assessment-Center haben wir weitere Mittel draufgelegt. – Diese Behauptungen sind etwas, was mich maßlos ärgert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum schaffen Sie die Hausaufgabenbetreuung ab? – Abg. Georg Wacker CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Dr. Fulst-Blei, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jetzt nicht. – Das ist das, was mich vor allem ärgert. Ich habe in diesem Haus immer dafür plädiert, dass es eben keinen – –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Können Sie jetzt einmal zuhören?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Jetzt haben Sie es geschafft, Herr Röhm. Jetzt habe ich den Faden verloren.

Mir geht es darum, dass es eben keinen Zwang gibt. Denn ich bin aus tiefster Seele davon überzeugt: Gerade wenn Sie einen Prozess wie die Schaffung einer Gemeinschaftsschule einleiten, werden Sie das nur mit Freiwilligkeit hinbekommen. Dafür habe ich immer plädiert. Ich habe immer dafür geworben, dass man in einen fairen Wettbewerb eintritt, dass sich die Eltern, die Kinder entscheiden können: Welche Schulart, welche Schulform ist für mich die beste, ist die vielversprechendste?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Warum machen Sie es dann nicht?)

Was ich von Ihrer Seite erlebe – da war Bad Saulgau übrigens ein trauriger Höhepunkt dessen, was ich diesbezüglich erlebt habe –, ist, dass von Ihren Parteien ein systematisches Schlecht- und Kaputtreden einer engagierten pädagogischen Arbeit bei den Gemeinschaftsschulen erfolgt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Klaus Burger CDU: Vollkommener Quatsch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Bitte ist, dass Sie zumindest den engagierten Lehrerinnen und Lehrern, die gerade eine bewundernswerte Arbeit leisten – – Übrigens kommen auch eine Menge Interessenten von Realschulen, teilweise sogar von Gymnasien an die Gemeinschaftsschulen – Stichwort Schultourismus – und sehen sich das Ganze an. Es ist auch eine hohe Nachfrage vorhanden. Gemeinschaftsschulen werden angefragt: Können Sie bei uns einmal eine Fortbildung durchführen? Das machen die Leute. Es wird dort eine große Leistung vollbracht. Aber sie haben es nicht verdient, dass Sie ihnen permanent unterstellen: „Das ist eine schlechte Schulform, das ist im Grunde nichts Richtiges.“ „Da werden Kinder misshandelt“, habe ich an einer Stelle einmal gehört.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Kinderversuche“, hat er gesagt!)

Das ist doch kein fairer Umgang.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Fulst-Blei, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Am Ende, bitte. – Wenn Sie, Herr Wacker, die Frage nach dem öffentlichen Bedürfnis stellen, sage ich Ihnen: Es ist in der Tat ein öffentliches Bedürfnis, wenn die soziale Auslese in diesem Land so lief, wie sie bis 2011 lief,

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

wenn bestimmte Schülerinnen und Schüler mit einem bestimmten sozialen Niveau eben nicht die gleichen Chancen haben. Denken Sie einmal darüber nach, warum Sie die Wahl 2011 gerade auch an dieser zentralen Stelle verloren haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es gab viele Gründe, aber den nicht!)

Ich fand etwas hoch frustrierend: Wir, der Arbeitskreis der Grünen und der Arbeitskreis der SPD, haben kurz nach dem Regierungswechsel ein Gespräch mit Schulen geführt, die neue Ansätze verfolgen. Am Schluss haben sich die Schulen bei uns für die Tatsache bedankt, dass wir ihnen zugehört haben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist aber selten! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Überhört, nicht zugehört! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie beim Nationalpark!)

Das kannten sie nämlich nicht; sie haben jahrzehntelang immer wieder Anträge auf Einrichtung neuer Schulformen gestellt, die von Ihnen pauschal abgeblockt worden sind. Das war Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Daher: Wir haben heute – –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich bin guten Glaubens, dass wir eine realistische Chance haben – wie ich feststelle, zwar ohne Sie, aber mit den Partnerinnen und Partnern in den Kommunen, mit den Regionen –, dieses Schulsystem in Baden-Württemberg, die Schulen wieder zukunftssicher aufzustellen. Ich kann nur wiederholen: Ich finde es traurig.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

dass Sie Ihre Chance zur konstruktiven Mitarbeit verpasst haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Der Redner begibt sich zu seinem Platz.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Fulst-Blei, Sie hatten gesagt, gegen Ende würden Sie eine Frage zu lassen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach so! – Abg. Winfried Mack CDU: Und entschuldigen wollte er sich auch noch! – Gegenrufe von den Grünen und der SPD)

– Bitte, Herr Abg. Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank, dass die Frage möglich ist. – Sie haben ein wichtiges Wort gesagt, nämlich Wettbewerb. Da bin ich hellhörig geworden. Denn hier können wir eigentlich zusammenarbeiten.

Wären Sie bereit, den Realschulen, die in der Jahrgangsstufe 5 die heterogenste Schülerschaft haben, die es überhaupt gibt, pro Zug genau die Anzahl von Zusatzstunden zur Verfügung zu stellen, die Sie den Gemeinschaftsschulen zur Verfügung stellen?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wären Sie zweitens bereit, es bei der jetzigen Zahl der Gemeinschaftsschulen zu belassen, ein Evaluationsverfahren einzuleiten und dann unter gleichen Voraussetzungen, Lernvoraussetzungen, in wenigen Jahren einen Vergleich durchzuführen und Bilanz zu ziehen?

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Sind Sie dazu bereit? Wenn Sie dazu nicht bereit sind, sind das keine fairen Wettbewerbschancen, sondern Sie bevorzugen die einen und benachteiligen die anderen gravierend.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Röhm, ich frage mich gerade, ob Sie umgekehrt bereit sind, endlich auch in der Öffentlichkeit klarzustellen, dass die Stundenzuweisungen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben die Frage gestellt! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD)

die die Gemeinschaftsschulen bekommen, im Wesentlichen auch damit zu tun haben, dass sie den Ganztagsbetrieb haben, dass sie inklusiv ausgerichtet sind, dass sie eine besondere Aufgabenstellung im Rahmen der individuellen Förderung haben. Wenn Sie das einmal zusammenrechnen, dann sage ich Ihnen ganz ehrlich: In Anbetracht dessen, was die Gemeinschaftsschulen leisten müssen – auch jetzt in der Umstellung –, würde ich mir an dieser Stelle sogar mehr Stunden wünschen. Denn sie sind bei Weitem nicht so privilegiert, wie Sie das eben ausgeführt haben und wie Sie es auch öffentlich immer wieder darstellen, um Stimmung gegen unsere Schulpolitik zu machen.

Ich würde aber den Ball gern zurückspielen. Wenn Sie mir darlegen können, an welcher Stelle Sie mit Ihrer permanenten Angst- und Populismuspolitik aufhören, wenn Sie aufzeigen, an welcher Stelle Sie ernsthaft bereit sind, hier in Baden-Württemberg gemeinsam mit uns für die Zukunft unserer Schulen an einem Strang zu ziehen, dann finden Sie bei mir ein offenes Ohr, dann können wir konstruktiv in den Dialog eintreten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wollen Sie die Frage nicht beantworten?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Kultusminister Stoch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Vielleicht gibt er eine Antwort!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf einige wenige Punkte, die in der Debatte angesprochen wurden, möchte ich noch einmal kurz eingehen.

Herr Kollege Dr. Kern und Herr Kollege Wacker, ich glaube, aus Ihren Reden ist sehr deutlich geworden, dass ein Stück weit eine Paranoia

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: He, he, he!)

(Minister Andreas Stoch)

hinsichtlich dessen besteht, was zukünftig in der Bildungspolitik zwingend notwendig sein wird, und dass gleichzeitig eine immer noch nicht ganz abgeschlossene Vergangenheitsbewältigung, was Ihre Regierungszeit angeht, das Problem ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein Quatsch!)

Herr Kollege Wacker, Sie haben eine Grafik hochgehalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die konnten Sie gar nicht sehen!)

Wir sollten uns darauf einigen, dass das Thema „Demografische Entwicklung“ ein Problem darstellt, das nicht erst 2011 begonnen hat.

(Zuruf: So ist es!)

Ich kann Ihnen dies nachweisen. Entsprechende Grafiken und Statistiken kennen Sie. Ich nenne Ihnen einmal eine Zahl: Im Jahr 2001 hatten wir beim Übergang von der vierten Klasse der Grundschule in die fünfte Klasse der Haupt- und Werkrealschule in Baden-Württemberg noch 40 319 Schüler. Im Jahr 2011 – das war zu Zeiten der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung – waren es noch 23 769 Schüler. Dies sage ich nur, um einmal den Gegenbeweis zu der Behauptung anzutreten, dass durch den Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ein Prozess erst in Gang gekommen sei.

Ich habe vorhin in meiner Regierungserklärung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass diese Entwicklung beschleunigt wurde. Die Fragestellungen und vor allem die Antworten, die von uns verlangt werden, haben jedoch unter den gleichen Aspekten zu erfolgen, als wenn wir die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung nicht aufgehoben hätten. Der Prozess hat sich jetzt beschleunigt, die Entscheidungssituation hat sich jetzt verschärft. Deswegen müssen wir jetzt handeln. Ich setze darauf, dass wir gemeinsam handeln werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Herr Fulst-Blei hat etwas anderes gesagt! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kern?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ja, gern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Minister, ich gestehe gern zu, dass ich Sie in den vergangenen hundert Tagen inhaltlich scharf kritisiert habe, weil ich der Meinung bin, dass Ihre Politik inhaltlich nicht in die richtige Richtung geht. In meiner heutigen Rede habe ich bereits gesagt, dass Sie auf inhaltliche Kritik manchmal dünnhäutig reagieren.

(Zuruf: Wer ist dünnhäutig?)

Ich habe Sie noch gar nie persönlich angegriffen. In diesen hundert Tagen haben Sie mir jedoch bereits unterstellt, ich würde Drogen nehmen,

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Ach was!)

Sie haben mir unterstellt, ich würde morgens rohes Fleisch essen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stimmt es denn?)

und jetzt gerade haben Sie mir eine Paranoia unterstellt. Halten Sie diese persönlichen Angriffe mir gegenüber für richtig? Sie wissen, dass ich recht habe; für einen dieser Vergleiche haben Sie sich nämlich bei mir entschuldigt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Das ist Stoch! – Abg. Georg Wacker CDU: Er ist nicht souverän!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Kern, Sie wissen, dass wir im persönlichen Gespräch, im persönlichen Austausch sehr gut miteinander zurecht kommen. Sie wissen und auch ich weiß von Ihnen, dass Sie auch sachlich argumentieren können.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Können Sie das auch?)

Ich bedaure, dass Sie das hier sehr häufig nicht erkennen lassen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da gibt es noch ganz andere!)

Wer so austeilt, wie Sie das tun, der muss auch einstecken können. Wenn Sie sich als Person dadurch angegriffen fühlen, dann bedaure ich das und entschuldige mich hier öffentlich bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Da müsste sich Herr Rülke bei jeder Debatte entschuldigen!)

Wir sollten uns jedoch darüber einig sein, dass ich den Vorwurf der Dünnhäutigkeit jetzt auch erheben könnte, so, wie Sie das getan haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt noch einmal zu einigen Punkten. Herr Kollege Wacker hat Punkte angesprochen, die legitimerweise genannt wurden. Ich möchte kurz auf das Thema „Berufliche Schulen“ kommen, Herr Kollege Wacker.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die beruflichen Schulen sind in Baden-Württemberg ein sehr wichtiger Faktor, ein Garant dafür, dass viele junge Menschen gute Bildungschancen haben, vor allem im Übergang von der Schule in den Beruf. Das ist völlig unbestritten. Die Zahl der Jugendlichen, die an beruflichen Schulen ihr Abitur machen, ist sehr beeindruckend und zeigt die Bedeutung für das Land Baden-Württemberg.

Aber, Herr Kollege Wacker – ich habe es auch vorhin in meiner Regierungserklärung so ausgeführt –, die beruflichen Schulen haben durch die Vielfalt ihrer Bildungsangebote auch ganz besondere Strukturen. Denken Sie allein an das Thema Fachklassen, an das Thema „Duale Berufsausbildung“, aber auch an weitere Angebote. Diese Angebote passen aufgrund der Details, die dort zu regeln sind, sehr häufig nicht in die Systematik der regionalen Schulentwicklung, die wir für die weiterführenden Schulen insgesamt formulieren. Aber ich kann sie ja nicht außen vor lassen; das wäre völlig falsch.

(Minister Andreas Stoch)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wenn Sie in einer Planungsregion in der Frage, an welchen Schulen eine Hochschulreife erlangt werden kann, die beruflichen Schulen aus Ihren Überlegungen herauslassen würden, würden Sie einen großen Fehler begehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: A wa!)

Das heißt, man muss bei der Betrachtung, wie die Bildungswege in den weiterführenden Schulen sind, die beruflichen Schulen – was z. B. das Element der beruflichen Gymnasien angeht – zwingend in die Überlegungen einbeziehen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Aber wir müssen auch bei der Frage der Beteiligung in den Planungsregionen einen anderen Aspekt mit einbeziehen. Natürlich wird in dem Prozess der regionalen Schulentwicklung für die beruflichen Schulen die heimische Wirtschaft, die Industrie am Tisch sitzen. Denn diese sind auf der Abnehmerseite natürlich daran interessiert, dass dieser Prozess der regionalen Schulentwicklung bei den beruflichen Schulen gelingt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist die Voraussetzung!)

Deswegen ist dies aus meiner Sicht zwingend notwendig. Aber deswegen ist es auch ein gesonderter Prozess. Auch da lade ich Sie ganz herzlich zur Mitwirkung ein. Wir würden ansonsten auch bei den beruflichen Schulen ein Schulsterben im ländlichen Raum haben; kleine, schwächere Standorte würden in die Gefahr der Existenznot geraten. Das darf nicht passieren. Wir müssen die Stärke in der Fläche, auch was die Struktur der beruflichen Schulen angeht, erhalten und ausbauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber hinaus würde ich Sie bitten, keinen künstlichen Gegensatz zwischen pädagogischen Konzepten herzustellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch, den gibt es aber!)

Denn aus meiner Sicht kann dieser Bereich nicht in Schwarz und Weiß aufgeteilt werden. Ich würde Sie bitten, dies nicht zu tun; denn wenn Sie in das Land blicken, werden Sie sehr schnell merken, dass auf der kommunalen Seite, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, die Bereitschaft sehr groß ist, sich auch mit den Themen „Individuelle Förderung“ und „Neue Lernkonzepte“ zu beschäftigen, und zwar aus guten Gründen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Der Erfolg des baden-württembergischen Schulsystems, den Sie vorhin beschrieben haben, beruht darauf, dass es eine genügende Zahl von Schülern gab. Sie alle werden feststellen – es gibt zahlreiche Gutachten zu dieser Frage –, dass bei einem bloßen „Weiter so!“, das heißt bei einer Fortführung des dreigliedrigen Schulsystems – wir haben doch beobachtet, was in den letzten Jahren passiert ist –, Schulen geschlossen werden müssen. In Ihrem Fall wurden die Kommunen gezwungen, diese oftmals sehr schwierige Entscheidung zu treffen. Mir ist es sehr wichtig, dass sich jetzt auch das Land zu dieser Verantwortung bekennt. Aber das bedeutet für mich, dass die

kommunale Seite – so haben wir das mit den kommunalen Landesverbänden auch verabredet – und die Schulverwaltung, sprich das Land, diese schwierigen Entscheidungen gemeinsam treffen, damit es nicht dazu kommt, dass das Schwarzer-Peter-Spiel beginnt und die Verantwortung abgeschoben wird.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das steht in § 30!)

Das darf in der Zukunft nicht mehr sein. Das war viel zu lange im Land Baden-Württemberg Realität.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Georg Wacker CDU: Das steht in § 30!)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, weil Sie die Zahl 40 im Zusammenhang mit dem Klassenteiler erwähnt haben und dies auch schon in der Presse entsprechend kommentiert wurde. Wir alle wissen, dass es bei uns noch zahlreiche Schulen gibt, die gerade in diesem Bereich zwischen 16 und 40 Schülern in der Eingangsklasse liegen. Die Zahl 40 fällt im Zusammenhang mit der stabilen Zweizügigkeit nicht vom Himmel; Kollegin Boser und Kollege Fulst-Blei haben das vorhin auch beschrieben. Vor dem Hintergrund, dass die Schülerzahl in den nächsten zehn bis zwölf Jahren um weitere 20 % zurückgehen wird, muss ich mir überlegen: Wenn der Klassenteiler bei 30 liegt, also bei 30 plus 1 Schülern die Zweizügigkeit beginnt, dann kann ich doch nicht bei 31 oder 32 Schülern von Stabilität sprechen. Dann muss ich eine Zahl setzen, die mir zumindest die Gewähr dafür bietet, dass ich die Stabilität und die pädagogische Qualität über einen längeren Zeitraum, nämlich einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren, bewahren kann.

Deswegen ist die Zahl 40 eine Zielvorgabe, die im Interesse der Schulträger, im Interesse des Landes, aber auch im Interesse der Eltern und Kinder sein muss.

(Abg. Georg Wacker CDU: Wie will man die genau berechnen?)

Denn wir wollen, dass Kinder an den Schulen, an denen sie eingeschult werden, auch ihren Bildungsabschluss machen können.

Deswegen sage ich, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir wollen den Prozess gemeinsam mit allen Akteuren, auch mit Ihnen, gestalten. Wir müssen es schaffen, an den Standorten, die unter den bisherigen Umständen keine Überlebenschance hätten, die Schulträger und die Kommunen zusammenzubringen, um zu erreichen, dass auch im ländlichen Raum eine gute Struktur an weiterführenden Schulen erhalten werden kann, die eine Vielfalt an Bildungsabschlüssen bietet.

Ich lade Sie sehr herzlich ein, dass wir uns auch über die Frage der Pädagogik gemeinsam unterhalten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Streiten müssen wir darüber!)

dass wir auch gemeinsam Modelle suchen, mit denen wir Schulen anbieten können, sich auf den Weg zu machen, um diese gestiegene Heterogenität – Herr Kollege Röhm hat das zu Recht angesprochen – in die pädagogischen Konzepte aufzunehmen. Es gibt zahlreiche Beispiele an allen weiterführenden

(Minister Andreas Stoch)

den Schulen: an Gymnasien, an Realschulen, an Haupt- und Werkrealschulen, die da häufig schon sehr weit sind, die sich auf den Weg gemacht haben, mit dem sehr unterschiedlichen Begabungsprofil ihrer Schülerinnen und Schüler umzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hilft nichts, immer nur das Alte zu bejubeln, wenn es nicht eine tragfähige Lösung für die Zukunft ist. Lassen Sie uns gemeinsam nach Lösungen für die Zukunft suchen. Dann werden wir Baden-Württemberg als vielfältige Bildungslandschaft erhalten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nachdem der Minister die Hälfte der Gesamtredezeit der Fraktionen, also 30 Minuten, überschritten hat, soll ich nach der Geschäftsordnung den Fraktionen zusätzliche Redezeiten geben. Ich gebe jetzt jeder Fraktion zusätzlich zwei Minuten Redezeit.

Das Wort hat Herr Abg. Wacker. – Herr Wacker, ich bitte Sie aber, sich an die Redezeit zu halten, nachdem Sie die vorherige Redezeit schon erheblich überschritten hatten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Eben! Die hat er schon vervespert! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann muss das aber angerechnet werden, Herr Präsident! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Präsident, Sie sind aber streng!)

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Minister, deswegen gehe ich jetzt nur auf zwei konkrete Punkte ein. Zum Bereich der beruflichen Schulen muss ich deutlich sagen: Dass Sie die beruflichen Schulen außen vor lassen, ist ein Fehler, weil sich die demografische Entwicklung auch dort abzeichnet.

(Abg. Walter Heiler SPD: Gerade wurde das Gegenteil gesagt!)

Die Zahlen liegen Ihnen auch vor.

Ich muss Ihnen auch Folgendes sagen: Dass Sie die beruflichen Schulen außen vor lassen, ist auch deswegen ein Fehler, weil Sie doch genau wissen müssen: Wo zukünftig noch Werkrealschulen existieren, wo zukünftig auch Gemeinschaftsschulen existieren, wo zukünftig Realschulen existieren, muss es doch immer Angebote der beruflichen Schulen in erreichbarer Nähe geben. Sie können das doch nicht nur mitdenken. Vielmehr müssen die Standorte der beruflichen Schulen doch zwingend Bestandteil eines solchen Konzepts sein. Deswegen fordern wir Sie auf, hier auch die beruflichen Schulen konzeptionell mit einzubeziehen.

Herr Minister, zu dem Thema Konsensgespräche in dem von mir erwähnten Beispiel haben Sie nichts gesagt. Noch einmal: Was tun Sie, wenn in einer Region aufgrund der Betroffenheit der benachbarten Standorte keine Gemeinschaftsschule gewünscht ist? Beantworten Sie diese Frage! Konsequenterweise müssten Sie diese Gemeinschaftsschule ablehnen, weil das öffentliche Bedürfnis durch die anderen Angebote abgedeckt ist.

Ein Letztes, Herr Minister: Wir streiten über den pädagogischen Gegensatz. Ihr Problem ist, dass Sie in Ihrer Gemein-

schaftsschule nur integrative Formen zulassen. Differenzierte Angebote sind nicht zulässig, sind nicht gewollt, sind verboten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! So ist es!)

Wir haben kein Problem damit, dass schülerzentriertes, selbst organisiertes Lernen einen stärkeren Stellenwert bekommt. Wir haben kein Problem damit, dass, wie es auch die letzte Bildungsplanreform ganz klar vorgesehen hat, auch jahrgangsübergreifend unterrichtet wird, dass man die Schüler auch stärker zur Eigenverantwortung erzieht und dass man auch mehr abkommt vom Frontalunterricht, obwohl er immer noch ein Bestandteil des guten Unterrichts sein muss.

Ihr Problem ist: Sie gehen dogmatisch damit um. Wenn Sie endlich einmal aufhören,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die zwei Minuten sind um, Herr Präsident!)

die dogmatischen Vorgaben ständig zu wiederholen, dann könnten wir, glaube ich, auch über einen gemeinsamen Weg sprechen. Aber Ihr Problem ist, dass Gemeinschaftsschule pure Ideologie ist, und daran scheitert Ihr Konzept.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf diese knapp zwei Minuten nutzen, um auf einen Aspekt noch einmal einzugehen, der hier immer wieder falsch zitiert wird. Es wird der FDP/DVP unterstellt, wir wollten mit der „Realschule plus“ ein völlig neues Konzept, einen Schulabschluss anbieten. Das ist falsch.

Die FDP/DVP-Fraktion hat Ihnen vorgeschlagen, Konzepte wie beispielsweise die „Realschule plus“ zuzulassen. Was verbirgt sich hinter diesem Konzept? Wir wollen, dass diejenigen, die die mittlere Reife haben und an der Realschule weitermachen wollen, die Chance haben, dann auch das Abitur zu machen. Das geschieht in der Regel an den beruflichen Gymnasien. Jetzt haben wir aber die Situation, dass die beruflichen Gymnasien leider nicht so ausgebaut sind, wie sie sein müssten, damit alle, die einen Anspruch haben, dort hinzugehen, dort auch tatsächlich einen Platz finden.

(Zurufe von den Grünen: Sie haben doch keine Ahnung!)

Deshalb wollen wir mit der „Realschule plus“ die Möglichkeit genehmigen, dass am Ende der Realschulzeit ein zusätzliches Gelenkjahr eingefügt wird; in diesem zusätzlichen Jahr sollen die Schüler in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch fit gemacht werden, damit sie auf dem allgemeinbildenden Gymnasium – auch im G 8 – wieder „einfädeln“ und dort das Abitur ablegen können. Das wäre für die Weiterentwicklung der Durchlässigkeit des baden-württembergischen Bildungssystems ein gutes Modell.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Dr. Timm Kern)

Würden Sie in Baden-Württemberg – so, wie Sie es behaupten – tatsächlich Vielfalt zulassen,

(Abg. Georg Nelius SPD: Das hätten Sie doch längst machen können!)

dann müssten Sie auch dieses Modell zulassen. Sie haben aber ein Lieblingsprojekt, nämlich die Gemeinschaftsschule. Dort soll man auch das Abitur machen können, und deshalb lassen Sie andere Möglichkeiten nicht zu. Insofern ist Ihre Politik eben keine freiheitliche Bildungspolitik, die vor Ort Verantwortung ermöglicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Kern, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wenn es innerhalb der Redezeit von zwei Minuten noch möglich ist, auf die Zwischenfrage einzugehen, gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Nachfrage zulassen. – Die „Realschule plus“ ist doch ein Modell, das Sie als Gymnasiallehrer offenbar für den Versuch nutzen wollen, den beruflichen Schulen das Wasser abzugraben.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ein Quatsch!)

Des Weiteren ist dies sicher ein Modell, um etwas in die Wege zu leiten, was bildungspolitisch völlig konträr läuft und was vor allem Ressourcen benötigt, die Sie über die k.w.-Vermerke der vergangenen Jahre selbst nicht freisetzen konnten.

Das ist Bildungspolitik, die kein Konzept und kein Ziel hat.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das Gegenteil ist richtig, Herr Kollege Lehmann. Denn dies würde die Durchlässigkeit erhöhen. Wir wollen es nicht an allen Realschulen einführen, sondern nur an denjenigen Realschulen, die dies wollen. Wir wollen es den Schulen auch nicht überstülpen. Es gibt in Baden-Württemberg aber Realschulen, z. B. die Feudenheim-Realschule in Mannheim, die ein solches Konzept realisieren möchten. Sie aber lassen dies nicht zu. Wer lässt denn da mehr Freiheit zu – Sie oder ich?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Manno-mann!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich habe bis zum Schluss darauf gewartet, ob vonseiten der CDU vielleicht doch noch ein Modell für die Zukunft beschrieben wird. Das fehlt. Daher möchte ich jetzt doch noch einmal die Frage an die CDU-Fraktion richten: Wie gehen Sie eigentlich mit den Beschlüssen

Ihrer Basis um? Zwei Ihrer Regionalverbände haben den Beschluss gefasst, dass in der Zukunft ein Zweisäulenmodell für Baden-Württemberg gelten soll. Sie haben sich hierzu bislang überhaupt noch nicht geäußert. Ihr Landesausschuss ist gerade dabei, dieses Modell zu diskutieren,

(Abg. Matthias Prüfrock CDU: Einen Landesausschuss gibt es nicht! Regionalverbände gibt es bei der CDU auch nicht!)

und er orientiert sich dabei u. a. auch an dem, was wir von der grün-roten Seite des Landtags hier diskutieren.

Ich frage mich schon, wie die Landtagsfraktion der CDU mit der eigenen Basis umgeht. Bleibt diese Basis ungehört, oder kommt von Ihnen in der Zukunft vielleicht doch einmal ein Modell, das zukunftsweisend ist?

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Dr. Kern, Ihre „Realschule plus“ bleibt nach wie vor ein Angebot für diejenigen, die ein Gymnasialniveau haben. Sie haben kein Interesse daran, dass Hauptschüler in diesem Land entsprechend gefördert werden, dass am Ende ein Hauptschulabschluss gemacht werden kann, und Sie bieten keine Lösung für dieses Problem.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie schaffen die Hauptschule ab!)

Sie weisen von dieser Seite her nichts in dieser Sache vor. Ich vermisse da von Ihrer Seite die konstruktive Kritik. Die „Realschule plus“ kann am Ende doch nicht alles sein, was Sie hier vorstellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich möchte noch zwei oder drei inhaltliche Bemerkungen zu den Darstellungen machen. Es gibt etwas, Herr Wacker, was einen immer wieder frustriert: Wir weisen in unseren Redebeiträgen darauf hin, dass beispielsweise die beruflichen Gymnasien einbezogen werden. Sie hingegen sagen, wir nähmen darauf überhaupt keinen Bezug. Wir haben es aber dargelegt: Es gibt – auch mit Blick auf die Komplexität – Gründe dafür, dass wir das berufsbildende System, insbesondere auch das duale System, noch einmal gesondert und intensiv, also sozusagen privilegiert, betrachten werden.

Ich bin verwundert darüber, dass Sie uns sagen – vielleicht erklärt dies aber auch manches –: „Ihr Fehler ist, dass Sie Gemeinschaftsschulen nur in integrativer Form zulassen.“ Das ist für mich eine erstaunliche fachliche Aussage.

(Abg. Georg Wacker CDU: Es geht um die Ausschließlichkeit!)

Dies ist doch gerade das absolute Moment einer Gemeinschaftsschule; es ist der Grund, warum diese Schulform auch

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

bei der Elternschaft attraktiv ist. Dies bestätigen die vorliegenden Anmeldezahlen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Vorhin gab es ein Beispiel dafür!)

Ich würde Sie übrigens auch gern an Ihre sächsischen Kolleginnen und Kollegen erinnern. Sachsen ist ein Land, in dem die CDU seit Langem an der Regierung ist. Dort wird bereits der Weg in Richtung Gemeinschaftsschule beschritten.

(Zuruf von der CDU: Was? – Abg. Georg Wacker CDU: Da haben Sie etwas verwechselt, Herr Kollege!)

Dort wird übrigens im Rahmen der Lehrerbildung gerade der Aspekt der individuellen Förderung besonders stark betont.

(Abg. Winfried Mack CDU: Waren Sie schon einmal dort?)

Herr Dr. Kern, zum Thema „Berufliche Gymnasien“ gab es von Ihnen wieder die Unterstellung nach dem Motto: Da läuft zu wenig. Wir sind diejenigen gewesen, die die 50 Eingangsklassen eingerichtet haben.

Zu Ihrem Vorschlag – ich habe hier schon einmal versucht, Ihnen das darzulegen; das ist meine Heimatrealschule, von der Sie immer sprechen; das finde ich schön – möchte ich Folgendes anmerken. Die Situation war damals: Die Schule hatte einen Antrag gestellt in einer Zeit, in der die berufsbildenden Gymnasien, insbesondere das Wirtschaftsgymnasium, nicht in der Lage waren, alle Schulklassen aufzufüllen.

Es ist doch doppelzünftig, wenn Sie einerseits den Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen Angst machen mit der Unterstellung, wir würden zu wenig für sie tun – übrigens vor dem Hintergrund, dass die Unterrichtsversorgung dort so gut ist wie noch nie –, andererseits aber Modelle favorisieren, die die beruflichen Gymnasien mit Blick auf die Schülerschaft ganz massiv unter Druck setzen würden. Das sagen Sie nicht. Es ist einfach nicht fair in der Argumentationslinie, neue Modelle aufzumachen, die richtig ressourcenintensiv sind, die hinsichtlich der Schulstruktur gar nicht weiterführen und extreme neue Probleme im Bereich der berufsbildenden Gymnasien aufweisen würden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Grün-rote Verbotspolitik – Ideologische Gängelung von mündigen Bürgern – beantragt von der Fraktion der CDU

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht ange-

rechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgeschriebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Löffler, der heute Geburtstag hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Mit der Frage, wie Menschen ihre Gesellschaft gestalten, haben sich Politiker und Philosophen zu allen Zeiten auseinandergesetzt. Perikles sagte vor 2 500 Jahren: „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, und das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“

Diesen Mut haben Politiker wie Kurt Schumacher und Ludwig Erhard bewiesen. Erhard hat auf den mündigen Bürger gesetzt. Er war überzeugt, dass der selbstständige, verantwortungsbewusste Bürger der Normalfall sein sollte. Er traute den Menschen zu, dass sie ihr Leben in eigener Verantwortung meistern, wenn man ihnen nur die Freiheit dazu lässt. Seine Nachfolger Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl, aber auch Gerhard Schröder haben Verantwortung getragen, aber auch von dem mündigen Bürger verlangt, dass er Verantwortung übernehmen muss.

Dies hat dem Land gutgetan. Lothar Späth hat in diesem Haus gesagt: Freiheit, Verantwortung und Würde sind untrennbar. Verantwortung kann ein Mensch nur übernehmen, wenn er die freie Wahl zwischen Alternativen hat. Je weniger Entscheidungsfreiheit ihm die Gesellschaft zubilligt, desto weniger Verantwortung kann er übernehmen. Die Würde des Menschen wächst nicht mit seiner Konsumfähigkeit, nicht mit seinem Geld, sondern allein dort, wo man Verantwortung übernimmt und für die Folgen einstehen muss. Wer die Menschen von der Eigenverantwortung entbindet, ihnen Verbote auferlegt, nimmt ihnen die Würde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir erleben gerade eine politische Unkultur des Verbiegens: die Glühbirne,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war doch der Oettinger! Sag einmal! – Gegenruf von der CDU: Sigmar Gabriel! Betreiben Sie keine Geschichtsklitterung!)

der Mohrenkopf, das Schweineschnitzel, die Grundschulempfehlung, das Ponyreiten auf Jahrmärkten, der Zigarettenuomat um die Ecke, das Bier 1888, Heizpilze, Grillen im Park und auf Grünflächen, Rauchverbot in Biergärten und am Steuer.

Das Wahlprogramm der Grünen trägt den schönen Titel: Zeit für den grünen Wandel.

(Zuruf von den Grünen: Das stimmt ja auch!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Doch wie sieht es mit dem Wandel aus? Er liest sich wie ein Umerziehungsprogramm.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! So ist es!)

Für die Grünen scheint der Staatsbürger heute ein leicht zurückgebliebener Pflegefall zu sein, der nicht für sich selbst sorgen kann, sondern einer strengen väterlichen Obrigkeit bedarf, die ihm den Weg in die grüne Tugend weist: Sonntagsfahrverbot, Nachtflugverbot, Verbot von getrenntgeschlechtlichen Toiletten, Verbot von Alkoholwerbung, Verbot von Stammzellenforschung, Verkaufsverbot für genveränderte Lebensmittel, Verbot von Lichtverschmutzung, Verbot von Süßigkeitswerbung im Kinderfernsehen, weg mit den Realschulen und weg mit dem dreigliedrigen Schulsystem,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch!)

Verbot von Motorrollern und von Computerspielen, kein Schnäppchenverkauf mehr, Billigflugverbot und Verbot von Weichmachern in Sexspielzeug.

(Vereinzelt Beifall)

Die Verbotsliste der Grünen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

spart keine gesellschaftliche Nische aus und wird von Claudia Roth mit Betroffenheitslyrik und einem politischen Exorzismus verfolgt, dass selbst der unschuldigste Säulenheilige ein schlechtes Gewissen bekommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Grünen gestehen den Jugendlichen zwar das Wahlrecht zu, aber trauen ihnen den Umgang mit Zigaretten nicht zu. Das verstehe, wer will.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie war das mit dem Alkohol?)

Ein den christlichen Glauben symbolisierendes Holzkreuz in einer Amtsstube oder in einem Gericht aufzuhängen geht nach Ansicht der Grünen gar nicht, das widerspricht der Trennung von Kirche und Staat und bedroht Muslime. Ein Kreuz an der Wand muss verboten werden, fordern die Grünen. Dabei ist das Kreuz das Gegenteil von Bedrohung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Der „Satire Gipfel“ ist draußen!)

Das freiheitliche liberale Denken, das die Grünen in ihrer Gründerzeit auszeichnete, ist ausgestorben,

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Schluss jetzt!)

ausgestorben wie der Laufvogel Dodo, dessen letztes Exemplar 1690 auf Mauritius gesichtet wurde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mehr Demokratie wagen – Willy Brandt. Das war einmal. Jetzt setzt sich auch die SPD als Hilfsmatrose ins grüne Verbotsschiff.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Hohe Mieten werden verboten.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben Sie etwas dagegen?)

Auf Autobahnen darf nicht schneller als 120 km/h gefahren werden.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ist das Recht auf Rasen ein Grundrecht jedes Bürgers?)

Aber daraus wird nichts. Die SPD ist halt doch zu amateurhaft. Wenn es um das Auto geht, sagen die Grünen, wo die Freiheit aufhört. Das sollte sich die SPD als Juniorpartner hinter die Ohren schreiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Reklame für Autos mit hohem Benzinverbrauch und hohem Schadstoffausstoß solle verboten werden, fordert der grüne Oberbürgermeister Fritz Kuhn, und in der „Financial Times“ flötet Renate Künast im Land der Autobauer: „Leute, kauft Hybridautos von Toyota.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist Wirtschaftspolitik!)

„Weniger Autos sind besser als mehr Autos“, das wusste der Ministerpräsident schon kurz nach seinem Amtsantritt.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Das Schuldenverbot in die Landesverfassung zu schreiben, das wird ausgeklammert. Alles kann man nicht verbieten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Die schlichte Forderung nach Einsperren, Verbieten, Polizei holen bei jedem kleinbürgerlichen Miniproblem bestimmte früher das Denken von kleinbürgerlichen, verklemmten Spielern.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: CDU!)

Heute ist das grüne Realpolitik.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die Grünen geben die neue Spießpartei. Hinter der grünen Sonnenblume versteckt sich ein veganer Gartenzwerg,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

der ein Cannabis-Pfeifchen raucht,

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

(Dr. Reinhard Löffler)

mit einem Schild am Zipfelmützchen: „Mitreden beim Nationalpark verboten!“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Haschischrauchen und Alkoholexzesse werden natürlich erlaubt, Tanzen am Karfreitag auch.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie wollen es doch verbieten!)

In Berlin läuft wie bekifft ein grüner Bundestagsabgeordneter auf dem Kiez herum und will Kindersex.

(Zurufe: Peinlich! – Unverschämtheit!)

Trotz dieser pseudoliberalen Exklave: Die grün-rote Verbotskultur ist erst dann perfekt, wenn der Arbeitsmarkt von Minijobs befreit ist, Niedriglöhne verboten werden und ein flächendeckender Mindestlohn bezahlt wird.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ja, ist doch richtig! Super! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ist das lustig?)

Wer keine Arbeit hat, bekommt ein bedingungsloses Grundeinkommen und später eine Garantierente.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo sind wir eigentlich?)

Aber halt, manchmal ändern sich auch die Grünen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Kapelle, Ausmarsch!)

Rezzo Schlauch lehnt den veganen Fastentag ab und zeigt seine Leibesfülle in der „Bild“-Zeitung,

(Der Redner hält einen Artikel aus der „Bild“-Zeitung hoch.)

während er an einem Hummer knabbert.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das ist doch lächerlich, was Sie hier machen!)

Im „Playboy“ erklärt er sinngemäß: „Müll trennen ist blöd.“ Wer zweimal seinen Hausmüll trennt, gehört schon zum Establishment.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Das ist doch peinlich!)

Die Grünen sind halt immer noch ein bisschen Protestpartei, pietistisch, aber mit urbaner Lebensqualität. Ich bin dem „Playboy“ dankbar, dass Rezzo Schlauch nicht noch ausklappbar zum Playmate des Monats gekürt wurde.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Vielleicht sollte die grüne Bevormundungspartei einen landesweiten Weltverbessererwettbewerb ausschreiben, mit welchem Verbot man dem Bürger am meisten Spaß nehmen kann. Wie wäre es damit, das Pokalendspiel in Berlin zu verbieten, weil der Rasen in Mitleidenschaft gezogen wird?

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Das grüne Wahlmotto: „Wir können alles. Auch Verbieten.“

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Man kann auch alles ins Lächerliche ziehen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Löffler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein. Gleich, wenn ich fertig bin.

Unsere Gesellschaft ändert sich ständig und mit größerem Tempo als früher. Das verändert das Bewusstsein der Menschen, und ihre Verhaltensweisen geraten immer schneller in Konflikt mit alten Vorstellungen. Doch die Schnellebigkeit der Zeit darf nicht mit kurzfristigem Verbotsdenken beantwortet werden. Wir müssen den Menschen mit weniger Staat Würde und Freiheit lassen. Sie brauchen keine politischen Oberlehrer.

In das, was die Bürger in Eigenverantwortung übernehmen können, sollte sich der Staat nicht einmischen und sie schon gar nicht gängeln und bevormunden. Abraham Lincoln hat gesagt: „Man kann den Menschen nicht auf Dauer helfen, wenn man für sie tut, was sie besser tun könnten und sollten.“ Recht hatte er. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das Niveau Ihrer Rede ist unfassbar! Genau!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Schwarz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Keine neuen Verbote, bitte!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Titel der Aktuellen Debatte haben wir uns schon die Frage gestellt: Sind der CDU endgültig die Themen ausgegangen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann mir gut vorstellen, in welcher prekärer Situation Sie am Montag waren. Wir stellen uns vor: Es ist kurz vor zwölf Uhr. Herr Rülke hat wieder einmal bewiesen, dass er der wahre Oppositionsführer ist, weil er nämlich eine Aktuelle Debatte zum Thema Nationalpark beantragt hat. Es war der Wunsch der CDU, die Aktuelle Debatte zum Nationalpark zu führen. Die FDP/DVP war aber wieder einmal schneller und hat die CDU auf der Oppositionsbank überholt. Die CDU war nun in großen Nöten und Schwierigkeiten. Ihr Thema war nämlich weg – einfach weg. Plötzlich war ihr Thema für die Aktuelle Debatte weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die CDU musste ganz tief in die Mottenkiste greifen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das Thema ist hochaktuell! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das Thema Nationalpark betrifft Sie und nicht uns!)

(Andreas Schwarz)

wirklich ganz tief, weil sie überhaupt keine richtigen Themen hat, die sie hier diskutieren kann. Die Debatte um das Grundeinkommen wird, wie ich weiß, auch in Ihrer Partei ernsthaft geführt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Bei der Debatte über hohe Mieten ist das, was Sie hier gesagt haben, ein Hohn für all die Bürgerinnen und Bürger, die unter der Last von hohen Mieten leiden. Sie verunglimpfen damit die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr gut!)

Ich denke, eine Büttenrede, Kollege Dr. Löffler, können Sie heute Nachmittag oder heute Abend bei Ihrer Geburtstagsfeier halten, aber hier im Parlament ist kein Platz für Kabarett.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Schauen wir uns doch einmal an – Herr Kollege Röhm, Sie waren schon damals hier im Landtag –, was Sie in der letzten Legislatur beschlossen haben. Sie haben zum einen ein Rauchverbot beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Sie haben zum Zweiten ein Alkoholverkaufsverbot ab 22:00 Uhr beschlossen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Aha! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Verbotspartei!)

Beide Gesetze haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hier beschlossen. Wir waren dabei. Es erschließt sich mir überhaupt nicht, warum Sie dann heute eine Debatte über Verbote anstrengen, wenn Sie in der zurückliegenden Legislatur doch selbst Verbote durchgesetzt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich gehe sogar noch weiter: Kollegen Ihrer Partei, auch Ihr Landesvorsitzender, fordern dieser Tage das Verbot von Fracking am Bodensee. Das unterstützen wir – gar keine Frage –, weil wir den Schutz des Trinkwassers als wichtig ansehen. Aber es erschließt sich mir nicht, hier eine Büttenrede zu halten und dann nach draußen zu gehen und vor der Presse für Verbote einzutreten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch einmal zum Thema Zigarettenwerbung, weil Kollege Löffler das angesprochen hat. Ihre Bundesverbraucherschutzministerin Aigner

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Klammer auf: CSU! Klammer zu!)

spricht sich für ein vollständiges Verbot von Plakat- und Kinowerbung für Zigaretten aus. Diese Position vertritt Ihre Schwesterpartei, die CSU.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Bundesregierung! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Und die Bundesregierung. Sie ist Ministerin. – Sie haben da offenbar zuerst einmal Klärungsbedarf im eigenen Laden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wenn ich das höre, was Kollege Löffler hier vorgetragen hat, stelle ich mir sehr wohl die Frage: Bekennt sich die CDU überhaupt zu unserer Rechtsordnung, die dem Einzelnen viele Freiheiten einräumt, die aber auch Schranken aufzeigt, wenn die Freiheiten anderer betroffen sind? Bekennt sie sich dazu? Denn für uns ist völlig klar – wir sind hier ganz bei unserem Bundespräsidenten Joachim Gauck –: Die Freiheit des einen hört dort auf, wo die Freiheit des anderen anfängt. Ich stelle mir sehr wohl die Frage, ob auch Sie sich zu dieser Rechtsordnung, zu dieser Maxime bekennen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Löffler hat das Thema Nachtflugverbot angesprochen. Da bin ich originär beim Thema.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

In unserem Koalitionsvertrag ist von einem Nachtflugverbot am Flughafen Stuttgart – wir wollen es beibehalten – die Rede. Ich stelle Ihnen als Stuttgarter Abgeordnetem die Frage: Wollen Sie denn das Nachtflugverbot am Stuttgarter Flughafen aufweichen?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

Wollen Sie zu einer höheren Lärmbelastung für die Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart beitragen? Das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE zur CDU: Und wenn, dann sagen Sie es hier einmal!)

Oder nehmen wir das Thema „Nachtflugverbot am Flughafen Zürich“. Ich kann mich erinnern, dass wir im Herbst 2012 hier eine große Debatte über die Stuttgarter Erklärung geführt haben.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es war Ihr Landtagspräsident Guido Wolf, der noch einmal darauf gedrängt hat,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: „Unser“ Bundespräsident, „euer“ Landtagspräsident!)

dass die Stuttgarter Erklärung und das Nachtflugverbot gelten sollen. Heute kritisieren Sie das.

Ich sage für unsere Fraktion ganz klar: Wir stehen zu den Nachtflugverboten, und wir stehen zu Verboten immer dann, wenn sie sinnvoll sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

(Zuruf von den Grünen: Hast du deinen Rechner dabei?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich verraten: Ich habe eine Woche lang versucht, mich auf diese Debatte vorzubereiten.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist dir nicht gelungen!)

Ich habe in meiner Fraktion gefragt: Sagt einmal, fällt euch zum Thema „Grün-rote Verbotspolitik“ etwas ein?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Tempo 120! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gabriel!)

„Ideologische Gängelung von mündigen Bürgern“, haben wir in unserer Regierungsverantwortung so etwas gemacht?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Gemeinschaftsschule!)

Wir wurden nicht fündig. Wir haben noch einmal in den Koalitionsvertrag geschaut,

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie merken es gar nicht mehr! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch schlimmer!)

in der Zwischenbilanz nachgelesen und nichts gefunden. Deshalb hat Herr Kollege Löffler auch kein einziges Beispiel aus dem Land für grün-rote Verbotspolitik oder Gängelung gebracht – kein einziges.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf von der SPD: Genau!)

Er hat angefangen mit philosophischen Betrachtungen der alten Griechen und von geachteten Staatsmännern aller Parteien, er hat Zielmarken formuliert. Es wurde aber immer noch nicht konkret. Und ausgerechnet beim ersten konkreten Beispiel, beim Verbot von Glühbirnen, hat er auf den Oettinger gezeigt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist eine tolle Leistung.

Dann ist natürlich der Gipfel der schwerwiegenden Vorwürfe, die Sie gerade uns Sozialdemokraten gemacht haben, dass wir hohe Mieten und Niedriglöhne verbieten wollen. Das trifft uns ins Mark.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Da sind wir richtig geknickt. – Das ist unsere erklärte Zielsetzung!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Darauf sind wir stolz.

Zu dem Nachtflugverbot hat Kollege Schwarz schon das Notwendige gesagt.

Sie haben dann noch die Würde des Menschen bemüht. Ich will es einmal so sagen: Es gibt auch die Würde des Parlaments.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr richtig!)

Das, was Sie als Persiflage aus „Bild“-Zeitung, „Playboy“ und irren Zuspitzungen aus Versatzstücken aus irgendwelchen Programmen geboten haben, ist wirklich geeignet, dass diejenigen, die uns zuschauen – ob hier auf der Tribüne oder am Fernseher daheim –, sich fragen: Brauchen wir die eigentlich? Haben sie zu viel Zeit, dass sie ihre wertvolle Debattenzeit am Vormittag mit solchen Debatten vergeuden?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Frage muss ich Ihnen stellen, und diese Frage stelle ich Ihnen, Herr Hauk.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das, was Herr Löffler hier heute gezeigt hat, fällt nicht auf ihn zurück. Das fällt auf Sie zurück; Sie sind der Anführer dieser Truppe.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Von Ihnen erwarte ich im Präsidium wirklich einmal eine Erklärung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei uns gibt es keinen Anführer!)

weshalb wir am Vormittag, zur besten Sendezeit und Zuschauerzeit, hier ein Spektakel bieten, das vielleicht am Aschermittwoch passt, das sonst wohin gehört, aber nicht in das Landesparlament von Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So viel zu den Inhalten! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Legislaturperiode habe ich einmal von „Verbieteritis“ gesprochen, natürlich mit kritischer Stoßrichtung. Damals haben wir innerhalb unserer Koalition über das Verbot des Alkoholverkaufs nachts an Tankstellen diskutiert. Dann kam der lichte Höhepunkt: das Verbot des Verkaufs von Blumen am Muttertag, weil der damals auf Pfingsten fiel. Das hat dann übrigens damit geendet, dass an Wallfahrtsorten Blumen verkauft werden durften, aber in der Stadt nicht. Dann haben wir weiter diskutiert über das Verbot des Alkoholkonsums auf öffentlichen Plätzen.

Es ist bekannt: Wir waren als Liberale skeptisch gegenüber diesen Verboten. Die großen Einwände sind zumindest immer die zwei: Erstens wollen wir keine Gesellschaft, die von Misstrauen getragen ist und von der Annahme, dass sie ihre Bürgerinnen und Bürger mit Verboten umstellen muss, weil man ihnen sonst nicht trauen kann. Zweitens stellen wir natürlich auch immer die Frage nach der Kontrolle, die Frage: Wer schaut überhaupt darauf, dass solche Spielregeln eingehalten werden? Das ist manchmal gar nicht, manchmal nur mit zu hohem Aufwand möglich. Das ist schon unser Thema heute.

(Dr. Ulrich Goll)

Jetzt hat unser offenbar geläuterter ehemaliger Koalitionspartner – ich hoffe natürlich, dass er auch in der nächsten Legislaturperiode wieder unser Koalitionspartner sein wird –

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

eine Debatte zur „Verbieteritis“ beantragt.

(Lachen der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Ich sage an dieser Stelle: mit Recht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn man muss zwei Dinge trennen. Herr Kollege Löffler hat zu diesem Thema hier vielleicht mit einem gewissen Unterhaltungswert vorgetragen – dagegen hat auch niemand etwas –, aber er hat im Kern natürlich völlig recht. Das, was wir früher diskutiert haben, ist nur ein ganz schwaches Abbild dessen, was jetzt an „Verbieteritis“ passiert. Daran führt kein Weg vorbei.

Herr Präsident, ich würde meine Redezeit wahrscheinlich schon ausschöpfen, wenn ich nur alle Verbote aufzählen würde, die teilweise schon von uns aufgezählt worden sind.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nennen Sie einmal Beispiele! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Fangen Sie einmal mit der Landespolitik an, Herr Kollege!)

Vor allem kann man die gar nicht alle auswendig lernen.

(Zurufe der Abg. Claus Schmiedel SPD und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die kann man gar nicht in freier Rede vortragen.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Ich nenne die Stichworte noch einmal: Zigarettensautomaten, Plastiktüten. Motorroller – das finde ich übrigens äußerst spannend;

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer sagt denn, dass die verboten werden sollen?)

Motorroller in Großstädten sind eigentlich eine feine Sache –: Mit Benzin betriebene Zweitakter sollen ab 2020, ...

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: ... Viertakter ab 2025 aus dem Verkehr gezogen werden – Quelle: Energiekonzept sowie Antrag der Bundestagsfraktion der Grünen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aha!)

Ich habe für alle Quellen dabei.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir sind doch im Land! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sind Ihre Freunde! Das betrifft uns hier auch!)

– Wir kommen noch zum Land. – Verbot von Süßigkeitenwerbung im Fernsehen, von Heizpilzen.

(Zurufe)

Fleisch: Ich finde es schon toll, lieber Herr Schwarz: Was hat es mit der Freiheit des anderen zu tun, wenn landauf, landab mit kommunalpolitischen Initiativen der Grünen – u. a. in Meerbusch, in Münster und anderswo – versucht wird, den Leuten an einem Tag der Woche zu verbieten, Fleisch zu essen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo in Baden-Württemberg? – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wo endet da – –

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Peinlich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen – –

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Lieber Herr Schmiedel, ich rede nur über Fakten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben Sie außer Münster noch ein anderes Beispiel? – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Professor Dr. Goll, warten Sie bitte einmal. – Das Wort hat Herr Abg. Professor Dr. Goll.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, aber er redet nur von Münster!)

– Das mag ja sein. Das muss man aber ertragen.

Bitte, Herr Professor.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber es gibt kein Verbot, dass man sich aufregt, Herr Präsident! Sich aufzuregen ist ausdrücklich erlaubt!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Lieber Herr Schmiedel, es kommt noch besser. Sie haben noch mehr Grund, sich hier aufzuregen. Das kann ich Ihnen versprechen. Sie dürfen sich auch schon hier aufregen. Aber Sie haben auch eine Art Matenfucht begangen, indem Sie das Ganze nur für Klamauk erklären. Das ist zu einfach.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist die Fortsetzung des Klamauks!)

Sie haben gefordert, Autowerbung für Autos, die viel Benzin verbrauchen – – Gott sei Dank brauchen offensichtlich die Spitzen der Grünen in Regierung und Koalition keine Werbung, um schon an die richtigen, die passenden Autos zu gelangen.

Wir haben das Verbot von verkaufsoffenen Sonntagen, ein Wochenendfahrverbot, Alkoholverbote in verschiedenen Formen.

(Dr. Ulrich Goll)

Hoch spannend ist, finde ich – jetzt kommen wir zum Land –, das Verbot des Skifahrens im Schwarzwald

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

– laut Landtagswahlprogramm der Grünen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein, Sie haben das nicht gelesen!)

Es werden Schneeschuhe empfohlen. Ich kann jedem nur empfehlen, das zu lesen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dann versteht man übrigens, warum die Leute gegen den Nationalpark sind – weil sie nämlich genau wissen, was Sie dort wirklich vorhaben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Rauchverbot in Biergärten, Rauchverbot am Steuer, Verbot von Tieren in Zirkussen, Verbot von Ponyreiten auf öffentlichen Veranstaltungen.

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wo steht das?)

Wer nicht merkt, was da für eine Verbotsorgie abläuft, wer das zu beschönigen versucht, der hat meines Erachtens die Realität aus dem Blick verloren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Haben Sie ein Beispiel dafür, was wir, Grün-Rot, verboten haben? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kein einziges!)

Jetzt hören Sie einmal, was für mich dahintersteckt. Sie sollten das schon ernst nehmen. Das ist kein Scherz, den ich jetzt mache, sondern das ist das, was ich empfinde. Wenn ich schaue, was dahintersteckt, dann merke ich: Es gibt eine Bewegung – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sind die Fortsetzung des Klamauks! Ein Clown! Ein Politclown! – Unruhe)

– Sie wollen mich als Politclown bezeichnen? Okay.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, so ist es! Sie sind ein Politclown! Das ist ja lächerlich! Für einen ehemaligen Minister ist das, was Sie hier leisten, lächerlich! Das muss man wirklich sagen! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kehren Sie erst einmal zurück zur Würde des Parlaments! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen allen – –

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Professor Dr. Goll. Man sollte dann auch zuhören.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ja, ich hätte wirklich die Bitte, dass Sie einmal zuhören.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Über das, was jetzt kommt, können Sie lachen. Aber ich empfinde es ernsthaft so. Es gibt bei uns eine Bewegung, eine Partei, die allen signalisiert: Wir denken für euch. Wir wissen am besten für euch, wo oben und wo unten ist, wo links und rechts ist. Wir wissen am besten, was Gut und Böse ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir wissen vor allem, wer die Guten sind, nämlich wir, und wir wissen, wer die Bösen sind, nämlich immer die anderen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Professor Goll im Wahlkampfmodus!)

Wobei: Gut sein, gutes Gewissen gibt es nicht umsonst, sondern nur durch Einhaltung zahlreicher Regeln.

Wenn ich das Revue passieren lasse, wissen Sie, was dann für mich zum Vorschein kommt? Ein autoritärer Charakter der Grünen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Jürgen Filius GRÜNE)

Das mag manchen im ersten Moment vielleicht überraschen, aber für mich, lieber Herr Sckerl, sind die Grünen mittlerweile die autoritäre Partei dieser, unserer Zeit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich zitiere zum Abschluss – mit Erlaubnis des Präsidenten – Ralf Dahrendorf, weil es wieder einmal niemand besser ausdrücken kann als Ralf Dahrendorf. Er sagt wörtlich:

Die Warnung vor dem neuen Autoritarismus ist darum so wichtig, weil dieser nicht als weithin sichtbare Diktatur daherkommt. Er kann in der schleichenden Aushöhlung von Freiheitsrechten bestehen. Er kommt auch nicht notwendig von radikalen Parteien, sondern mitten aus dem akzeptierten Parteienspektrum heraus.

Das ist genau das, was im Moment stattfindet.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Frau Staatsministerin Krebs.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte die Anregung von Herrn Abg. Dr. Goll aufgreifen und versuchen, ein bisschen Substanz in diese Auseinandersetzung zu bringen.

Zu Beginn möchte ich aufgreifen, was bereits gesagt wurde: dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt. Es gibt unterschiedliche Fassungen dieses Zitats. Es wird sehr häufig verwendet. Meiner Ansicht nach liefert es die beste Begründung dafür; es zeigt die Legitimation von Verboten und deren Hintergrund.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Ministerin Silke Krebs)

Wenn sich alle von Geburt an an diese Maxime halten würden, brauchte niemand Verbote zu erlassen; dann brauchten wir auch in aller Regel keine Gesetze. Nun ist das aber, wie wir alle wissen, nicht der Fall. Deshalb gibt es Verbote. Diese sind nicht legitim, wenn es darum geht, dem Einzelnen vorzuschreiben, wie er zu leben hat; sie sind vielmehr dann legitim, wenn es darum geht, die Rechte von Dritten oder die Interessen der Allgemeinheit zu schützen. Das ist der Hintergrund von Verboten.

(Beifall der Abg. Wolfgang Raufelder und Nikolaus Tschenk GRÜNE)

Ich möchte Ihnen dies anhand der Verbote, die Sie aufzählen, aufzuzeigen versuchen. Ich möchte übrigens darauf hinweisen, dass das Verbot der Abgabe von Zigaretten an Jugendliche unter 18 Jahren 2007 unter der Großen Koalition erfolgt ist. Daran waren viele beteiligt, aber nicht die Grünen, die Sie hier als Inbegriff des Verbots von Zigarettenautomaten hinstellen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber die FDP ist dafür, dass Jugendliche rauchen!)

Die logische Erweiterung, das Rauchverbot – die korrekte Bezeichnung lautet Nichtrauchererschutz –, wurde meines Wissens ebenfalls von unserer Vorgängerregierung hier in Baden-Württemberg umgesetzt. Es heißt deshalb Nichtrauchererschutz und nicht Rauchverbot, weil es darum geht, die Nichtraucher zu schützen und insbesondere auch die Beschäftigten in Gaststätten und Kneipen, die ansonsten ein erheblich erhöhtes Krebsrisiko haben. Halten Sie das jetzt für Ideologie?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Kommen wir zum Thema Tempolimit: Das Tempolimit ist nicht dazu da, dem Einzelnen den Spaß an dem röhrenden Geräusch seines Autos – wenn es denn ein röhrendes Geräusch macht – zu verbieten,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

sondern es ist dazu da, das Leben und die Unversehrtheit der anderen Verkehrsteilnehmer zu schützen. Da ist es wirkungsvoll. Das ist ein berechtigtes Anliegen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Gabi Rolland SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Kommen wir zum Thema Fracking. Das Verbot von Fracking in einem Trinkwassereinzugsgebiet ist nicht darin begründet, dass wir wirtschaftlich tätigen Menschen eine neue Berufschance nehmen wollen – keineswegs. Der Grund liegt im Schutz der Gesundheit der Menschen, die in diesem Grundwasserschutzgebiet leben. Ist das Ideologie? Ist das Verblenden? Ist das Gängelung? Oder ist das in Ordnung?

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: In Ordnung!)

Lehnen Sie es ab, Dinge zu verbieten, die in die Rechte oder in den Schutz anderer eingreifen oder die Substanz der Gemeinschaft gefährden? Finden Sie es nicht in Ordnung, das zu verbieten? Das hielte ich für eine merkwürdige Herangehensweise.

Dann möchte ich noch auf ein paar Verbote der CDU eingehen. Die CDU – das gilt zumindest für den überwiegenden Teil; es steht auch so in der Programmatik der CDU – verbietet es Lesben und Schwulen zu heiraten; sie ist dagegen, dass zwei Menschen so ihr persönliches Glück miteinander besiegeln.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das verbietet die CDU nicht! Sie können leben, wie sie wollen! Aber das ist eine eingetragene Lebensgemeinschaft, keine Ehe! – Abg. Peter Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

– Ja, die Form einer Ehe, wie sie heterosexuelle Paare eingehen können, um ihr persönliches Glück zu besiegeln, verbieten Sie Lesben und Schwulen. Wessen Rechte schützen Sie denn? Die Würde welcher Menschen wahren Sie mit dieser Vorgehensweise? Was ist Ihre Legitimation für dieses Verbot?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich möchte Sie nun gar nicht bemühen, hier zu erklären, warum Ihre Staatsministerin bzw. Staatssekretärin – sie ist nicht in der CSU, sondern in der CDU und heißt Maria Böhmer – die Ausstrahlung der Sendung „Big Brother“ verbieten wollte. Da frage ich Sie nicht nach der Begründung; das erübrigt sich.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit Staatssekretären ist das so eine Sache!)

– Ja, das sieht man daran.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich komme noch zu etwas anderem. Grundlage Ihrer Politik im Bereich der Migrantinnen und Migranten ist, Asylsuchenden die Aufnahme von Arbeit oder Ausbildung zu verbieten. Was ist die Grundlage für dieses Verbot? Wessen Rechte schützen Sie? Welches gemeinschaftliche Interesse wird damit gewahrt?

Sie verbieten es Menschen, die zwei kulturelle Wurzeln haben, zwei Staatsangehörigkeiten zu haben. Wessen Rechte schützen Sie damit eigentlich? Wessen Freiheit verteidigen Sie durch dieses Verbot? Ich kann es nicht ersehen. Vielleicht können Sie es erklären.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu der Debatte unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt. Eines Ihrer Argumente war, wir hätten völlig leichtfertig den Eltern erlaubt, nach Beratung durch die Lehrkräfte selbst zu entscheiden, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken. Das haben Sie als völlig daneben und als einen unverantwortlichen Eingriff bezeichnet. Ist das Ihr Freiheitsbegriff? Ihre Argumentation ist: „Wir vertrauen dem Einzelnen und seiner Verantwortung und geben ihm seine Würde, aber Eltern sind nicht in der Lage, nach Beratung durch Lehrerinnen und Lehrer selbst zu entscheiden, auf welche Schule ihre Kinder gehen.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Es geht auch um die Würde des Kindes! – Unruhe bei der CDU)

(Ministerin Silke Krebs)

Mir geht es darum, wie diese Position mit einem Freiheitsbegriff verbunden wird und mit der Aussage: „Jeder ist selbst in der Lage, seine Verantwortung zu übernehmen.“

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU: Das sagen Sie einmal den Lehrern!)

Dann wurde aus diesem Papier zitiert.

(Die Rednerin hält ein Schriftstück hoch.)

Ich muss schon sagen: Es hat für eine Partei, deren Name mit „Christlich“ anfängt, schon einen besonderen Charme, wenn man völlig wahllos alle möglichen Dinge, ob sinnvolle oder eher vielleicht ein bisschen schwer zu verstehende Dinge, durcheinanderschmeißt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da ist viel Unsinniges drin! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Besonderen „Charme“ hat, finde ich, diejenige Passage, bei der direkt hinter dem Verbot von Weichmachern im Sexspielzeug das Verbot von Stammzellenforschung angeführt wird. Sie sollten einmal darüber nachdenken, ob das das Niveau Ihrer politischen Vergleiche sein soll.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? Herr Dr. Röhm möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ohne Doktor, bitte! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Seit wann ist der Doktor? Ehrenhalber oder was?)

– Es ist noch nicht verboten, dass ich „Doktor“ zu ihm sage.

(Heiterkeit)

Bitte.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Dr. Drexler, sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Dr. Exler“!)

Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ihre Landesregierung macht ein großes Geheimnis um die Novellierung des Landesjagdgesetzes.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

– Moment! Sie haben noch gar nichts vorgelegt, das ist richtig. Mir ist aber aus einer Quelle bekannt geworden, dass Sie Fütterung in Notzeiten verbieten wollen. Wenn also der Boden 80 cm tief gefroren ist, dann soll der Kreatur, z. B. dem Rehwild – das möglicherweise Ihrerseits als Schädling betrachtet wird –, eine Überlebenschance vorenthalten werden. Wie gehen Sie mit einer solchen Verbotssituation um?

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Nur rohes Fleisch! – Zuruf von den Grünen: Unterstellung!)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Ich kann Ihnen darauf einfach keine Antwort geben, da ich mich mit diesem Thema noch nicht befasst habe. Dass Sie schon Details eines Gesetzentwurfs kennen, der dem Staatsministerium in dieser Detailtiefe noch nicht vorliegt, so etwas gibt es.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das soll öfter vorkommen! – Zuruf: Das spricht aber nicht gerade für Ihren Apparat! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Geheim ist da gar nichts!)

– Sie müssen daran denken, dass unser Apparat im Wesentlichen auch Ihr Apparat war. Wir wissen sehr wohl, wie autonom Ministerien auch unter der alten Landesregierung gearbeitet haben. Das ist ja auch in Ordnung so. Ministerien haben eine Eigenverantwortung und sind in der Lage, diese zu nutzen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die haben auch eine Würde! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und Freiheit!)

Ich möchte zum Schluss kommen. Ich will noch einmal versuchen, auf den Kern zurückzukommen. Sie stellen alle Verbote als Gängelung dar. Ich glaube, das ist in einer Gesellschaft, in der es zunehmend schwierig ist, Menschen eine Gesamtverantwortung, eine Verantwortung für die Gesamtheit zu vermitteln, eine schwierige Idee. Ich glaube, wir alle tun uns einen Gefallen damit, wenn wir vermitteln, dass es für eine Gesellschaft legitim ist, Regeln aufzustellen und auch auf Durchsetzung dieser Regeln zu drängen. Regeln, die man auch durchsetzt, sind unter Umständen Verbote.

Ich würde mir wünschen, wir hätten dazu einen Konsens. Vor allem würde ich mir wünschen, wir hätten einen Konsens darüber, dass die Freiheit geschützt werden muss, aber eben die Freiheit jedes Beteiligten, und dass dies der legitime Ansatz ist, um zu sagen: Wer andere einschränkt, der muss auch mit Einschränkungen in seinem Handeln rechnen. Deswegen würde ich Sie darum bitten, an diesem Punkt die Polemik zu stoppen – auch wenn sie Ihnen offenbar großen Spaß macht –, in der Sache über Regelungen zu reden und, wenn es um Verbote ohne ausreichende Begründung geht, sich vielleicht an Ihre eigene Nase zu fassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wollen die Kolleginnen und Kollegen noch eine zweite Runde?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein!)

Herr Dr. Löffler hat trotz seines Geburtstags keinen weiteren Spielraum. Er hat nämlich seine Redezeit schon überzogen. Alle anderen hätten noch Redezeit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können gar nicht genug kriegen, Herr Präsident!)

Kein Wunsch nach einer zweiten Runde? –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genug der Peinlichkeiten!)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Dann ist Tagesordnungspunkt 2 beendet.

(Vereinzelt Beifall)

Wir treten jetzt in die Mittagspause bis ein. Die Sitzung wird um 13:30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:35 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:31 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Ich darf Herrn Abg. Haußmann bitten, die Regierungsbefragung mit der Frage der FDP/DVP-Fraktion zu eröffnen.

Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der heutigen Regierungsbefragung möchten wir an die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung eine Frage zum Thema Bürgerbeteiligung richten.

Ich darf zunächst einmal in Auszügen zitieren, was auf den Internetseiten des „Beteiligungsportals“ der Staatsrätin steht:

Die Landesregierung möchte mehr Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen. Um dies zu gewährleisten, wurde Gisela Erler in das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung berufen.

„Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen teilhaben lassen. Bürgerentscheide nehmen eine Schiedsrichterfunktion zwischen unterschiedlichen Interessen ein ...“

Alle Formen der Bürgerbeteiligung werden künftig ausgebaut. Mit einer Politik des Gehörtwerdens, auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit mehr Transparenz möchte die Landesregierung zu einer attraktiven und lebendigen Demokratie und einer stärkeren Zivilgesellschaft beitragen. Bürgerinnen und Bürger verfügen häufig über ein besseres Verständnis kommunaler Sachverhalte und sind Alltagsexperten, wenn es um das tägliche Miteinander und die Schwierigkeiten und Herausforderungen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens geht.

Wir hatten jetzt mehrfach hochgelobte Verfahren zur Bürgerbeteiligung – Stichwort Stuttgart 21, Stichwort Filderdialog. Zuletzt ging es dabei um das Thema Nationalpark; am Sonntag haben sich Bürgerinnen und Bürger aus sieben Gemeinden im unmittelbaren Umfeld des geplanten Nationalparks mit etwa drei Viertel der Stimmen gegen diesen Nationalpark ausgesprochen.

Der Bürgermeister Mack aus Bad Wildbad hat noch am Sonntag erklärt, diese Entscheidung, dieses Votum, biete keinen Interpretationsspielraum. Ähnlich haben sich auch die Landrä-

te Riegger und Scherer geäußert; sie sagten, eine Bürgerbeteiligung würde zur Farce, wenn man dieses Votum überginge.

Die Staatsrätin hat, ebenfalls am Sonntagabend, erklärt:

Bürgerbeteiligung heißt, Prozesse mitzugestalten, nicht, sie zu entscheiden.

In der „Stuttgarter Zeitung“ wird sie mit den Worten zitiert:

Das Gutachten ... schlägt die Bürgerbefragung.

Hieran knüpft sich meine Frage. Im weiteren Prozess wollen Sie diese sieben Gemeinden einbeziehen. Wie soll das geschehen, und wie wollen Sie, die Regierung, nach Ihren Aussagen Bürgerbeteiligungsprozesse glaubwürdig im Rahmen einer Politik des Gehörtwerdens aktiv begleiten, wenn die unmittelbar betroffenen Bürger selbst nach so eindeutigen Entscheidungen nicht gehört und nicht ernst genommen werden?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsrätin Erler das Wort.

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Haußmann, gern nehme ich Stellung zu Ihrer Frage.

Einleitend möchte ich nur ganz kurz sagen – weil Sie das Zitat, Bürgerbeteiligung bedeute nicht, dass die Bürger entscheiden würden, aufgegriffen haben –: Es wurde oft kritisch angemerkt, dass wir – oder speziell ich – angeblich kein Konzept für die Bürgerbeteiligung hätten. Darauf möchte ich erwidern: Das, was wir versuchen, ist, ein umfassendes Konzept umzusetzen. Es hat im Wesentlichen zwei Säulen. Die eine Säule – daran sind Sie im Moment interfraktionell beteiligt – ist die direkte Demokratie. In der direkten Demokratie geht es um Abstimmungen auf Gemeindeebene und um Volksabstimmungen. Wir hoffen, dass wir für diese beiden Abstimmungen – das wäre auch im Zusammenhang mit dem Thema Schwarzwald sehr gut gewesen – die Hürden deutlich senken können, damit die Bürger wirklich entscheiden können, wenn Dinge streitig sind. Da geht es um Entscheidungen.

Die Bürgerbeteiligung – die frühe Bürgerbeteiligung – ist keine Entscheidung der Bürger. Es gibt viele Verfahren, beim neuen Planungsvereinheitlichungsgesetz auf Bundesebene ebenso wie bei unserem Planungsleitfaden, ebenso wie die vielen Verfahren, die auf kommunaler Ebene von Städtetag und Gemeindetag durchgeführt werden – wenn ich richtig informiert bin, gibt es auch in Ihrer Partei eine Menge von Verfahren –, in denen Bürgerbeteiligung gewissermaßen als Konsultation und Entscheidungsgrundlage für die Parlamente gelebt wird.

Die Tatsache, dass dort in dieser aufgeheizten Situation Voten abgegeben wurden, ging, wenn Sie mich fragen, nicht auf uns zurück. Das hat das Missverständnis aber verstärkt. Dieser Beteiligungsprozess, der abläuft und nicht nur ungeheuer intensiv war, hat schon viele Änderungen an den Konzepten bewirkt. Ich erinnere an die Zugeständnisse an die Holzindustrie oder an die Klarstellungen, dass der Wald eintrittsfrei bleibt und jetzt nicht durch „Verbieteritis“ für die Bürger unzugänglich gemacht wird. Das alles wurde in diesem Prozess schon erreicht. Die Bürger haben sich da schon massiv eingebracht.

(Staatsrätin Gisela Erler)

Für Sie und für uns in den Kommunen und im Landtag ist es wichtig, zu klären – das haben Sie auch vor Ort in den Kommunalparlamenten –, was die Verfahrensregeln sind. Die Verfahrensregel hier war: Frühe Bürgerbeteiligung, noch bevor der Park gezeichnet ist, und mitgestalten, wie der Park aussieht. Das wird auch so sein. Die Letztentscheidung obliegt jedoch diesem Hohen Haus, weil es sich um ein Landesprojekt handelt.

Die einzige Möglichkeit, ein Landesprojekt über das Volk definieren zu lassen, wäre eine Volksabstimmung. Dazu ein letzter Satz. Wenn die Gegner eine Volksabstimmung versuchen würden, müssten sie nach der derzeitigen Rechtslage für ein entsprechendes Volksbegehren – das halte ich nicht für realistisch, es spricht aber auch nichts dagegen – innerhalb von zwei Wochen 1,2 Millionen Stimmen an vorgegebenen Orten sammeln, um diesen Nationalpark zu stoppen. Das heißt, auch eine Volksabstimmung würde den Gegnern vor Ort im Moment nicht wirklich helfen. Deswegen versuchen wir, mit den Leuten direkt zu reden, um ihre Bedürfnisse aufzunehmen.

Letztlich wird versucht werden, die Gebietskulisse, wenn das möglich ist, fachlich stärker an den Gemeinden auszurichten, die wirklich Interesse haben. Es melden sich täglich Gemeinden. Das kann zu einer Verschiebung der Gebietskulisse von Württemberg nach Baden führen, muss aber naturschutzfachlich entschieden werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So, so! – Unruhe)

– Ja, das ist das Thema, über das Sie heute in der Zeitung lesen können. Es ist ein Joke, der im Moment in den Medien gespielt wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ein Joke oder ein Joke?)

– Ein Joke, ein Witz. – Das wollte ich sagen. In Ihrem eigenen Interesse – ich weiß, dass Ihre Partei nicht unseriös mit Bürgerbeteiligung umgeht – müssen wir klarmachen, dass Bürgerbeteiligung nicht dasselbe wie eine Volksabstimmung oder ein Bürgerentscheid ist. Beides wird im Moment gesetzlich geregelt.

Im Leitfaden geht es im Wesentlichen um Beteiligung. Überall ringen wir darum, auf kommunaler Ebene hinzubekommen, dass das deutlich wird. Wir alle ringen darum. Das ist kein grünes Hobbyprojekt. Das Thema „Mitgestaltung durch die Bürger“ wurde auch schon vom Städtetag ausformuliert. Überall wird versucht, die Frage zu beantworten: Wie geht man mit Restminderheiten um?

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

In diesem Fall gibt es eine Situation wie im Kessel Stuttgart. Wenn die Anwohner im Kessel Stuttgart gefragt worden wären und sie die Möglichkeit erhalten hätten, ein Votum abzugeben, dann hätte auch der Kessel Stuttgart mit einem krachenden Nein reagiert. Das hat nicht bedeutet, dass es für dieses Landesprojekt ein Aus gibt. Das können Sie hinsichtlich der Art der Aufheizung vergleichen.

Ein Letztes: Das Problem bei diesen aus meiner Sicht nicht sehr verantwortungsvollen Voten bestand darin, dass jetzt die Bürgermeister festgelegt sind. Wenn aber der Nationalpark

doch kommt – wahrscheinlich kommt –, dann werden viele betrübt sein, dass sie keine Gelegenheit haben, sich an diesem Projekt zu beteiligen, das ja die Region aufwerten soll. Es geht nicht nur um den Schutz der Tiere, sondern um eine Aufwertung der wirklich schwachen Nordschwarzwaldregion, aus der ich komme. Mir blutet immer das Herz, wenn ich sehe, wie viel Niedergang es in dieser Region gegeben hat. Schauen Sie sich das Pforzheim von vor 30 Jahren und das Pforzheim von heute an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, eben!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage von der CDU-Fraktion, Herr Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Staatsrätin, Sie haben zu Recht dargelegt, dass die Entscheidung über den Nationalpark beim Land und damit beim Landtag liegt. Das wissen wir, das weiß man auch vor Ort. Nun gab es am vergangenen Sonntag diese Bürgerbefragungen in sieben Gemeinden rund um das Suchgebiet herum. Damit wissen wir und wissen auch Sie, wie die Menschen vor Ort denken.

(Abg. Martin Rivoir SPD: 16 %! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die „Restminderheit“!)

Meine Frage an Sie lautet jetzt: Inwiefern findet dieser postulierte Bürgerwille im gesamten Gebiet dort Eingang in Ihre Entscheidung, in die Entscheidung der Landesregierung und dann auch in die Vorlage, über die der Landtag zu entscheiden hat? Berücksichtigen Sie den in einem ordnungsgemäßen Abstimmungsverfahren ermittelten eindeutigen und nicht interpretierbaren Bürgerwillen vor Ort, und in welcher Weise berücksichtigen Sie ihn? Das war meine erste Frage.

Die zweite Frage: Mich hat eben ein Begriff irritiert. Sie sprachen von einer Restminderheit. Könnten Sie mir bitte einmal näher erläutern, was das ist? Insbesondere würde ich gern den Bürgern in meinem Wahlkreis, die sich entschieden haben, erklären, ob auch sie zur Restminderheit gehören.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Staatsrätin. Die Antworten sollten immer nur maximal fünf Minuten dauern.

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Okay. Gut. – Sicherlich ist der Begriff „Restminderheit“ zunächst einmal ein schockierender Begriff.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja!)

Ich will Ihnen sagen, dass wir natürlich sehr betrübt sind und auch nicht erwartet haben – natürlich nicht –, dass das Votum der Bürger vor Ort so deutlich ausfällt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Herr Bonde hat es anders gesagt!)

– Nein, Herr Bonde hat schon auch erwartet, dass das Votum negativ ist. Er kennt die Region besser. Ich bin nicht von dort und bin auch nicht ständig dort zugange.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

(Staatsrätin Gisela Erler)

Wir haben diese Deutlichkeit nicht erwartet. Das ist völlig unbestritten. Natürlich ist man auch geknickt. Alle haben das Problem; auch Sie haben es.

„Restminderheit“ meine ich rein quantitativ. Es ist die Mehrheit im Herzen des betroffenen Gebiets; es ist eine Minderheit von 6 % der Stimmberechtigten in der Region und ein noch viel geringerer Anteil, wenn wir das Land als Ganzes nehmen. Wenn es eine Abstimmung gäbe, die wirklich bindend wäre, dann müsste sie auf Landesebene laufen. Nach unserem gesetzlichen Rahmen könnte es nur eine landesweite Abstimmung geben.

Wir wollen uns aber nicht einfach über das Votum hinwegsetzen. Ich komme damit zu der Frage: Wie berücksichtigen wir das? Man versucht, den Zuschnitt der Gebiete so zu gestalten, dass die Gemeinden, die partout nicht teilhaben wollen, möglichst nicht gravierend betroffen sind, wie es sich jetzt abzeichnet. Wir werden sehen, wie die Kulisse dann aussieht. Dominierend sind natürlich die naturschutzfachlichen Aspekte.

Wir hoffen sehr – auch ich hoffe sehr –, dass sich, wenn jetzt eine konkrete Kulisse vorliegt, in der einmal deutlich wird, welche Straße, welches Gebiet und welche Anwohner wie betroffen sind, diese Diskussion noch einmal versachlicht. Denn Sie werden nicht bestreiten, dass viele der Argumente wirklich überaufgeladen waren und nicht nur sachlich waren und dass es vor allem um Gefühle geht. Es geht um die Fragen: Was ist ein ordentlicher Wald? Was ist ein schöner Wald? Es geht auch um die Frage: Hat die Menschen – –

(Abg. Winfried Mack CDU: Bei Ihnen geht es nicht um Gefühle?)

– Woher wissen Sie das?

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war eine Frage! Das war keine Feststellung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann geben Sie sie preis!)

– Okay, ich habe das als Feststellung interpretiert. Es war zu spüren: Jetzt interpretieren wir die Psyche der Staatsrätin.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Kollege Mack errötet ja! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Man wird versuchen, das einzubeziehen. Wir werden ernsthaft versuchen, noch einmal in den Dialog zu gehen. Ich wünsche mir eigentlich, dass der Ministerpräsident sowie der Landwirtschaftsminister und Bürgerexponenten dieser Voten zusammen zum Nationalpark Bayerischer Wald fahren. Wir wissen, dass es keinen einzigen Nationalpark gibt, der mit der Zustimmung der Bevölkerung entstanden ist, und es gibt keinen einzigen Nationalpark, wo nicht heute – – Sie kennen ja die Geschichte von Seehofer und seinem Nationalpark und Herrn Teufels nicht erreichtem Nationalpark. Immer ist das gekippt,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, ja!)

wenn die Regierung und das Parlament nicht den Mut hatten, es zu beschließen. Das ist ein Dilemma, das wir im Moment nicht auflösen können, weder Sie noch ich. Es gibt Situatio-

nen, in denen man sich im Interesse einer langfristigen, notwendigen und sinnvollen Entscheidung auch über konkreten lokalen Bürgerwillen teilweise hinwegsetzt, auch wenn man versucht, diesen zu berücksichtigen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Beim Biosphärengebiet ist es gelungen!)

Nehmen Sie den Mund nicht zu voll. Sie alle haben das Problem, in jedem Ort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage von der Fraktion GRÜNE, Herr Abg. Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich habe eine Frage zu dem Gesamtbild der Rückmeldungen aus der Region und aus dem Land.

Wie wichtig sind denn aus der Sicht einer Staatsrätin, die sich federführend mit Bürgerbeteiligung beschäftigt, Rückmeldungen auf der einen Seite aus den betroffenen Kommunen, die Bürgerbefragungen durchführen, und auf der anderen Seite aus Kommunen, in denen es Gemeinderatsbeschlüsse geben wird oder schon gegeben hat, und zudem von Bürgermeistern, die für die Kommune rückmelden, gegebenenfalls mit Rücksprache oder ohne,

(Zuruf von der CDU: Vielleicht auch vertretungsweise?)

Umfragen aus der Region, die die Kreise betreffen, und auch Umfragen, die das ganze Land betreffen? All diese Dinge beschäftigen sich mit der Frage der Akzeptanz des Nationalparks. All diese Dinge sind zu gewichten, und ohne Frage kann man sie unterschiedlich gewichten. Wie – das ist die Frage Nummer 1 – wird das gewichtet?

Die Frage Nummer 2: Ist denn für die Zukunft auch geplant, dieses Thema Nationalpark auch in neuen Medien, z. B. im Internet, von Ihrer Seite aufzugreifen und, wenn ja, wie?

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Wie gewichten wir das? Unbestritten bricht es einem natürlich zunächst das Herz, wenn die Herzregion, um die es geht, nicht zustimmt. Das ist eine außerordentlich schwierige Situation, um die man nicht herumreden muss. Erstaunlich ist aber auch, muss ich sagen, die andere Entwicklung, dass nämlich von Teilen der Wirtschaft, großen Teilen der Gastronomie und dem gesamten Tourismusbereich sowie durch viele Ratsbeschlüsse eine andere Position vertreten wird, von den Umfragen ganz zu schweigen.

Wir wissen – nur das gibt mir ja auch die Sicherheit, hier so zu argumentieren –, dass eine knappe Mehrheit in der Region für diesen Nationalpark ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie vermuten! – Zurufe von den Grünen, u. a. des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Entschuldigung, es gibt Umfragen, und Umfragen sind keine Wahlen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antwort gibt die Frau Staatsrätin. Es gibt keine Diskussion dazwischen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das scheint bei den Grünen nicht klar zu sein!)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Wir vermuten anhand von Meinungsumfragen, welche aus der Region stammen und für das gesamte Baden-Württemberg erhoben wurden – ich bin 20 Jahre lang Sozialwissenschaftlerin und 20 Jahre lang Unternehmerin gewesen; aus meiner sozialwissenschaftlichen Zeit meine ich zu wissen, dass Repräsentativumfragen nicht verzerrt sind, sondern ungefähr das wiedergeben, was wir haben –: Die Hälfte der Bevölkerung im Nordschwarzwald ist dafür, eine Minderheit ist dagegen, und in ganz Baden-Württemberg gibt es eine Mehrheit.

(Abg. Peter Hauk CDU: Eine „Restminderheit“!)

– Eine „Restmehrheit“.

(Abg. Peter Hauk CDU: Doch! „Restminderheit“!)

Viele Menschen auch in Ihrer Partei haben damit ein Problem. Sie müssen sich jetzt entscheiden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben kein Problem! Sie höchstwahrscheinlich!)

– Gut. Wir haben natürlich ein Problem und wir werden damit umgehen. Letztlich wird die Entscheidung in diesem Hohen Haus fallen. Es kann nicht sein, dass örtliche Gruppen, die wenige Menschen vertreten – auch wenn diese sehr stark tangiert sind –, ein Projekt, für das es insgesamt eine hohe Zustimmung gibt, immer blockieren können. Es mag sein, dass das einmal vorkommt, aber in der Gesamtlogik würden wir uns völlig handlungsunfähig machen – das war auch bei Ihnen bei Stuttgart 21 so –, wenn wir uns generell an die Voten von Minderheiten halten würden. Das wäre das Aus für jede politische Entscheidung. Wir haben auch einen Wählerauftrag, wir haben Mehrheiten in der Region, und wir haben das große und traurige Problem einer noch nicht mitgehenden Bevölkerung, an dem wir weiterarbeiten werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Gute Frau! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So haben wir beim Richie Drautz immer geklatscht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Haußmann, FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Staatsrätin! Ich bin doch überrascht, dass Sie als Staatsrätin und Sozialwissenschaftlerin die Ergebnisse von Umfragen über die Ergebnisse von Bürgerbeteiligungen, die man tatsächlich nachvollziehbar misst, stellen und dass Sie dabei von Missverständnissen oder von nicht verantwortungsvollen Voten sprechen.

Landrat Helmut Riegger hatte am Sonntag gesagt: „Die Meinung der betroffenen Gemeinden hat natürlich mehr Gewicht als die von Kommunen, die weiter weg vom Nationalpark lie-

gen.“ Sie haben auf Ihrer Internetseite auch betont, dass die Bürger vor Ort bei Bürgerbeteiligungsprozessen einfach mehr Kenntnisse haben.

Deswegen die Frage: Wie schätzen Sie denn den Kenntnisstand der Bürgerinnen und Bürger aus diesen sieben Kommunen, die jetzt mit drei Viertel der Stimmen bei hoher Wahlbeteiligung gegen den Nationalpark gestimmt haben, ein, wenn Sie das mit dem Kenntnisstand der Bevölkerung in Baden-Württemberg insgesamt vergleichen?

Ich würde gern noch wissen, wie die Gebietskulisse konkret neu ausgerichtet wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gute Frage!)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: „Nicht verantwortungsvoll“ meinte ich – um das noch einmal zu sagen – in dem Kontext, dass die Bürgermeister wohl wissen, dass es im Moment keine bindenden Abstimmungen geben kann, jedoch die Erwartung der Bürger in eine Richtung lenken, die im Moment falsch ist.

Sie fragen nach der Gewichtung. Wir gewichteten diese Meinungen hoch, aber nicht höher als die Voten – dafür gibt es rechtlich auch keine Grundlage – der vielen Gemeinderäte und Kreisräte sowie die Bürgermeisterentscheidungen, die es in der Region sonst gab, und auch nicht höher als den Wählerwillen, der sich im ganzen Land abzeichnet und der mit großer Wahrscheinlichkeit anders aussieht. Es gibt keine Doppelquotierung oder Dreifachzählung von besonders betroffenen Bürgern. Das wäre auch fatal, wenn das in der Bürgerbeteiligung immer so wäre, weil Sie dann gar nichts durchsetzen könnten, was unpopulär ist. Sie könnten kein Gefängnis bauen, Sie könnten nirgendwo eine Endlagerstätte errichten, nicht einmal in Russland, wenn das so wäre. So viel dazu.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine Autobahn! – Zuzuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Keine Autobahn, davon ganz zu schweigen.

Der Kern ist der Kenntnisstand. Natürlich haben die Menschen in der Region einen höheren Kenntnisstand in Bezug auf ihren Wald als ich. Das ist völlig logisch und unbestritten. Aber sie haben eine Wunschvorstellung davon, wie ein ordentlicher Wald auszusehen hat. Das ist auch ihr gutes Recht. Der Wald wurde gut bewirtschaftet; das wird nicht bestritten. Der Dissens besteht darin, dass wir und viele Leute meinen: Es ist sinnvoll wegen der Biodiversität.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das Argument hat bis gestern Mittag null Rolle gespielt!)

– Was ist? Bitte. Pst.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Es ist sinnvoll wegen der Artenvielfalt, wegen der Biodiversität; das sind keine unsinnigen Dinge.

Der Ministerpräsident sagt immer, wir müssen auf Größenordnungen achten. Ein ganz kleines Stück Schwarzwald herauszunehmen, um dort die Biodiversität wirklich zu ermögli-

(Staatsrätin Gisela Erler)

chen, ist der Grundauftrag. Bitte vergessen Sie doch nicht – – Ich verstehe eigentlich nicht, dass Sie als Wirtschaftsparteien nicht die ökonomischen Potenziale, die das für die Region bietet, erkennen. Ich glaube, Sie erkennen sie, und Sie wollen es jetzt nicht zugeben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Um diese Frage geht es schon längst nicht mehr!)

Denn es ist völlig einsichtig, dass dann neue Gruppen von Menschen in die Region kommen, ein anderer Typus von Touristen. Das ist doch alles durchgerechnet. Die Gutachter usw. haben doch keinen Humbug geschrieben. Sie wissen ganz genau, dass das valide Argumente sind. Sie können sich im Moment dazu nicht verhalten, weil Sie es so schön finden – das gestehe ich Ihnen zu –, dass 75 oder 80 % dagegen gestimmt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das wird in der Region ein Problem werden.

Sie haben gefragt: Wie reagieren wir darauf? Wir werden versuchen – der Landwirtschaftsminister wird sich dazu äußern –, das Gebiet ein Stück weit den neuen Bedürfnissen anzupassen und diese Gemeinden herauszunehmen. Ich glaube zutiefst, dass sie in fünf oder zehn Jahren bedauern werden, dass sie nicht in dem Umfang teilhaben können, wie es möglich gewesen wäre. Deswegen finde ich dieses Vorgehen von Bürgermeistern nicht verantwortungsvoll, weil sie damit eine Option für die Leute abschneiden, weil sie sich nie mehr dazu bekennen können, selbst wenn sie wollten.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Schmiedel, SPD-Fraktion.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Staatsrätin, was verleitet Sie zu der Formulierung, CDU und FDP seien Wirtschaftsparteien?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr berechtigt!
– Abg. Thomas Blenke CDU: Das Protokoll über die heutige Sitzung ist Gold wert!)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ich – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Korrigiere meine Aussage“! – Heiterkeit)

– Nein, ich korrigiere meine Aussage nicht. – Ich glaube, dass hier viele Leute mit viel Verstand sowohl bezüglich Wäldern als auch bezüglich Wirtschaft sitzen, und ich bin der Auffassung, dass das gerade auch in diesen Parteien durchaus ausgeprägt ist. Wir haben nicht die Wirtschaftsweisheit gepachtet.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Mack von der CDU-Fraktion.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Staatsrätin, Sie wurden gestern in der „Stuttgarter Zeitung“ mit dem Begriff „Nulloption“ zitiert. Sie prägen dort den Begriff der Nulloption. Können Sie uns noch einmal erklären, wie dieser Begriff der Nulloption zu definieren ist?

Zweitens sagen Sie, diese Nulloption gäbe es nicht mehr, weil das Gutachten vorliege. Wollen Sie uns damit sagen, das Gutachten stehe über dem Bürgerwillen, und wenn ein Gutachten vorliege, könnten die Bürger ihren Willen nicht mehr kundtun? Dann sagen Sie: Bürger müssen verstehen, an welchen Punkten es Nulloptionen gibt, ...

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ja.

Abg. Winfried Mack CDU: ... und dass sie, wenn es keine Nulloptionen mehr gibt, zur Mitgestaltung eingeladen sind. Was wollen Sie denn dafür tun, dass die Bürger verstehen, dass sie keine Nulloption mehr haben?

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ich sage ja immer – Entschuldigung, sehen Sie das nicht als vermessen an –, wir sind hier im Grundkurs Bürgerbeteiligung.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Die Nulloption steht in jeder Debatte, in jedem Text, in der oder in dem Fachleute aus der Planung über veränderte Planungsmöglichkeiten und Bürgerbeteiligung reden. Die Nulloption bedeutet in der Tat, was sie aussagt: dass am Anfang, bevor etwas geplant wird, möglichst auch noch eine Nullvariante im Raum steht, das heißt, die Diskussion darüber möglich ist, dass es das Projekt vielleicht nicht gibt oder woanders gibt.

Sie alle wissen, dass es, wenn es in Baden-Württemberg einen Nationalpark geben soll, nur im Nordschwarzwald einen geben kann. Die Nulloption besteht aus unserer Sicht insofern nicht, als man das Gutachten gemacht hat, um zu klären: Bringt der Nationalpark naturschutzfachliche Vorteile? Antwort: Ja. Sind die Risiken beherrschbar, die er mit sich bringen könnte und wird? Antwort: Ja. Bringt er der Region ökonomische Vorteile? Antwort: Ja. Damit ist aus unserer Sicht, die wir das ja in unseren Wahlprogrammen stehen hatten, erst einmal keine Nulloption mehr gegeben, und zwar vor allem deshalb, weil die Mehrheit der Bürger in Baden-Württemberg einen Nationalpark wünscht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Woher wissen Sie das?
– Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:
Weil das die Umfragen ergeben haben! – Widerspruch bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Erstens sind wir gewählt, und zweitens haben wir eine repräsentative – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sind wieder bei der Sozialwissenschaft. Wir wissen es, wir gehen davon aus. Wir können auch gern jederzeit – da sind wir ja dabei; dann könnten wir das besser testen – mit Ihnen die Quoren für neue Volksabstimmungen weit genug senken.

(Staatsrätin Gisela Erler)

Das ist der einzige andere Weg. Ansonsten gibt es einen Wählerauftrag an dieses Haus, an die Abgeordneten aus diesen Regionen, darüber zu befinden. Das ist parlamentarische Demokratie. Die haben wir ja nicht abgeschafft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das Gutachten ersetzt den Bürgerwillen? Das Gutachten steht vor dem Bürgerwillen?)

Viele Bürger in Baden-Württemberg – ich würde jetzt einmal, krass zugespitzt, sagen: die Mehrheit der Bürger –, die Mehrheit der Experten, viele Leute in Ihrer Partei folgen dem Gutachten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Jetzt, Herr Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Staatsrätin, vielen herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sie sagten, es habe bisher noch kein Nationalpark mit dem Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden können. Wie Sie vielleicht wissen, wohne ich mitten im Herzen des Biosphärengebiets Schwäbische Alb. Dort haben tatsächlich nur die Gemeinden – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber kein Nationalpark!)

– Jetzt lassen Sie mich doch bitte die Frage stellen. Herr Schmiedel, Sie dürfen vielleicht auch noch einmal reden.

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ich höre gern zu.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Beim Biosphärengebiet haben nur die Gemeinden mitgemacht, die auch mitmachen wollten.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Mehrheitlich. Wir haben jetzt eine Fläche von 85 000 ha – mit ökologischen Trittsteinen dazwischen – im Rahmen der Kernzonen beieinander.

Inwiefern wäre es sinnvoll, dass man statt des Nationalparks ein Biosphärengebiet andenkst?

Das Zweite: Ich möchte noch einmal auf diese Emnid-Umfrage zu sprechen kommen, bei der 1 000 Menschen befragt wurden. Wie sehen Sie diese 1 000 Menschen, die im Rahmen der Emnid-Umfrage befragt wurden,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Repräsentativ!)

gegenüber den über 25 000, die jetzt gegen den Nationalpark votiert haben? Wie würden Sie das gewichten: 1 000 auf der einen Seite und 25 000 auf der anderen Seite?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sozialwissenschaft!)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Sie sprechen vom Biosphärengebiet. Es geht jedoch um einen Nationalpark. Baden-Württemberg hat neben Rheinland-Pfalz als zweites Bundesland keinen Nationalpark.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir hatten auch noch kein Biosphärengebiet!)

– Gut. Diese Debatte führe ich im Moment nicht. Hier sitzt der Fachminister. Darüber können Sie mit ihm weiterdiskutieren.

Es macht Sinn, dass Baden-Württemberg einen Nationalpark hat. Man kann wahrscheinlich – das wird ja jetzt in der Kullisse geschehen; ich habe schon mehrfach gesagt, dass der Fachminister das weiß – versuchen, die jetzt geäußerten Bedürfnisse so zu interpretieren und zu berücksichtigen, dass der Zuschnitt das ein Stück weit abbildet.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Wir können aus Erfahrung lernen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind doch lernfähig, Frau Staatsrätin!)

– Ich hoffe, Sie auch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ich auch! Täglich!)

– Danke, okay.

Zu der Emnid-Umfrage, noch einmal in puncto Lernfähigkeit: Das Institut der repräsentativen Umfrage ist ein altes. Es ist vielleicht nicht exakt und wahltechnisch nicht wichtiger als Bürgervoten. Aber es sagt uns, wo die Leute stehen.

Ich will Ihnen etwas verraten: Ich wusste zwei Wochen vor der Stuttgart-21-Volksabstimmung ganz genau,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

wie sie ausgeht. Alle meine Freunde wollten mir das nicht glauben. Warum wusste ich das? Weil wir eine Umfrage hatten, die diesen Wert ganz genau, aufs Komma, vorausgesagt hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Können Sie uns diese Umfrage zur Verfügung stellen?)

Die Sozialwissenschaften sind heute in der Lage, repräsentativ auszusagen, was zu einem bestimmten Zeitpunkt vor sich geht.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Vielleicht sind wir in fünf Monaten, auch was diesen Nationalpark angeht, mit der Meinungsbildung noch weiter, wenn endlich konkret diskutiert und auch geschaut wird, wie er sich jetzt anpassen lässt. Das ist der gegenwärtige Diskussionsstand.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Staatsrätin. – Die halbe Stunde für das erste Thema der Regierungsbefragung ist genau jetzt vorbei. Vielen Dank.

Wir kommen zum zweiten Thema, beantragt von der SPD-Fraktion:

Aktueller Schuldenstand des Landes Baden-Württemberg

Ich erteile Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zusammenhang mit der letzten Steuer-schätzung wurde in der Öffentlichkeit die Finanzpolitik der Landesregierung diskutiert. Wichtige Bürgerexponenten aus der Opposition haben die Regierung aufgefordert, sorgsam zu haushalten. Der CDU-Landesvorsitzende hat sich zu der Aussage verstiegen, die Regierung würde Schulden über Schulden anhäufen.

Deshalb frage ich die Landesregierung erstens: Wie hat sich der Schuldenstand des Landes Baden-Württemberg vor der Regierungsübernahme und seit der Regierungsübernahme bis heute entwickelt?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und seit 2008!)

Zweitens: Hat das Land Baden-Württemberg im laufenden Jahr 2013 von der Kreditemächtigung in Höhe von knapp 3,3 Milliarden € Gebrauch gemacht und, wenn ja, in welcher Höhe?

In diesem Zusammenhang: Stimmt das, was uns gestern um 16:05 Uhr die Schuldenuhr der FDP/DVP-Fraktion anzeigte, dass der Schuldenstand des Landes bei knapp 46 Milliarden € liegt?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die geht grundsätzlich falsch! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stimmt das? Wenn nein, wie groß ist die Abweichung?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hätten Sie doch vorher angerufen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Präsident, die Fragen der SPD-Fraktion – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Schwätzet ihr net miteinander? – Abg. Volker Schebesta CDU: „Ich beantworte, wie vorbereitet, wie folgt“! Deshalb hat er sich schon vorbereitet! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Befragung der Regierung.

(Zurufe von der CDU)

Herr Zimmermann, auch Sie müssen sich an die Geschäftsordnung halten.

Jetzt bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Ingo Rust: Ich kann den Stand der Schuldenuhr bei der FDP/DVP-Fraktion nicht bestätigen, weil ich ihn jetzt nicht abgelesen habe.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe ihn genannt!)

Sie haben ihn vorgelesen. Ich möchte versuchen, den aktuellen Schuldenstand zu verdeutlichen. Der Schuldenstand wird erhoben, und wir veröffentlichen ihn jährlich. Es ist jetzt

schwierig, ihn für die Zeit vor und nach dem Regierungswechsel abzugrenzen, weil sich die Frage stellt, welches konkrete Datum zugrunde gelegt wird. Daher nehme ich jetzt die Schuldenstände jeweils zum Jahresende. Hierzu habe ich eine Übersicht. Ende 2010 hatten wir einen Schuldenstand von rund 44,57 Milliarden € ohne die verlagerten Verpflichtungen, ohne die Schattenhaushalte, die wir in verschiedenen Bereichen haben. Ende 2011 lag er bei 44,493 Milliarden €, das heißt, er war geringfügig niedriger. Ende 2012 lag er dann bei 44,442 Milliarden €, also noch etwas niedriger.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieder runter!)

Der ganz aktuelle Schuldenstand beträgt rund 41,001 Milliarden €.

Der Schuldenstand ist deswegen niedriger, weil wir momentan eine hohe Liquidität haben. Der Schuldenstand wird sich wieder erhöhen. Er wird im Laufe des Jahres wieder zunehmen, weil wir momentan am Umschulden sind. Die Liquidität ermöglicht es uns jetzt, dass wir zum Stand 14. Mai 2013 ca. 41 Milliarden € Schulden haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann können wir die Kreditemächtigung eigentlich streichen!)

– Dazu komme ich gern gleich noch, Herr Schebesta.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Differenz zur Schuldenuhr der FDP/DVP lässt sich in Milliarden ausdrücken. Ich würde daher sagen, die Schuldenuhr der FDP/DVP läuft falsch. Sie spiegelt nicht den aktuellen Schuldenstand des Landes wider.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Uhr bitte abhängen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gibt es weitere Fragen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Eine habe ich noch auf dem Zettel!)

Staatssekretär Ingo Rust: Eine Frage gab es noch, und zwar, ob wir dieses Jahr schon auf die Kreditemächtigung haben zurückgreifen haben müssen. Das ist nicht der Fall. Aufgrund der Einnahmesituation haben wir bisher nicht auf sie zurückgreifen müssen. Ich gehe aber davon aus, dass wir dies noch machen werden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: In voller Höhe?)

Momentan hat diese Landesregierung netto noch keine neuen Schulden gemacht.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Für die CDU-Fraktion erhält das Wort Herr Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Staatssekretär, können Sie uns auch sagen, wie sich die Schuldenstände des Landes in den Jahren 2008 und 2009 entwickelt haben?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Oh! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Es wird nicht besser!)

Staatssekretär Ingo Rust: Ja, das kann ich Ihnen auch sagen. – Das war nicht mit Herrn Mack abgesprochen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Im Jahr 2008 lag der Schuldenstand bei 41,705 Milliarden €, im Jahr 2009 bei 41,689 Milliarden €. In diesen beiden Jahren hatten wir netto eine geringfügige Tilgung von 5 und 16 Millionen €.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Trotz schlechter Wirtschaftslage!)

Die Debatte von damals habe ich noch gut in Erinnerung. Eigentlich hätte es anders aussehen müssen. Im Jahr 2007 wurden nämlich Kreditermächtigungen auf 2008 übertragen. Das hat dazu geführt, dass man im Jahr 2008 zwar haushalterisch keine Schulden aufnehmen musste, aber man hat von Kreditermächtigungen aus dem Jahr 2007 Gebrauch gemacht, die man in das Jahr 2008 geschoben hatte.

(Abg. Winfried Mack CDU: So macht ihr es jetzt auch!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Maier von der SPD-Fraktion.

Staatssekretär Ingo Rust: Ich habe die Daten für alle Jahre seit 1952 vorliegen, wenn Sie noch einmal nachfragen möchten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Staatssekretär, in den Haushaltsdebatten haben wir die Stichworte „Schulden über Schulden“ oder sogar „apokalyptische Reiter“ gehört; es wurde also die starke Verschuldung des Landes angesprochen. Von Ratingagenturen habe ich vernommen, dass das Land Baden-Württemberg das Rating Triple-A, also AAA, ohne irgendeine Herabstufung erhalten habe. Erstens: Stimmt das? Zweitens: Wenn ja, irrt dann die Opposition, oder irren die Ratingagenturen?

Staatssekretär Ingo Rust: Natürlich irrt die Opposition, und die Ratingagentur hat recht; denn sie bewertet unsere Bemühungen der Konsolidierung, und deswegen haben wir zu Recht wieder ein AAA bekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Lachen bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Woanders zahlt man Eintritt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Nachfrage des Abg. Schebesta von der CDU-Fraktion.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Staatssekretär, nachdem Sie bislang von den Kreditermächtigungen im Haushalt für das Jahr 2013 noch nicht Gebrauch machen mussten: Von welchem Betrag gehen Sie aus, den man nicht brauchen wird? Wäre es möglich, davon etwas zu streichen? Oder was haben Sie mit nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen vor? Wollen Sie diese bunkern, oder werden sie gestrichen?

Staatssekretär Ingo Rust: Wir fahren in der Haushaltspolitik einen vorsichtigen – wenn man so will: einen konservativen – Kurs.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Hätten wir das gemacht, was die Opposition erst unlängst gefordert hat, nämlich die Mittel, von denen angeblich zu viel da sind, gleich wieder ausgegeben, dann wäre uns jetzt die neue Steuerschätzung massiv auf die Füße gefallen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Denn wenn Sie sich die neue Steuerschätzung genau angeschaut haben,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Punktlandung!)

haben Sie bemerkt, dass wir im Jahr 2013 um 58 Millionen € unter Plan – also unter dem Haushaltsplan – und für 2014 um 12 Millionen € unter dem Haushaltsplan liegen. Das heißt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Dass man die Einnahmen gar nicht weitergibt! Genau!)

es hat sich bewährt, dass wir nicht kurzfristig darauf schauen, wie sich die Einnahmesituation entwickelt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau! Man gibt sie gar nicht weiter!)

sondern einen vorsichtigen Kurs fahren und eine langfristig ausgerichtete und, wenn man so will, konservative Haushaltsführung betreiben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das kennt die CDU nicht!)

Deshalb werden wir zum jetzigen Zeitpunkt bei den Risiken, die noch anstehen, keine Aussage darüber machen, wie viel von den Kreditermächtigungen wir in Anspruch nehmen müssen. Ich hoffe, wir müssen möglichst wenig davon in Anspruch nehmen; das ist selbstverständlich unser Ziel.

Vielleicht entwickelt sich die Situation der Steuereinnahmen auch noch besser als bisher. Aber es gibt auch Risiken. Wir wissen nicht, wie sich die Situation bei der Euroschuldenkrise weiterentwickelt. Es gibt Haushaltsrisiken im Haushalt selbst. Es gibt, wenn man so will, gerichtliche Risiken,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Steuerrecht!)

weil noch einige Themen vor Gericht verhandelt werden,

(Abg. Peter Hauk CDU: ICC!)

die auf die deutschen Bundesländer massive Auswirkungen haben könnten.

Deshalb fahren wir einen vorsichtigen Kurs.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Konservativ!)

Wir fahren nicht die Ausgaben hoch. Aber wir werden vorläufig nicht auf die Kreditermächtigungen verzichten wollen. Denn wir wissen noch nicht, wie sich das laufende Jahr entwickelt. Ein redlicher Kaufmann wirtschaftet da eben auch vorsichtig.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was geschieht mit dem Übrigen am Jahresende?)

– Das entscheidet dann der Landtag.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Dr. Rösler von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Herr Staatssekretär, es gibt eine Gesellschaft des Landes – wenn ich den Titel richtig wiedergebe, heißt sie „Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg mbH“ –, im Rahmen derer in den letzten vielleicht schon mehr als zehn Jahren insbesondere Straßenbauvorhaben abgewickelt wurden. Diese Gesellschaft unterliegt einer Verschuldung in der Größenordnung von 700 Millionen €, wenn mein Informationsstand richtig ist. Wie hat sich diese Verschuldung aufgebaut? Ist es richtig, dass diese Verschuldung gar nicht im Haushaltsplan des Landes auftaucht? Stimmt es, dass wir für die Zinszahlungen für die von dieser aus der Zeit der CDU-FDP/DVP-Vorgängerregierung stammenden Gesellschaft aufgenommenen Kredite entsprechende Mittel in den Haushalt einstellen müssen? Wissen Sie auch, wie hoch diese sind?

Staatssekretär Ingo Rust: Die Zahlen zu dieser konkreten Gesellschaft kann ich Ihnen leider nicht aus dem Kopf sagen. Ich werde sie Ihnen aber schriftlich nachliefern.

Ich weiß, dass wir ausgelagerte Verschuldungen, die nicht als Kredite bzw. Kreditermächtigungen im Haushalt beziffert sind, in Höhe von insgesamt etwa 20 Milliarden € haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 20 Milliarden?)

– Ja. – Das ist der Stand von Ende 2011. Der Stand von Ende 2012 liegt mir noch nicht vor. Darin sind solche Ermächtigungen wie für die Aufstockung des Kapitals bei der LBBW oder den Ankauf der EnBW-Anteile enthalten, der ja nicht als Kreditermächtigung im Haushalt hinterlegt ist.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wunder Punkt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Schmiedel von der SPD-Fraktion.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Staatssekretär, habe ich es richtig verstanden, dass der aktuelle Schuldenstand ca. 41 Milliarden € beträgt?

Staatssekretär Ingo Rust: Ja.

(Zuruf: Mitte des Jahres!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Das heißt, wenn ich das richtig rechne, dass die Schuldenuhr der FDP/DVP, die einen Stand von knapp 46 Milliarden € aufweist, um 5 Milliarden € falsch geht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Vor! Sie nimmt nur vorweg, was noch kommt!)

Staatssekretär Ingo Rust: Tagesaktuell geht sie um round about 5 Milliarden € falsch.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Peinlich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die würde ich schnell zurückstellen! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Reklamation!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Hollenbach von der CDU-Fraktion.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt wieder ein bisschen Sachlichkeit in die Diskussion!)

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Staatssekretär, Sie sagten, Sie verfolgten eine konservative, stabile Finanzpolitik. Das ist in Ordnung so.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist neu in diesem Land!)

Ich glaube, da werden Sie von allen unterstützt.

Sie haben auch den Schuldenstand genannt und gewarnt, dass die prognostizierten Steuereinnahmen für die nächsten beiden Jahre geringer seien als die Haushaltsplanansätze. Sie haben etwa 60 Millionen € bzw. 78 Millionen € weniger zu erwarten. Die Steuereinnahmen liegen, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, etwa bei 29 Milliarden €. Ist da eine Summe von 60 Millionen € in der Prognose eine große Summe, oder ist das eher vernachlässigbar? – Meine erste Frage.

Die zweite Frage: Wenn man die Schulden nennt, sollte man auch die Einnahmen nennen. Können Sie sagen, welche Steuereinnahmen dem Land z. B. in den Jahren 2007, 2008 und 2009 zugeflossen sind, in denen sich die Kredite nicht erhöht haben? Wie hoch waren die Steuereinnahmen 2012 und wie hoch für 2013 prognostiziert?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er hat die Zahlen bestimmt bis 2052!)

Staatssekretär Ingo Rust: Sie haben sicher recht, wenn Sie – so habe ich Sie verstanden – die Abweichungen vom Haushaltsplan, was die Steuerschätzung angeht, als eher gering oder sogar vernachlässigbar einstufen. Aber das zeigt, dass wir mit der Planung relativ gut liegen.

Ich habe bloß darauf hingewiesen, dass die Opposition aufgrund der letzten Steuerschätzung von dieser Planung abweichen und im laufenden Jahr mehr ausgeben wollte. Wir haben gesagt: Bitte die nächste Steuerschätzung abwarten! Wir haben große Bedenken, dass sich die Prognosen der November-Steuerschätzung, also der letzten Steuerschätzung, tatsächlich auf das Jahr 2013 fortschreiben lassen.

Es hat sich gezeigt, wenn man so will, dass die Abweichung von der von uns vermuteten Entwicklung vernachlässigbar ist, das heißt, dass wir mit unserer Prognose genau richtig lagen und auch die Vorsicht, nicht auf die damals noch sehr hohen Prognosen aus der November-Steuerschätzung zu vertrauen und das Geld gleich wieder auszugeben, sondern zu sagen: „Wir warten einmal ab, was kommt; wir sind eher pessimistisch“, angebracht war.

Ich bin grundsätzlich nicht pessimistisch, weil ich im Gespräch mit der Wirtschaft spüre, dass es in weiten Teilen der Wirtschaft noch sehr ordentlich läuft, die Auftragsbücher durchaus gefüllt sind und wir deswegen in diesem Jahr nach menschlichem Ermessen nicht mit einem massiven Einbruch rechnen müssen. Aber trotzdem ist Vorsicht bei allem geboten, was ansteht.

Ich möchte dazu noch ein Beispiel nennen: Wir sind aktuell in einer Größenordnung von vermutlich 800 Millionen € im Risiko, weil das Thema Ungleichbehandlung, Altersdiskrimi-

(Staatssekretär Ingo Rust)

nierung im Bereich der Beamtenbesoldung momentan juristisch, gerichtlich überprüft wird. Wenn das Gericht entsprechend entscheiden würde, würde das für den Landeshaushalt über den Daumen gepeilt 800 Millionen € ausmachen. Das ist nicht trivial. Auf solche Risiken müssen wir uns einstellen. Ich würde sagen, in diesem Bereich ist das tatsächlich sogar ein relativ reales Risiko, mit dem man umgehen muss. Deswegen ist Vorsicht geboten.

Die exakten Zahlen zu den Steuereinnahmen aus den verschiedenen Jahren, die Sie gerade nachgefragt haben, kann ich nicht nennen. Aber Sie wollen damit wahrscheinlich darauf hinaus, dass die Steuereinnahmen natürlich deutlich gestiegen sind. Das ist so. Aber auch die Ausgaben, und zwar Ausgaben, die man nicht direkt beeinflussen kann, sind deutlich gestiegen. Ich nenne die Pensionsverpflichtungen. Diese kann keine Regierung für das aktuelle Jahr nach oben oder nach unten direkt beeinflussen.

Das hat schlicht mit der demografischen Entwicklung in unserer Beamtenschaft zu tun. Wir haben dort – das wird sich in den nächsten vier bis fünf Jahren noch deutlich verschärfen – starke Altersabgänge, also starke Einstellungsjahrgänge, die jetzt in den Ruhestand gehen. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen, und zwar in dramatischem Ausmaß. Es wird dann auch einmal wieder ein bisschen weniger, wenn wir diese einstellungsstarken Jahrgänge überwunden haben. Aber diese starken Anstiege stehen uns noch bevor. Da können wir wenig gegensteuern, sondern dieser Situation müssen wir uns ganz konkret stellen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abg. Aras von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ich habe zwei Fragen. Erste Frage: Maßgeblich sind ja nicht nur die Steuermehreinnahmen in absoluten Zahlen, sondern ist die Steuerquote. Können Sie etwas dazu sagen, wie hoch diese Quote vorher war und wie hoch sie jetzt in unserer Regierungszeit ist?

Zweite Frage: Können Sie etwas dazu sagen, inwieweit möglicherweise auch der Ankauf der „Steuer-CDs“ dazu beigetragen hat, dass der Schuldenstand gesunken ist?

Staatssekretär Ingo Rust: Ich kann jetzt aus dem Stegreif nicht sagen, welcher Anteil davon dann tatsächlich eventuell in die Schuldentilgung geflossen ist.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Aber maßgeblich ist schon – das kann man sagen –: Wir haben momentan eine sehr gute Liquiditätssituation, weshalb wir bisher von den Kreditermächtigungen nicht in dem Umfang Gebrauch machen mussten, wie es vielleicht ursprünglich vorgesehen war.

Jetzt möchte ich die FDP/DVP einmal ein bisschen in Schutz nehmen. Was sie gemeinsam mit dem Steuerzahlerbund getan hat, ist Folgendes: Man hat die Kreditermächtigungen für die kompletten zwei Jahre heruntergerechnet auf Sekunden. Diese Uhr zählt dann sozusagen das, was man als theoretische Kreditermächtigung hat, und rechnet dies beginnend mit dem Ausgangsbetrag Sekunde für Sekunde hoch. Das ist zum Zweck der öffentlichen Darstellung vielleicht eine brauchbare Möglichkeit, aber methodisch ist es eigentlich falsch. Die

Differenz zwischen dem realen Schuldenstand und dem, was diese Uhr anzeigt, ist aus diesem Grund auch so eklatant.

Das Land schuldet ständig um. Die Zahl, die ich gerade genannt habe – 41 Milliarden € –, ist eine Momentaufnahme. Wir schulden ständig um, und dabei kommen uns die niedrigen Zinsen momentan natürlich entgegen. Je mehr wir momentan umschulden müssen, desto besser. Denn wir gelangen so zu Zinsen, die im Vergleich zum heutigen Stand sehr viel niedriger sind. Deshalb sind wir momentan froh, wenn wir umschulden können, weil uns dies Zinersparnis bringt. Man wird beim Rechnungsabschluss 2012 sehen – bei dem entsprechenden Abschluss für das Jahr 2011 hat man es bereits gesehen –, dass auch das Land Baden-Württemberg von der niedrigen Zinssituation profitiert.

Ich bin daher immer etwas zurückhaltend, wenn in Richtung Südeuropa Vorwürfe formuliert werden und darauf hingewiesen wird, dass die niedrigen Zinsen das Anlegen von Geldvermögen beeinträchtigen. In dieser Hinsicht ist die momentane Situation natürlich schwierig. Aber für Baden-Württemberg als öffentliche Hand, als Land mit hohen Schulden, ist die Situation sehr günstig. Denn wir können bei der Aufnahme neuer Kredite – dabei meine ich die Bruttoneuverschuldung und nicht die Nettoneuverschuldung – momentan mit niedrigen Zinsen rechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Haußmann von der Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Staatssekretär, Sie haben den Sachverhalt bereits erläutert. Ich möchte aber auch von meiner Seite aus klarstellen, dass es unterschiedliche Definitionen gibt, was die Neuverschuldung bzw. den Schuldenstand anbelangt. Sie haben darauf hingewiesen, dass auch der Bund der Steuerzahler nach der geschilderten Methode vorgeht.

Können Sie mir vor diesem Hintergrund bestätigen, dass, wenn die Hochrechnungen stimmen, wenn also die Neuverschuldung für 2013 1,78 Milliarden € beträgt und damit so hoch ist wie im Haushaltsplan vorgesehen, der Schuldenstand so hoch sein wird, wie vom Bund der Steuerzahler ermittelt?

Staatssekretär Ingo Rust: Das Problem ist: Das, was Sie gerade gesagt haben, entspricht nicht dem, was die Schuldenuhr zeigt. An der Schuldenuhr steht das Wort „Schuldenstand“; das Wort „Schuldenstand“ ist jedoch falsch. Gemeint ist nicht der Schuldenstand, sondern der theoretische Stand unter Einbeziehung der bestehenden Kreditermächtigungen; es geht nicht um den Schuldenstand. Insofern ist diese Uhr missverständlich. Dies gilt übrigens für die Uhr, die der Bund der Steuerzahler in Berlin aufgehängt hat, ebenfalls. Dies ist missverständlich.

Wir können zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen, ob wir die kompletten Kreditermächtigungen des Jahres brauchen. Wenn man immer nur die Kreditermächtigungen aufaddieren würde, wäre die Verschuldung noch höher. Dann wäre sie aber auch früher schon höher gewesen; das muss man auch sagen. Dann hätte man nicht, Herr Mack, von „Nulljahren“ sprechen können, denn damals gab es Kreditermächtigungen.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Ich halte diese Uhr daher von der Systematik her für falsch. Meines Erachtens hat diese Diskussion dazu beigetragen, dass man zwischen Schuldenstand und theoretischer Kreditemächtigung unterscheidet. Der Landtag, das Parlament als Haushaltsgesetzgeber, hat uns ermächtigt, diese Schulden aufzunehmen. Er hat uns aber nicht hierzu verpflichtet. Wir müssen diese Schulden also nicht aufnehmen, und wir werden, soweit dies irgend möglich ist, auch nicht von diesen Ermächtigungen Gebrauch machen. Das kann ich Ihnen zusagen. Wir werden es nur in dem Umfang machen, in dem es nötig ist. Das gebietet eine solide Haushaltsführung und eine gute und solide kaufmännische Buchführung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Maier für die Fraktion der SPD.

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Staatssekretär, ich komme noch einmal auf die Steuerquellen zurück, die angeblich sprudeln. Wenn man das Jahr 2002 als Grundlage nimmt und von da aus bis 2012 rechnet – diese zehn Jahre sind die Spanne, die wir etwa überblicken –, dann stellt man fest, dass die Steuereinnahmen im Zeitraum zwischen 2002 und 2012 tatsächlich um 28 % gestiegen sind. Dies ist auch in der Denkschrift des Rechnungshofs nachzulesen.

Nun wird uns der Vorwurf gemacht, wir würden trotz dieser sprudelnden Steuereinnahmen Kredite aufnehmen. Dies war bei der Haushaltsdebatte einer der Kernvorwürfe. Nun betrug die Steigerung der Steuereinnahmen zwischen den Jahren 2002 und 2008 sogar 31 %. Die Steigerungsrate im Zeitraum von 2002 bis 2008 hat ein Plateau gehabt, das wir noch nicht einmal im Jahr 2012 wieder erreicht hatten.

Auch in den Jahren 2002, 2003, 2004 und 2005 wurden Kredite aufgenommen. Ich bin neu im Parlament. Wissen Sie etwas über Diskussionen, die möglicherweise in den Reihen der jetzigen Opposition geführt wurden und in denen es um die Frage ging, ob man angesichts der sprudelnden Steuerquellen dennoch weitere Kredite aufnehmen sollte?

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Staatssekretär Ingo Rust: Nein. Man muss in der Tat sagen, dass genau in dieser Zeit, in der die Steuereinnahmen um diese von dem Kollegen Maier genannten 30 % gestiegen sind – ich habe die Zahlen über die Steuereinnahmen jetzt nicht da, weil das heutige Thema der Schuldenstand ist –, die Schulden um fast 9 Milliarden € gestiegen sind, nämlich von 33 Milliarden € auf 41 Milliarden €. Man sieht schon, dass das kein Automatismus ist.

Das hängt aber – das sage ich ganz klar – auch mit Ausgaben zusammen, die man nicht steuern kann. Ich habe die Pensionen als ein Beispiel genannt. Es gibt noch weitere Beispiele von Ausgaben, die man nicht von einem Jahr auf das andere beeinflussen kann. Daher hätte die Diskussion vielleicht schon damals geführt werden können. Manchmal jedoch braucht ein Erkenntnisprozess eine gewisse Zeit.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Mack von der CDU-Fraktion.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Staatssekretär, können Sie uns sagen, wie hoch das Ausgabenwachstum, das Sie seit der Regierungsübernahme 2011 in den Haushalten für die Jahre 2011 und 2012 haben – also das Haushaltswachstum seit Regierungsübernahme bis Ende 2012 – war und wie der Durchschnitt des Ausgabenwachstums in den vergangenen zehn Jahren war?

Staatssekretär Ingo Rust: Das werde ich Ihnen gern schriftlich mitteilen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Können Sie sich erklären, warum diese Frage gestellt wurde?)

Abg. Winfried Mack CDU: Können Sie sich vorstellen, dass dieses Ausgabenwachstum bei 10 % lag, während es im Durchschnitt der vergangenen Jahre bei 1,5 % lag?

(Abg. Peter Hauk CDU: So, jetzt!)

Staatssekretär Ingo Rust: Ich werde Ihnen diese Zahlen zukommen lassen und Ihre Aussage überprüfen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage von Herrn Abg. Dr. Rösler von der Fraktion GRÜNE, bitte.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Herr Staatssekretär, auf meine erste Frage nach dem Schattenhaushalt in der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg mbH kam die Antwort, dass die quasi aus dem Haushalt ausgelagerten Schulden in der Größenordnung von etwa 20 Milliarden € lagen.

Erstens: Gehe ich recht in der Annahme, dass das ausschließlich Schulden sind, die von der schwarz-gelben Vorgängerregierung stammen?

Zweitens: Durch was – abgesehen von dem großen Brocken EnBW mit knapp 5 Milliarden € über die Neckarpri GmbH – ist die Summe von 20 Milliarden € zustande gekommen? Können Sie zumindest die größeren Brocken benennen?

Staatssekretär Ingo Rust: Zu Ihrer ersten Frage: Ja, der weit überwiegende Teil stammt aus der Zeit der schwarz-gelben Regierungskoalition. Ich habe den Stand Ende 2011 genannt. Ich habe den Stand 2012 noch nicht. Die Zahl, die ich genannt habe, betrifft die Zeit vor dem Regierungswechsel.

Den größten Brocken der aus dem Haushalt ausgelagerten Verschuldungen haben Sie genannt. Ich habe vorhin noch einen weiteren genannt: die Kapitalaufstockungen. Das sind die größten Brocken. Der Rest sind Einzelbeträge, die sich zu ebendiesem Betrag aufsummieren. Ich kann Ihnen die Aufstellung gern zukommen lassen. Es ist durchaus interessant, das zu sehen.

Ich weise darauf hin, dass diese Beträge nicht in der Statistik der offiziellen Pro-Kopf-Verschuldung auftauchen, sprich auch nicht im Länderranking, also in dem Vergleich mit anderen Bundesländern, ähnlich wie die Pensionsverpflichtungen – das allerdings ist in allen Bundesländern der Fall –, die bei uns nach Angaben des Landesrechnungshofs zusätzlich 70 Milliarden € ausmachen würden, die ebenfalls nicht in diese Statistik einfließen und auch nicht in der Pro-Kopf-Verschuldung berücksichtigt sind.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Wenn man das einmal addiert – 44 Milliarden € Kreditmarktschulden, verlagerte Verpflichtungen in der Größenordnung, die ich genannt habe, und die vom Landesrechnungshof errechneten 70 Milliarden € für fehlende Rückstellungen für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten in unserem Land –, dann ergibt das schon eine ordentliche Summe, die die rein im Haushalt sichtbare Verschuldung etwas relativiert.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3, die Regierungsbefragung, beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen sowie für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass bei Aktuellen Debatten nach unserer Geschäftsordnung die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Frau Abg. Mielich das Wort erteilen.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir wollten diese Debatte „Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau“ schon vor drei Wochen führen. Das hat aus zeitlichen Gründen leider nicht mehr geklappt. Unsere Fraktion hat sich trotzdem entschieden, für heute erneut eine Debatte mit diesem Titel zu beantragen und sie zu führen, weil dieses Thema an Aktualität überhaupt nichts eingebüßt hat. Es ist nach wie vor eine hochbrisante und hochaktuelle Debatte; denn es geht um nicht weniger als die Zukunft unseres Gesundheitssystems.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte am Anfang noch einmal deutlich machen, was die Hintergründe für diese veränderten Rahmenbedingungen der Krankenhäuser sind. Ein ganz einschneidender Punkt war die Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2004, die eingeführt worden sind, um mehr Transparenz, mehr Qualitätskontrolle und letztlich auch mehr Wettbewerb zu bewirken. Das waren die wesentlichen Kriterien, die dazu geführt haben, dass die Fallpauschalen eingeführt wurden.

Jetzt müssen wir deutlich konstatieren, was diese Fallpauschalen gebracht haben. Sie haben erstens – ganz besonders in Baden-Württemberg – zu einem massiven Bettenabbau geführt.

Sie haben zweitens dazu geführt, dass es in den vergangenen zehn Jahren zu vielen Krankenhausschließungen und damit zu einer deutlichen Reduzierung der Zahl der Krankenhausstandorte gekommen ist, und sie haben drittens dazu geführt, dass wir als Rationalisierungsmaßnahme einen ganz massiven Personalabbau haben.

Das heißt in der Konsequenz: Die Liegezeit in den Krankenhäusern hat sich in den vergangenen zehn Jahren von durchschnittlich 10,2 Tagen auf 7,8 Tage verkürzt. Gleichzeitig gibt es weniger Personal, und dieses Personal muss mehr Patientinnen und Patienten betreuen, die auch noch kränker sind. Das heißt, die Arbeitsbelastung des Personals ist deutlich gestiegen und hat mittlerweile eine Grenze erreicht, sodass diese Belastung nicht weiter verschärft werden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gleichzeitig bleibt es bei einer Unterfinanzierung durch die DRGs. Das heißt, der Rationalisierungsdruck bei den Krankenhäusern bleibt erhalten. Die Krankenhäuser werden betriebswirtschaftlich nicht kostendeckend finanziert. Das bedeutet in der Konsequenz, dass der Rationalisierungsdruck, obwohl es schon einen starken Personalabbau und eine deutliche Reduzierung der Zahl der Betten gab, bestehen bleibt. Das ist eine Entwicklung, die ganz klar dazu geführt hat, dass die Krankenhäuser gesagt haben: „Jetzt ist Schluss; wir müssen aufstehen und deutlich machen, dass es so nicht weitergehen kann.“ Deswegen ist diese bundesweite Kampagne ins Leben gerufen worden, die wir ausdrücklich begrüßen und die jetzt auch zu einem deutlichen Ergebnis geführt hat.

So weit, so gut. Aber man muss jetzt auch ganz klar konstatieren: Das, was da herausgekommen ist, wie die Bundesregierung jetzt reagiert hat, ist ein Schnellschuss, der wirklich bar jeder Überlegung ist und bar jeden Konzepts ist.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Bahr!)

– Genau, Bahr, in diesem Fall sogar mit h. Das kann man gut sagen.

Es gibt keine Reform, es gibt keine Anpassungen, es gibt keine Qualitätssicherung durch die DRGs. Stattdessen wird jetzt enorm viel Geld in das System gepumpt. Insgesamt werden in den nächsten zwei Jahren 1,1 Milliarden € für die unterschiedlichsten Maßnahmen verwendet. Es wird aber überhaupt nicht das gemacht, was eigentlich hätte gemacht werden müssen, nämlich dass gesteuert wird, die Qualität gesichert wird und vor allem geschaut wird, wie erreicht werden kann, dass kein Personal abgebaut wird.

Das heißt, wir haben jetzt eine Maßnahme, die nur mehr Geld in das bestehende System pumpt, aber keines der Probleme löst.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Was heißt denn das für Baden-Württemberg? Für Baden-Württemberg bedeutet das lediglich, dass die Krankenhäuser 30 Millionen € zusätzlich zu erwarten haben – also nicht 70 Millionen €, was sie sich eigentlich vorgestellt haben. Dieser Betrag wurde jetzt auf der Grundlage der Verteilungsschlüssel errechnet. Das ist das Erste.

(Bärbl Mielich)

Das Zweite ist, dass nur kurzfristig Geld ins System gepumpt wird. Das heißt, die Versorgungslandschaft bzw. die Sicherung und der Ausbau der Strukturen, die Verlässlichkeit, all das wird überhaupt nicht berücksichtigt bzw. wird sich auch nicht verändern lassen. Die Situation für die Krankenhäuser entspannt sich auf den ersten Blick hin leicht – das ist ja nicht schlecht –, aber ermöglicht auf jeden Fall nicht, dass die Krankenhäuser eine größere Sicherheit bekommen, wenn es darum geht, ihr Haus zukunftsfest aufzustellen. Deswegen lehnen wir diese Form der Finanzierung ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es wird nicht gesteuert – das ist für mich ein zentraler Punkt –, sondern es wird sozusagen pauschal mit der Gießkanne Geld in das System gegossen. Das möchte ich am Beispiel der Unikliniken in Baden-Württemberg aufzeigen.

Mit den Unikliniken haben wir Häuser der Maximalversorgung, die ganz besonders schwere Fälle behandeln müssen, die auch insgesamt eine Struktur vorhalten müssen, die ganz besonders kostenintensiv ist. Warum hat man z. B. bei dem Versorgungszuschlag, den es jetzt für alle Häuser geben soll, nicht gesagt: „Wir werden diesen Versorgungszuschlag daran binden, dass z. B. besonders schwere Fälle nach einem Case-Mix finanziert werden?“ Das war die Forderung, und das ist leider nicht passiert. Stattdessen bekommen jetzt z. B. Häuser Geld, die eine zusätzliche Unterstützung gar nicht unbedingt nötig haben.

Dazu ist nicht erreicht worden, dass man z. B. die wohnortnahen Versorgungsstrukturen deutlich verbessert, indem man sagt: Da bedarf es eines entsprechenden Zuschlags. Das alles ist nicht passiert. Gießkanne ist keine gute Antwort. Qualitätssicherung wäre besser gewesen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darum begrüßen wir ausdrücklich, dass die Landesregierung gemeinsam mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative gestartet hat und gesagt hat: Wir brauchen eine verlässliche Krankenhausfinanzierung und vor allem eine Abbildung der Tarifsteigerungen im Personalbereich. Denn nur so wird es gelingen, dass auch die Krankenhäuser letztlich nicht dafür zahlen müssen, dass das Personal insgesamt teurer wird.

Das Dritte ist – das ist ebenfalls eine sehr gute Maßnahme –, dass Baden-Württemberg bzw. die Grünen im Bund gemeinsam mit der SPD die Initiative ergreifen, um eine Mindestpersonalbemessung festzulegen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

indem das Krankenhausentgeltgesetz verändert wird. Das wird letztlich dafür sorgen, dass es einen Mindestbestand an Personal in sämtlichen Häusern gibt.

Das bedeutet, dass endlich die Sonntagsreden aufhören, in denen es heißt, dass das Personal eine größere Wertschätzung genießt. Das bedeutet auch: Wir sorgen jetzt endlich dafür, dass das tatsächlich auch einmal abgebildet wird und nicht nur eine Sonntagsrede bleibt. Das ist eine sehr gute Maßnahme, die wir wichtig finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich möchte ein Beispiel dafür aufgreifen, was es letztlich bedeutet, wenn die steigenden Kosten bei der Finanzierung von Krankenhäusern nicht abgebildet werden. In der Geburtshilfe steigen die Haftpflichtprämien und müssen gezahlt werden. Werden diese nicht abgebildet, heißt das in der Konsequenz, dass zunehmend Krankenhäuser gerade in der wohnortnahen Versorgung im Land ihre Geburtshilfestationen schließen müssen, weil sie genau diese Kosten nicht mehr refinanzieren können. Das darf nicht sein, und das wollen wir auf jeden Fall verhindern. Darum wollen wir, dass insgesamt die DRGs auf den Prüfstand gestellt und neu justiert werden, sodass klar ist, dass die wohnortnahe Grundversorgung ein Kriterium sein muss.

Auf der anderen Seite müssen gleichzeitig die besonderen Belastungen der Häuser der Maximalversorgung, der Unikliniken, deutlich abgebildet werden, damit auch dort der Personalabbau aufhört. Dieser muss in allen Kliniken aufhören, weil wir insgesamt mehr Personal brauchen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben – das möchte ich jetzt zum Schluss noch einmal deutlich sagen – uns im Land verpflichtet, eine Gesundheitsversorgung auf den Weg zu bringen, die verlässlich ist und die genau diese Kriterien abbildet. Wir kämpfen im Bundesrat, dort, wo es auf Bundesebene notwendig ist, aber wir sind auch bereit, im Land deutlich das Heft in die Hand zu nehmen. Wir haben sowohl für dieses Jahr als auch für nächstes Jahr im Doppelhaushalt jeweils 250 Millionen € für die Krankenhausinvestitionskostenfinanzierung bereitgestellt. Das ist ein deutliches Wort. Wir haben den sektorenübergreifenden Landesbeirat installiert, der dafür sorgen soll, dass wir die ambulante und stationäre Versorgung zusammenbinden, dass es eine gemeinsame Versorgung gibt, dass da bessere Strukturen auf den Weg gebracht werden.

Das ist unser Ziel, das ist unser Einsatz. Ich finde, da haben wir einiges vorzuweisen. Jetzt kommt es darauf an, dass der Bund auch endlich Farbe bekennt und ein vernünftiges Konzept vorlegt.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Super! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Teufel das Wort.

Abg. Stefan Teufel CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kliniken in Baden-Württemberg und in Deutschland leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur guten medizinischen Versorgung der Menschen in unserem Land. Hierzu möchte ich auch im Namen der CDU-Fraktion dem Direktor der BWKG ein herzliches Dankeschön für die Arbeit aussprechen. Ich bitte Sie, diesen Dank auch an die Mitarbeiter in den Kliniken weiterzugeben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die Initiative der Bundesregierung, die ein Volumen von 1,1 Milliarden € umfasst, um die Entlastung der

(Stefan Teufel)

Kliniken voranzutreiben. Dies waren auch Forderungen in einem Entschließungsantrag aus Bayern, und dies waren auch Forderungen der BWKG in Baden-Württemberg.

Diese Entlastung beträgt für die Jahre 2013 und 2014 1,1 Milliarden € für alle Kliniken in Deutschland. Sie umfasst folgende Eckpunkte: eine Erhöhung des Versorgungszuschlags, den vollen Orientierungswert ab 2014, die anteilige Tariflohnfinanzierung. Auch sie ist mit abgebildet, wobei die Tariflohn-erhöhung teilweise auch schon in den DRGs, den Fallpauschalen, mit abgebildet ist. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, begrüßen besonders, dass das sogenannte Hygiene-Förderprogramm auch mitfinanziert wird. Dies waren auch die wesentlichen Punkte des Entschließungsantrags aus Bayern, welche die CDU-Landtagsfraktion nachhaltig begrüßt und unterstützt hat.

Die CDU-Landtagsfraktion steht zur Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen. Wir sehen die Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen im Land Baden-Württemberg als eine wichtige landespolitische Aufgabe an.

Die CDU-Landtagsfraktion steht auch zur dualen Finanzierung im Land Baden-Württemberg. Seit 1990 wurden über die duale Finanzierung über 6 Milliarden € für die Krankenhausinvestitionsförderung etabliert.

Die grün-rote Landesregierung hat im Wahlkampf versprochen, dass die Investitionsförderung erhöht bzw. verdoppelt wird und der sogenannte Antragsstau bis zum Ende dieser Legislaturperiode abgebaut wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Woher kommt der Antragsstau? – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Echt!)

An diesen Punkten werden wir Sie auch messen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Teufel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Haller-Haid?

Abg. Stefan Teufel CDU: Am Schluss. – Die CDU-Landtagsfraktion steht zur bestmöglichen Versorgung der Menschen hier in Baden-Württemberg. Die Kliniken sind einem besonderen Veränderungsprozess ausgesetzt: erstens der Zunahme an ambulanten Operationen und zweitens dem Rückgang der Verweildauer. Frau Mielich, Sie haben es angesprochen: Der Rückgang der Verweildauer wird sich in den nächsten Jahren noch dramatisch verstärken.

Wir sehen von unserer Fraktion aus drei große Handlungsfelder. Erstens: Wir brauchen in der Organisation weiterhin Bestrebungen in Form sektorenübergreifender Versorgungskonzepte. Zweitens: Wir müssen weiterhin eine Optimierung von ambulanten und stationären Versorgungskonzepten vorantreiben. Drittens: Wir benötigen eine Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung.

Bei der Krankenhausfinanzierung brauchen wir erstens eine dauerhafte strukturelle Begrenzung von Mehrleistungen. Dies sind Fehlanreize im DRG-System. Das muss auch von der Bundesregierung mit aufgenommen und behoben werden.

Zweitens benötigen wir eine Weiterentwicklung des Vergütungsrechts zur flächendeckenden Sicherung der Krankenhausversorgung. Drittens müssen alle Länder ihren Verpflichtungen bei den Investitionen nachkommen. Die CDU-Landtagsfraktion wird diese Entwicklung mit den Kliniken wohlwollend begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abg. Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Teufel, können Sie mir sagen, warum die Initiative der Bundesregierung die Universitätskliniken nicht in entsprechendem Maß erfasst? Sie haben ja sicherlich auch von dem Aufschrei der Kinderkliniken in Baden-Württemberg gehört. Dort ist die Situation besonders drastisch, weil viele Erkrankungen überhaupt nicht durch das DRG-System abgebildet werden und weil inzwischen alle Kinderkliniken rote Zahlen schreiben. Es ist dringend notwendig, dass da etwas passiert. Dazu möchte ich jetzt Ihre Position hören.

Abg. Stefan Teufel CDU: Frau Haller-Haid, die CDU-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass gerade dieser Bereich in den DRG-Katalog aufgenommen wird, damit es auch hier zu einer finanziellen Befriedung kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wahl das Wort.

Abg. Florian Wahl SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte erst einmal der Fraktion GRÜNE dafür danken, dass sie dieses Thema in Form einer Aktuellen Debatte auf die heutige Tagesordnung gebracht hat. Denn ich denke, das ist ein wichtiges Thema, bei dem wir auch in diesem Jahr vor ganz klaren Weichenstellungen stehen: Wie geht es mit unserer Krankenhauslandschaft und der ärztlichen Versorgung in Baden-Württemberg weiter?

Wir müssen schlicht und ergreifend sehen: Jedes zweite Krankenhaus in Baden-Württemberg ist nicht mehr in der Lage, seine Betriebskosten zu decken, ist defizitär. Wir sehen das, und ich denke, gerade die Gesundheits- und Sozialpolitikerinnen und -politiker sehen das, wenn sie durch das Land gehen, wenn sie Gespräche mit Herrn Einweg – der hier oben auf der Zuhörertribüne sitzt – oder Herrn Reumann führen. Die Mitarbeiter leiden unter der Situation, dass es keine hinreichende Betriebskostenfinanzierung gibt. Dies wirkt sich auch auf die Pflege aus, die übrigens immer noch durch die DRGs unterbelichtet ist. Das ist ein strukturelles Problem. Da stehen wir vor einer ganz schwierigen Situation.

Dann kommt ganz kurz vor der Wahl Daniel Bahr u. a. mit seiner baden-württembergischen Staatssekretärin Widmann-Mauz – darauf werde ich noch kommen – und sagt: „1,1 Milliarden € schütten wir mit der Gießkanne über das Land.“

Wenn Sie, Herr Teufel, die Umsetzung der Hygieneverordnung begrüßen, dann weise ich darauf hin: Wir reden da über einen Betrag von 5,2 Millionen € bundesweit. Da muss man

(Florian Wahl)

wirklich die Kirche im Dorf lassen und sehen, dass wir mit dieser Förderung, die 20 Millionen € bis 30 Millionen € für Baden-Württemberg bedeutet, das strukturelle Problem, das wir in unseren Kliniken haben, nicht lösen können.

(Beifall der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Wir müssen vielmehr sehen, dass wir das Ganze auf solide Füße stellen. Denn wir stehen doch gerade in Baden-Württemberg vor einer Situation, in der sich zukünftig entscheidet: Werden wir diese öffentlich-rechtlichen, diese kommunalen Kliniken – das ist ein Schatz, den wir hier in Baden-Württemberg und in Bayern haben – erhalten oder nicht? Mit der Politik, die gerade betrieben wird, werden wir sie nicht erhalten. Das ist wirklich fatal für die Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist auch der Grund. Es ist ja nicht so, dass die Landräte eine Vorfeldorganisation der SPD-Fraktion oder der Grünen wären. Aber wie die uns in den letzten Monaten zum Teil fast schon angefleht haben: „Bitte stellt eine Bundesratsinitiative mit der neuen Mehrheit im Bundesrat, um da etwas zu verändern“, das zeigt, wie groß die Not vor Ort ist. Das kann man an dieser Stelle leider nicht schönreden.

Deswegen ist es richtig, dass Sozialministerin Altpeter zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative gestartet hat, die am 3. Mai auch eine Mehrheit gefunden hat. Diese Initiative sieht vor, den sogenannten Landesbasisfallwert um einen weiteren Prozentpunkt zu erhöhen. Das wäre eine wirkliche Soforthilfe, die auch wirken würde.

Die Krankenhäuser müssen in der Lage sein, Kostensteigerungen ohne Mehrleistungen und ohne Personalabbau zu finanzieren. Kollegin Mielich hat es schon gesagt: Es muss ein Mindeststandard für die Personalausstattung vorgegeben werden. Vor allem müssen wir – das ist für Baden-Württemberg ganz wichtig – in strukturschwachen Regionen für Krankenhäuser mehr Flexibilität bei der Ausgestaltung der regionalen Versorgungsstrukturen ermöglichen.

Der nächste Punkt: Die bei der Vereinfachung des Landesbasisfallwerts verankerte Kollektivhaftung aller Krankenhäuser für Leistungssteigerung muss abgeschafft werden, und wir müssen krankenhausspezifische Lösungen schaffen. An dieser Stelle müssen wir strukturelle Änderungen vornehmen.

Die Gießkanne mit einem Volumen von 1,1 Milliarden € wird uns nicht helfen. Helfen wird, wenn wir strukturelle Maßnahmen ergreifen.

Es geht – da müssen wir auch überparteilich immer einen Konsens finden – gerade für Baden-Württemberg darum, dass wir unsere Krankenhäuser nicht in die Situation bringen, dass wir sie an große Aktiengesellschaften verkaufen müssen. Vielmehr müssen die, die den Sicherungsauftrag haben – die Kreise –, auch noch die Träger der Krankenhäuser sein. Das ist eine kommunalpolitische Aufgabe. Dem sollten wir uns alle verpflichtet fühlen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst dem Dank des Kollegen Teufel anschließen, dass wir in Baden-Württemberg eine hervorragende Versorgung der Menschen in unserem Land haben. Das verdanken wir den vielen Menschen, die in den Kliniken jeden Tag Verantwortung übernehmen – von der Verwaltung und den Pflegekräften über die Mediziner bis hin zum ganzen Umfeld. Dem Dank können wir uns in diesem Haus alle anschließen.

Das, was sich in den letzten 30 Jahren vollzogen hat, kann man gemeinhin als Strukturwandel bezeichnen. In den letzten 30 Jahren haben über ein Fünftel aller Kliniken in Baden-Württemberg ihre Bettenzahl reduziert. Wir haben in Baden-Württemberg noch 285 Krankenhäuser und haben über ein Viertel der Betten abgebaut. Derzeit liegen wir knapp unter 57 000 planmäßigen Betten in Baden-Württemberg.

Dazu beigetragen haben natürlich – Frau Kollegin Mielich, Sie haben es gesagt – die Fallpauschalen. Dazu hat auch ein finanzieller Druck, der in den letzten Jahren begonnen hat, beigetragen. Ich darf beispielsweise an die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes in der letzten Legislaturperiode in Berlin erinnern. Ich darf daran erinnern, dass es neue Arbeitszeitgesetze gab, die die Personalkosten gesteigert haben. Auch hat die Große Koalition einen Sanierungsbeitrag in Höhe von 500 Millionen € abverlangt, was diesen Druck verstärkt hat. Dieser Druck wurde durchaus auch in den letzten Jahren weiterhin signalisiert.

Ich darf daran erinnern, wo man gestartet ist, als die FDP das Gesundheitsministerium übernommen hat. Es gab in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Defizit von 11 Milliarden €. Das sollte man durchaus auch erwähnen. Denn das hat uns, das hat die Krankenhäuser, aber auch alle anderen Beteiligten im Gesundheitswesen in den letzten Jahren viel Kraft gekostet. Sie haben dazu beigetragen – zuzüglich zu der guten wirtschaftlichen Entwicklung –, dass wir jetzt einen Überschuss haben, damit man auch diese Themen wieder bearbeiten kann.

So ist auch erklärbar, dass es jetzt zu diesem Schritt gekommen ist. Am 24. April wurde die Gesetzesvorlage eingebracht. Die 1,1 Milliarden € – Kollege Teufel hat es beschrieben; darauf brauche ich nicht mehr stark einzugehen – Ich verweise auch auf das Hygiene-Förderprogramm. Das ist ein erster Schritt. Wir sind da noch nicht zufrieden. Das sage ich ausdrücklich. Ich bin auch Mitglied im Aufsichtsrat einer öffentlichen Klinik. Da sind wir nicht zufrieden. Aber es ist ein erster Schritt, und ich glaube: Da müssen wir weiter ansetzen. Wenn man auch das Land Baden-Württemberg anschaut: Wir wollen die duale Finanzierung behalten.

Ich darf noch einmal betonen, was Kollege Teufel bereits gesagt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihrem Wahlprogramm stand, dass Sie die Investitionsförderung verdoppeln wollen. Davon sehen wir im Moment nicht mehr viel. Im Bauprogramm sind 250 Millionen € enthalten. Bei der alten Landesregierung waren dies 185 Millionen €.

Für die Pflegeheimförderung waren bis 2010 über zehn Jahre hinweg durchschnittlich über 50 Millionen € pro Jahr ausge-

(Jochen Haußmann)

bracht. Diese Förderung ist dann ausgelaufen. Wenn man diesen Betrag hinzurechnet, sich anschaut, dass bei Ihnen das Haushaltsvolumen um 15 % gestiegen ist, und wenn man berücksichtigt, wie sich der Baukostenindex in den letzten zehn, 15 Jahren entwickelt hat, dann muss ich sagen: Ich hätte an der Stelle der Grünen diese heutige Debatte nicht beantragt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es gibt hier auch Hausaufgaben, die gemacht werden müssen. Ich bezeichne dies auch als ersten Schritt. Das ist ein erster Schritt, aber wir sind noch weit davon weg, den Investitionsstau nachhaltig abzubauen, so wie Sie es sich im Wahlprogramm vorgenommen hatten.

Zu einer ganzheitlichen Betrachtung gehört, dass man nicht außer Acht lassen darf, dass die Krankenkassen, beispielsweise die AOK oder der Verband der Ersatzkassen, davon sprechen, es sei eine medizinisch nicht erklärbare Mengenausweitung feststellbar. Die AOK Deutschland hat allein für die Jahre 2005 bis 2010 bei der Zahl der Wirbelsäulenoperationen einen Zuwachs um 118 % zu verzeichnen: 2005 waren es knapp 98 000, 2010 knapp 218 000 Wirbelsäulenoperationen. Ich könnte noch andere Beispiele anführen.

Dem müssen wir meiner Meinung nach Rechnung tragen. Ich würde mir von einer Sozialministerin wünschen, dass sie diese Themen aufgreift, wenn es darum geht, für das Land Strukturen zu schaffen. Sie sollte nicht nur fordern, dass Berlin mehr Geld geben muss.

Frau Kollegin Mielich, Sie haben selbst gesagt, man müsse über die Qualität, man müsse über die Strukturen sprechen. Deswegen meine ich, man könnte durchaus – wie es seinerzeit Ministerpräsident Oettinger gemacht hat – einen runden Tisch einrichten, um die Thematik noch einmal näher zu beleuchten.

Da das Thema relativ komplex ist, hat das Bundesgesundheitsministerium bereits im letzten Jahr hierzu einen wissenschaftlichen Forschungsauftrag vergeben. Das Ergebnis soll im Sommer, im Juni/Juli, vorgestellt werden.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das hat keine Konsequenzen mehr!)

Daraus kann man dann die Punkte ableiten, die Sie auch angedeutet haben. Daher widersprechen Sie sich ein Stück weit selbst, wenn Sie einerseits sagen, man sollte nicht einfach mehr Geld in das System geben, aber gleichzeitig eine Bundratsinitiative starten, die letztendlich auch nur mehr Geld in das System bringt. Es ist keine Frage: Wir brauchen mehr Geld im System in Baden-Württemberg, aber wir müssen dies stichhaltig bewerten. Deshalb tun wir uns keinen Gefallen, wenn wir noch mehr Geld ins System geben möchten, ohne eine inhaltliche Prüfung vorzunehmen.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Aber das tun sie doch!)

In den letzten vier Jahren haben die Krankenkassen in der Bundesrepublik Deutschland Mehreinnahmen von 10 Milliarden € erzielt. Daher, meine ich, ist es die richtige Entscheidung, die Ergebnisse des Forschungsauftrags abzuwarten und daraus dann die entsprechenden Schlüsse zu ziehen, sodass

man die Finanzierung der Kliniken im Grunde auf eine neue Grundlage stellen kann.

Wenn man die Perspektive der Bürgerversicherung sieht, die in Ihrem Wahlprogramm steht, ist es schon bemerkenswert, dass man dem Gesundheitsministerium vorwirft, nicht wirtschaftlich vorzugehen. Ich frage mich dann schon – das müssen Sie mir einmal beantworten –, wie mehr Geld in das System kommen soll, wenn neun Millionen privater Vollversicherungen und zehn bis 20 Millionen Zusatzversicherungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Das hätte nachhaltige finanzielle Auswirkungen auf das Gesundheitswesen, auf die Krankenhäuser.

Daher sage ich ganz klar: Eine Bürgerversicherung wäre insbesondere für den Standort Baden-Württemberg, für die Kliniken in Baden-Württemberg alles andere als ein Vorteil. Das hätte gravierende Auswirkungen auf die finanzielle Situation.

Noch ein Punkt: Sie sprechen zu Recht davon, dass die Mediziner und die Pflegekräfte einen immer höheren Aufwand haben. Da ist es aber schon ein Widerspruch, wenn die Fraktion der Grünen im Bundestag bei der Beratung des Patientenrechtegesetzes, das im Februar verabschiedet wurde, beispielsweise eine volle Beweislastumkehr beantragte. Da müssten Sie einmal die Mediziner in den Krankenhäusern fragen, was hierdurch für ein Aufwand ausgelöst worden wäre. Wir hätten amerikanische Verhältnisse produziert,

(Abg. Florian Wahl SPD: Und das als Bürgerrechtspartei!)

bei denen man alles hätte dokumentieren müssen und einen sehr hohen Verwaltungsaufwand gehabt hätte. Ich glaube, dass es richtig war, dass man diesem Vorschlag nicht gefolgt ist.

Ein weiterer Punkt war übrigens die Forderung, dass die Ärzte verpflichtet werden sollen, bei Minderjährigen festzustellen, ob diese schon in der Lage sind, über ihre Gesundheit selbst zu entscheiden. Dies müsste dann entsprechend dokumentiert werden, sodass die Ärzte verpflichtet worden wären, intensive und ausführliche Gespräche mit Minderjährigen zu führen, um festzustellen, ob diese in der Lage sind, selbst zu entscheiden oder nicht.

Das erinnert mich an eine Diskussion, die wir vor einigen Wochen hier schon einmal geführt hatten. Wer eine solche Idee hat, dies den Kliniken auch noch zuzumuten, den muss – so sage ich einmal – der Teufel geritten haben. Ich frage mich, wie man einen solchen Nonsens beantragen kann. Dadurch wäre ein Aufwand entstanden, der sich massiv in einer Steigerung der Bürokratie an unseren Kliniken niedergeschlagen hätte.

Es ist also weiterhin besser, ein erfolgreiches Bundesgesundheitsministerium unter der Führung der FDP zu haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Florian Wahl SPD: Da lacht sogar die CDU! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr erfolgreich! Meine Güte!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung betrachtet die steigenden Betriebskosten bei den Krankenhäusern mit großer Sorge. Negative Aspekte der derzeitigen Betriebskostenfinanzierung werden zunehmend deutlich. Laut dem Herbstindikator 2012 der BWKG waren 60 % aller Krankenhäuser in Baden-Württemberg im Jahr 2011 ohne positiven Jahresabschluss.

Dies hat mich bereits zu Beginn unserer Regierungszeit bewogen, in Sachen Betriebskosten tätig zu werden. So habe ich bereits im Jahr 2012 – und nicht erst kürzlich – entsprechende Initiativen in den Bundesrat eingebracht.

Ich muss schon sagen: Wenn bei der Debatte darüber der derzeitige Bundesgesundheitsminister sagt, man solle doch in Baden-Württemberg froh sein, dass die anderen 40 % der Krankenhäuser nicht auch noch einen negativen Jahresabschluss haben, dann finde ich das, ehrlich gesagt, vermessen und ziemlich arrogant. Das hat mit guter Versorgung nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Fallpauschalensystem hat sicherlich die Abläufe insgesamt in den Krankenhäusern verbessert. Es hat aber natürlich auch zu gesunkenen Preisen für dieselbe Leistung geführt. Es hat dazu geführt, dass es für die Krankenhäuser und auch für die Unikliniken, für die Häuser der Maximalversorgung, immer enger wird. Das hat natürlich seine negativen Folgen wie beispielsweise die Mengenausweitung, über die, Herr Haußmann, sicherlich zu sprechen sein wird. Aber das erledigt sich nicht an einem runden Tisch, sondern es erledigt sich nur dadurch, dass es klare Vorgaben hinsichtlich der Qualität gibt und damit auch eine klare Refinanzierung der Qualität, die in einem Haus erbracht wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wer in Sachen Betriebskostenfinanzierung den Krankenhäusern vorwirft, sie hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht, der äußert sich einfach unrichtig. Denn ein Krankenhaus, das bedarfsgerecht und leistungsfähig ist, muss auf der Grundlage einer ordentlichen Betriebsführung und ohne Flucht in die Mehrleistung in der Lage sein, seine Betriebskosten abzudecken. Das gilt unter den gegebenen Finanzierungsregeln leider nicht mehr grundsätzlich.

Deshalb haben wir entsprechende Initiativen eingebracht. Denn die Refinanzierung von nicht gedeckten Kostensteigerungen über Personalabbau und Leistungssteigerungen kann auf Dauer nicht der richtige Weg sein. Irgendwann ist Ende der Fahnenstange, und für viele Krankenhäuser in unserem Land ist das Ende der Fahnenstange schon erreicht. Sie sind, um es deutlich zu sagen, kurz vor dem Kollaps. Deshalb muss bei den Betriebskosten dringend etwas geschehen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Krankenhäuser noch im Jahr 2012 einen Sparbeitrag erbringen mussten, obwohl es damals schon Überschüsse bei den gesetzlichen Kassen in nicht geringer Höhe gab.

Nun wird den Ländern oft vorgeworfen, sie hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht, sie hätten ineffiziente Krankenhausstrukturen und generell viel zu kleine Betten – viel zu viele

Betten, nicht zu kleine. Zu klein können sie, glaube ich, nicht sein, zumindest nicht für mich.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Beim Kollegen Schwarz trifft das zu!)

In Baden-Württemberg haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben seit Jahren die niedrigste Krankenhaushäufigkeit und die niedrigsten Kosten für stationäre Behandlungen. Auch von dem aktuell diskutierten Problem der Mengenausweitung sind wir beispielsweise im Gegensatz zu Bayern kaum betroffen. Es kann deshalb nicht sein, dass unsere Krankenhäuser trotz guter Strukturen, trotz verantwortungsbewusster Indikationsstellung diese massiven wirtschaftlichen Probleme haben.

Deshalb, wie gesagt, haben wir entsprechende Bundesratsinitiativen – im Übrigen schon mehrere – ergriffen.

Herr Teufel, weil Sie vorhin die Initiative von Bayern angesprochen haben, möchte ich darauf hinweisen: Bayern hat entgegen seinen ursprünglichen Aussagen bei unserer ersten Initiative im Jahr 2012 nicht mitgemacht, um dann im Vorfeld des Landtagswahlkampfes seine Initiative einzubringen, der aber die anderen Länder nicht beigetreten sind.

Wir haben im Mai dieses Jahres gemeinsam mit anderen Bundesländern einen Entschließungsantrag eingebracht, der die wesentlichen Forderungen enthält: Zuschlag zum Landesbasisfallwert in Höhe von 1 % – davon hätte Baden-Württemberg nämlich wirklich etwas –, Abschaffung der Kollektivhaftung aller Krankenhäuser für die Leistungssteigerungen, die einzelne Häuser erbringen, und die sachgerechte Ermittlung und die volle Wirksamkeit des Kostenorientierungswerts ab 2014.

Wenige Tage vorher ist dann der Bundesgesundheitsminister tätig geworden und hat angekündigt, den Krankenhäusern insgesamt 1,1 Milliarden € zur Verfügung zu stellen; auf Baden-Württemberg würden aus den verschiedenen Töpfen von anteiliger Tarifierhöhung über Versorgungszuschlag bis zu der von Ihnen genannten Hygieneverordnung knapp 30 Millionen € entfallen. Wir brauchen aber tatsächlich einen Betrag von um die 70 Millionen €, damit wir halbwegs auskommen können.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft bedanken, die zusammen mit uns, Seite an Seite, gekämpft hat und das auch weiter tun wird, damit es den Krankenhäusern besser geht.

Noch liegt eine offizielle Verlautbarung der Bundesregierung mit konkreten Angaben nicht vor. Der Meinungsbildungsprozess bei der Bundesregierung scheint noch nicht abgeschlossen. Die bislang angekündigten Entlastungen – das muss ich einfach sagen – sind zu gering. Bei dem angedachten Verteilungssystem – wenn es denn so kommt, wie es der Bundesgesundheitsminister zunächst gedacht hat, und es nicht noch geändert wird – ist der Verteilungsschlüssel für Baden-Württemberg schlecht. Das kann nicht im Sinne unseres Landes und unserer Krankenhauspolitik sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Nun möchte ich noch das Thema „Sektorenübergreifende Versorgungskonzepte“ ansprechen, weil das auch von Ihnen, Herr Teufel, gefordert wurde. Das Versorgungsstrukturgesetz gibt uns seit dem letzten Jahr die Möglichkeit, in den sektorenübergreifenden Bereichen mehr zu tun, mehr zu arbeiten und dort auch zu Verzahnungen zu kommen. Bei aller Kritik, die ich an diesem Gesetz habe, muss ich doch sagen: Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat diese gesetzlichen Möglichkeiten genutzt; Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland überhaupt einen sogenannten sektorenübergreifenden Beirat gegründet, in dem wirklich alle Beteiligten an einem Tisch versammelt sind. Ich denke, wir verfolgen damit den richtigen Ansatz, und was das angeht, sind wir schon zu einem Zeitpunkt aufgewacht, als bei Ihnen noch der Wecker geklingelt hat. Aber so ist es halt manchmal.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu den Investitionen sagen. Wir stehen ausdrücklich zur dualen Krankenhausfinanzierung, und dabei bleibt es auch. Als wir die Regierung übernommen haben, fanden wir bezüglich der Krankenhausinvestitionen einen Investitionsstau von 1,4 Milliarden € vor. Wir haben beschlossen, diesen Stau abzubauen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Und was habt ihr gemacht?)

Wir müssen mit den zu tätigen Investitionen auch etwas für die Krankenhausstrukturen tun. Daher haben wir die Mittel erhöht und haben in den Jahren 2011 und 2012 zusätzlich 95 Millionen € zur Verfügung gestellt; in den Jahren 2013 und 2014 sind es jeweils 65 Millionen € mehr gegenüber den ursprünglichen Planungen. Damit stehen in diesen beiden Jahren jeweils 250 Millionen € für die Krankenhäuser zur Verfügung.

Ich sage an dieser Stelle: Wir werden unserer Verantwortung gerecht. Denn wenn ich den Ansatz mit dem Volumen von 185 Millionen € des Jahreskrankenhausbauprogramms, das Sie vorhin erwähnt haben, mit den 250 Millionen €, bei denen wir jetzt sind, vergleiche, dann ergibt sich eine Steigerung von 35 %. Wer behauptet, dies sei nichts, muss sich überlegen, wie die Ausgangsposition aussah.

Die Grafik, die Sie hier sehen,

(Die Rednerin hält eine Grafik hoch.)

zeigt die Entwicklung der Jahreskrankenhausbauprogramme von 1993 bis 2014. Auch wenn man es von Weitem vielleicht nicht genau erkennen kann, ist der Anstieg, den es seit dem Zeitpunkt der grün-roten Regierungsübernahme gegeben hat, doch deutlich sichtbar. Ich denke, diese Tatsache spricht für sich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion – Kollege Klenk, wollen Sie reden, oder wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Zuruf des Abg. Wilfried Klenk CDU)

– Gut. Wer möchte in der zweiten Runde für die CDU-Fraktion das Wort ergreifen? – Ich sehe niemanden.

(Zurufe: Alles geschwätzt!)

Meine Damen und Herren, dann liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg – Drucksache 15/3465

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann anstelle des erkrankten Ministers Untersteller.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! In Artikel 3 a der baden-württembergischen Landesverfassung steht:

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Im Grundgesetz steht Ähnliches.

Heute ist ein guter Tag, um diesem Staatsziel ein Stück näher zu kommen. Die Landesregierung legt dem Landtag einen Entwurf für ein Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg vor. Wir fordern alle Abgeordneten auf, dem Gesetzentwurf fraktionsübergreifend zuzustimmen und damit einen verbindlichen Beitrag unseres Landes zum Klimaschutz zu beschließen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Durch einen breiten Konsens innerhalb der Landespolitik können wir ein starkes Zeichen für den Klimaschutz setzen. Dies allein wäre schon ein wirksamer Beitrag für den Klimaschutz; denn Klimaschutz braucht ein vorbildliches Handeln.

Warum brauchen wir ein Klimaschutzgesetz? Erstens: Wir sind nach dem Grundgesetz und der Landesverfassung dazu verpflichtet – ich habe es gerade vorgelesen –, die Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen zu schützen.

Zweitens: Der Klimaschutz bringt uns wirtschaftliche Vorteile.

Drittens: Wenn wir es vormachen, dann werden – davon bin ich überzeugt – auch andere Regionen und Länder folgen.

Viertens: Wir haben auch die moralische Verpflichtung, die Emissionen zu senken, denn wir müssen unseren Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die knapp elf Millionen Baden-Württemberger machen gerade einmal rund 0,15 % der Weltbevölkerung aus, aber wir stoßen dabei so viele Treibhausgase aus wie ein doppelt so großes Land – und dies nicht, weil wir ein Hochtechnologieland

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

sind, sondern obwohl wir ein Hochtechnologieland sind. Wer, wenn nicht wir, sollte da mit gutem Beispiel vorangehen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen legt die Landesregierung heute dem Hohen Haus den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes für Baden-Württemberg vor. Ziel des Gesetzes ist es, bis zum Jahr 2020 ein Viertel und bis zum Jahr 2050 90 % der CO₂-Emissionen einzusparen. Diese Ziele wurden aus einem wissenschaftlich erstellten Energieszenario für Baden-Württemberg abgeleitet. Die Ziele sind ambitioniert, aber sie sind erreichbar.

Die Ziele des Klimaschutzes stehen dabei keineswegs wie ein Solitär isoliert in der Landschaft. Auf europäischer Ebene wurden im Jahr 2007 verbindliche CO₂-Reduktionsziele festgeschrieben: 20 % bis 2020 und bis zu 80 % bis 2050.

Auch die Bundesregierung hat in ihrem Energiekonzept aus dem Jahr 2010 Ziele niedergelegt: 40 % bis 2020, 80 % bis 95 % bis 2050. Das, was uns von der Bundesregierung unterscheidet, sind nicht die Ziele. Im Gegenteil, wir leisten einen wichtigen Beitrag zum Erreichen dieser Ziele. Das heißt aber auch, dass diejenigen, die das Klimaschutzgesetz kritisieren, im Grunde niemand anderen als die Bundesregierung kritisieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Falsch!)

Was uns von der Bundesregierung unterscheidet, ist vielmehr, dass wir diese Zielsetzung in Gesetzesrang erheben und sie damit für alle verbindlich machen. Kurz: Wir machen keine Symbolpolitik. Wir machen Ernst mit dem Klimaschutz und übernehmen Verantwortung. Wir leisten unseren Beitrag dazu, dass die ambitionierten Ankündigungen auf internationaler Ebene und auf Bundesebene wirklich erreicht werden können. Und wir gehen in dieser Frage gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen bundesweit voran.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Welche Wirkungen hat das Klimaschutzgesetz? Erstens: Künftig müssen Klimaschutzaspekte bei allen politischen und behördlichen Entscheidungen berücksichtigt werden, so, wie es beim Arten- und Naturschutz schon lange der Fall ist. Egal, ob es sich um eine Verwaltungsvorschrift oder um die Vergabe von Fördermitteln in Raumordnungsverfahren handelt, die Belange des Klimaschutzes müssen in jedem Fall berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Verwaltungen abwägen müssen. Das Klimaschutzgesetz sorgt dafür, dass der Belang des Klimaschutzes stärker als vorher zu beachten ist. Dies wird beispielsweise den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zweitens: Die öffentliche Hand übernimmt bei all dem eine Vorbildfunktion. Bis 2040 soll die Landesverwaltung schrittweise klimaneutral gestaltet werden. Das ist angesichts des hohen Sanierungsbedarfs ambitioniert, aber durchaus machbar.

Drittens schreibt das Klimaschutzgesetz verbindlich fest, wie die Ziele erreicht werden sollen, nämlich mithilfe eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts.

Meine Damen und Herren, das Umweltministerium hat bereits Ende letzten Jahres einen Entwurf für ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept entwickelt und anschließend mit der breiten Öffentlichkeit online und an runden Tischen diskutiert. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass es die Landesregierung mit der Politik des Gehörtwerdens ernst meint, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Online haben rund 7 000 Personen die Homepage besucht und sich an der Bewertung der Maßnahmenvorschläge beteiligt. An den runden Tischen haben sich rund 120 Verbandsvertreter und rund 180 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Die Empfehlungen aus diesem Prozess werden nun geprüft und in den fortgeschriebenen Entwurf des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts eingearbeitet.

Inhalt dieses Konzepts sind dabei Strategien und Maßnahmen für die Energiewirtschaft, den Verkehr, die Landwirtschaft, die Industrie, die Privathaushalte und natürlich auch die öffentliche Hand. Beispiele für derartige Maßnahmen sind die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, die effizientere Nutzung industrieller Abwärme, die heute oft noch ungenutzt verpufft, oder die Unterstützung der Einführung verbraucherfreundlicher und transparenter Stromrechnungen.

Auch die Wirtschaft wird unter dem Klimawandel leiden, wenn wir nicht gegensteuern. Laut einer aktuellen Studie schätzen 43 % aller deutschen Unternehmen, dass sie bis zum Jahr 2030 negativ vom Klimawandel betroffen werden. Aus diesen Gründen müssen wir handeln, und zwar schon aus wohlverstandener Eigeninteresse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Weltbevölkerung wächst weiterhin beträchtlich, auch wenn die Bevölkerungszahlen in Europa schrumpfen. Immer mehr Menschen wollen versorgt sein, wollen Aufstiegsmöglichkeiten haben und wollen am Wohlstand der westlichen Hemisphäre teilhaben. Dieser Prozess ist in vollem Gang. Das ist vor allem erkennbar an der Dynamik neuer Industrie- und Schwellenländer von China bis Brasilien. Zugleich stoßen wir aber an ökologische Grenzen, vor allem was die Stabilität des Klimas betrifft. Deshalb sind schon jetzt energie- und ressourcenschonende, saubere Technologien branchenübergreifend in allen Bereichen gefragt. Diese Nachfrage wird weiter zunehmen. Das, was wir derzeit erleben, ist nichts anderes als der Beginn einer grünen Revolution.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Unruhe bei der CDU)

Prognosen gehen bis zum Jahr 2020 von einem Wachstum der weltweiten Nachfrage nach innovativer Umwelttechnologie von 5,4 % pro Jahr aus.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

– Damit ist hier eine grüne industrielle Revolution gemeint, nur damit Sie sich jetzt nicht umsonst aufregen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Keine Angst! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist etwas ganz anderes!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Diese grüne industrielle Revolution hat längst begonnen. Wir gehen von einer Steigerung der Nachfrage nach innovativen Umwelttechnologien von 5,4 % pro Jahr aus. Das Wachstum des deutschen Umweltsektors wird sogar mit 8 % pro Jahr veranschlagt. All dies hat ein großer Teil der baden-württembergischen Unternehmen längst erkannt; diese Unternehmen haben die in dieser Entwicklung liegenden Chancen ergriffen, und zwar erfolgreich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir fördern die Unternehmen auf diesem Weg. Mit dem Klimaschutzgesetz legen wir für die nächsten 30 bis 40 Jahre klar fest, in welche Richtung es geht, und geben damit der Wirtschaft die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie braucht. So leisten wir einen Beitrag dazu, dass die Unternehmen im Land auch in Zukunft erfolgreich sind und auf den Leitmärkten der Zukunft die Nase vorn haben. Wir sorgen für Arbeitsplätze, und zwar nicht für irgendwelche Jobs, sondern für die attraktiven Arbeitsplätze der Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen, meine Damen und Herren, gehen wir mit dem Klimaschutzgesetz mit gutem Beispiel voran und verpflichten unser Land zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Energie und Rohstoffen. Wir übernehmen als eine der bedeutendsten Industrieregionen der Welt Verantwortung. Das ist unsere verfassungsrechtliche Verantwortung; es ist aber auch unsere ethische Verantwortung, für die Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Unsere Vorreiterrolle wird sich auch ökonomisch auszahlen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vor allem aber liefern wir eine Blaupause für eine international wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft der Zukunft.

Meine Damen und Herren, wir haben bewusst ein schlankes Gesetz beschlossen, damit wir in den Maßnahmenkatalogen des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts möglichst flexibel sind. Sie wissen ja, alle Gesetze zu ändern ist schwierig. Deswegen haben wir ein schlankes Klimaschutzgesetz beschlossen, sind aber sehr konkret bei dem integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept. Das ist sozusagen die Komposition des ganzen Gesetzes. Deswegen glaube ich, meine Damen und Herren, das ist eine stringente, ambitionierte, aber zugleich auch sehr praktikable Regelung für den Beitrag unseres Landes zum Klimaschutz.

Die Landesregierung hofft auf einen Konsens im Hohen Haus.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Lusche.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Zunächst möchte ich an dieser Stelle dem erkrankten Umweltminister persönlich alles Gute und baldige Genesung wünschen. Ich glaube zu wis-

sen, dass es ihm durchaus schwerfällt, am heutigen Tag den Gesetzentwurf hier nicht selbst einbringen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da können Sie sicher sein!)

Herr Ministerpräsident, als Sie gemeinsam mit dem Umweltminister diesen Gesetzentwurf präsentiert haben, haben Sie davon gesprochen, dass es sich um eines der wichtigsten Vorhaben der Landesregierung in dieser Legislaturperiode handle. Der Umweltminister hat davon gesprochen, Baden-Württemberg werde so zum Vorreiter beim Klimaschutz in Deutschland. Jetzt haben Sie von grünen Revolutionen gesprochen. Aber Sie haben schon gewusst, warum Sie von einem „schlanken Gesetz“ gesprochen haben. Denn wenn wir uns darauf konzentrieren, was uns heute tatsächlich vorgelegt wird, dann haben wir in der Tat die Frage, die einmal in einem amerikanischen Wahlkampf so formuliert worden ist: „Where is the beef?“ Wo ist das Fleisch? Wo ist die Substanz?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die sind doch Veganer!)

Wenn man nämlich genauer hinschaut, dann sieht man: Dieses Gesetz ist vor allem – jedenfalls derzeit und ohne das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept – ein Symbolgesetz. Und dort, wo es kein Symbolgesetz ist, kann man etwa der Stellungnahme des Justizministeriums – der Justizminister ist anwesend – durchaus entnehmen, warum dieses Gesetz so schlank ist. Es stellt sich nämlich die Frage, wo das Land in diesem Bereich überhaupt eine ernsthafte Regelungskompetenz hat.

Wenn man einmal das betrachtet, was Sie als großen gesetzgeberischen Wurf in den Raum gestellt haben, dann sieht man, dass wir heute in der Tat zunächst einmal einen ziemlich schlanken Beratungsgegenstand haben. Ich denke, man sollte gerade wegen der Wichtigkeit des Themas an der richtigen Stelle darüber reden, wo die Substanz ist. Diese Substanz muss in der Tat beim integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept sein.

Übrigens hat der Klimaschutz nicht mit dieser Landesregierung begonnen, sondern Sie haben das Klimaschutzkonzept 2020PLUS – ein hervorragendes Konzept – von der Vorgängerregierung übernommen,

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück
FDP/DVP)

auf das Sie sich auch ausdrücklich berufen. Nur wäre es nach fast zwei Jahren wünschenswert, wenn wir tatsächlich einmal zu dem ganz Konkreten kämen. Sie können auch an diesem Klimaschutzkonzept 2020PLUS der vormaligen Regierung erkennen, dass die CDU im Klimaschutz immer eine große Herausforderung gesehen hat und dass uns das Thema wichtig ist. Daran hat sich nichts geändert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück
FDP/DVP)

Insofern lassen wir auch in der weiteren Beratung gern mit uns darüber reden, ob der Klimaschutz nicht ein Bereich ist, in dem man unter Umständen auch Symbole durch ein Gesetz

(Ulrich Lusche)

setzen kann und Dinge wie die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand und Ähnliches betont.

Was wir allerdings nicht mitmachen werden, ist – im Interesse des Klimaschutzes, Herr Ministerpräsident – eine Verschlimmbesserung. Deshalb komme ich wieder zu dem Thema „Justizministerium und Beurteilung dessen, was uns da vorgelegt wird“. Der Punkt ist doch schlicht der, dass die wesentlichen Teile des Klimaschutzes auf europäischer Ebene und auf Bundesebene geregelt sind. Es stellt sich die Frage: Wo haben wir überhaupt landespolitische Handlungsspielräume? Machen wir hier nicht lediglich reine Symbolpolitik?

Das ist auch keine reine Spiegelfechterei juristischer Art, sondern Ihr Umweltministerium musste auf entsprechende Hinweise vom LVI, aber insbesondere auch vom Justizministerium – das nun nicht CDU-geführt ist – reagieren. Diese Hinweise besagten, dass wir Probleme bekommen werden, wenn wir da in der Umsetzung nicht ganz sauber vorgehen. An diesem Punkt haben Sie jedoch nicht einmal die Vorschläge vonseiten des Justizministeriums aufgegriffen, sondern wollen sich auf Vollzugshilfen zurückziehen. In dem Gesetz selbst ist nicht erkennbar, wo die klare Abgrenzung verläuft. Vielmehr soll das hinterher von der Exekutive geregelt werden.

Wir sind in dem Prozess gern zur Zusammenarbeit bereit, halten eines aber für dringend notwendig: Gerade weil hier gesetzgeberisches Neuland betreten wird, kann es nicht sein, dass der Landtag eine Statistenrolle spielt und nur gelegentlich über ein Monitoring informiert wird. Wir meinen, beim Klimaschutzkonzept muss nicht nur die Öffentlichkeit, sondern muss gerade auch dieses Haus konstruktiv und auch aktiv seitens der Landesregierung einbezogen werden. Deswegen werden wir den Vorschlag unterbreiten, dass zu dem Klimaschutzgesetz und zu dem Konzept, das bisher vorliegt, der Landtag bzw. der Umweltausschuss eine Anhörung durchführt, damit wir uns einmal damit beschäftigen, wo wir wirklich einen sinnvollen Beitrag leisten können und wo wir nur Papier oder Vollzugsprobleme produzieren. Insofern können Sie auf eine aktive Teilnahme der CDU-Landtagsfraktion an der Debatte über diese Konzeption gern gespannt sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir hat das Bild, das der Ministerpräsident verwendet hat, ganz gut gefallen. Zu Beginn seiner Rede sagte er: „Heute ist ein guter Tag“, und meinte, dass er eine wichtige Aufgabe angehen kann. Das sehe ich ganz genauso. Er hat den Begriff „Grüne industrielle Revolution“ angeführt. Sie ist schon mitten in Gang, sie läuft schon. Sie geht mit der Energiewende und mit unseren Klimaschutzziele Hand in Hand.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE –
Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Bravo!)

Ich glaube, das kann man als Überschrift so gut stehen lassen.

Lieber Kollege Lusche, ich fand das, was Sie da vorgebracht haben, ehrlich gesagt, ein bisschen kleinkariert.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE –
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE zu Abg. Ulrich Lusche
CDU: Oh! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP)

Ich glaube, das muss ein gemeinsames Ziel sein, und es ist ein gemeinsames Ziel. Sie hatten sich sehr stark darauf fokussiert, zu sagen, es sei ein bisschen inhaltslos, es sei so schlank, dass darin eigentlich gar nichts Konkretes stehe,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Es verursacht Anwendungsprobleme noch und nöcher! Fragt den Justizminister!)

und wir hätten gar keine Handlungsmöglichkeiten. Ich führe gern ein Gespräch mit Ihnen und kann auch nachher ein paar Beispiele aufzeigen, wo wir sehr wohl Handlungsfelder haben, wo wir sehr genau ins Detail gegangen sind und gesagt haben: „Das sind die Maßnahmen, und da wollen wir hin.“ Wir können eine Anhörung machen, kein Thema. Machen wir die Anhörung. Dann kommen auch noch Ideen von anderer Seite. Daran soll es nicht liegen. Ich glaube, je mehr wir da gemeinsam agieren, desto eher kommen wir auch in der Sache voran.

(Beifall bei den Grünen)

Was passiert gerade? Wir machen ein Klimaschutzgesetz; wir geben dem Klimaschutz Gesetzesrang. Baden-Württemberg ist nach Nordrhein-Westfalen das zweite Bundesland, das diesen Schritt geht und verbindliche Vorgaben macht, das sagt, wohin es gehen soll, in welchen zeitlichen Schritten die Reduzierung der Treibhausgase erfolgen soll. Da sind wir mit Vorreiter, und damit wird das Land Baden-Württemberg seiner Vorbildfunktion sehr gerecht.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Stefan
Fulst-Blei SPD)

Meine Damen und Herren, beim Klimaschutz wird schon viele Jahre lang viel geredet und viel zu wenig konkret getan. Das ist eine bittere Erkenntnis, die sich nicht nur auf Deutschland und Europa erstreckt, sondern das ist eine Erkenntnis, die weltweit zutrifft.

Zuletzt hat Frau Merkel beim Petersberger Dialog noch einmal die Chancen für einen Weltklimavertrag betont. Ihr reales Handeln war leider ein anderes. Es ist im Prinzip so gewesen, dass alle geschaut haben: Was macht Frau Merkel als Klimaretterin, was macht Deutschland? Am Ende zeigte sich, dass man noch nicht einmal die Emissionszertifikate begrenzen konnte, damit diese auch wieder einen vernünftigen Preis bekommen;

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

denn sonst passiert auf diesem Markt, auf diesem Umweltfeld nämlich gar nichts.

Alles, was Braunkohlekraftwerk heißt und umweltschädlich ist, klimaschädlich ist, das läuft gerade auf Hochtouren. Alles, was modern, umweltfreundlich, klimafreundlich ist, z. B.

(Dr. Bernd Murschel)

GuD-Kraftwerke, wird gar nicht mehr gebaut; in diese wird gar nicht mehr investiert, weil es sich eigentlich nicht mehr lohnt. Dabei werden Netzsicherheit, Netzstabilität zusammen mit der Speichertechnologie ein immer größeres Schlüsselthema. All das müssen wir angehen. Das können wir aber nicht dadurch angehen, dass wir die falschen politischen Rahmenbedingungen schaffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lusche?

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Das ist schon beantwortet worden.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Ulrich Lusche CDU: „Das machen wir nachher“, hat er gesagt!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bilateral.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Deswegen finde ich: Viel reden, wenig tun, das ist etwas, was der Vergangenheit angehören muss.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist aber jetzt eine Frechheit! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben jetzt wirklich einen „Stern“, nämlich eine „Klimakanzlerin“, ein Stück weit verloren. Dafür haben wir in Baden-Württemberg einen Klimaminister, der heute leider erkrankt ist, der aber durch den Ministerpräsidenten würdig vertreten wird, der den Gesetzentwurf eingebracht hat.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Wann reden wir einmal über Baden-Württemberg?)

Wir wollen eine transparente und konsequente Umsetzung. Es stimmt, das Klimaschutzgesetz definiert diese Ziele bis 2050.

Zum Abschluss möchte ich noch auf ein paar Dinge eingehen, damit klar wird, wo wir hinkommen wollen. Die Zahlen, die da im Raum stehen, sind 50, 80, 90 bis 2050, also 50 % Energieeinsparung, 80 % erneuerbare Energien und 90 % weniger Treibhausgase. Die Zahlen sind denen ähnlich, die auf Bundesebene oder auf europäischer Ebene vorliegen. Aber wir gehen von einer ganz anderen Situation aus. Wir hatten bislang einen 50-prozentigen Anteil von Atomstrom, den wir jetzt kompensieren müssen. Wir haben also sehr ambitionierte Ziele. Aber wir werden diese Ziele auch erreichen; wir werden dahin kommen.

(Beifall bei den Grünen)

Letzter Punkt: Es geht darum, für die drei Sektoren Energie, Verkehr, Agrar – Landnutzung – ganz konkrete Maßnahmen hineinzuschreiben. Dabei geht es um Antworten auf folgende Fragen: Wie viel Sanierung wollen wir bei Landesgebäuden? Wie viel Wasserkraft wollen wir? Wie und mit welchen Zahlen soll der Netzausbau unterfüttert werden? Wie wollen wir das Erneuerbare-Wärme-Gesetz novellieren? Wie wollen wir in Zukunft Straßen ausbauen? Wie wollen wir Verkehrsinfrastruktur neu gestalten und definieren? Wie wollen wir Dauer-

grünland hinbekommen? Wie wollen wir die Senkung der Stickstoffüberschüsse hinbekommen? All das sind Bereiche, die wir regeln – wir hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Aber nicht mehr im Landtag!)

Deswegen ist das eine aktive Politik, und ich würde mich freuen, wenn wir sie gemeinsam hinbekommen und wenn wir gemeinsam in den Gesprächen noch etwas konkretisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Gruber das Wort.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße für die SPD-Fraktion das vorliegende Klimaschutzgesetz, und zwar nicht deswegen, weil ich hier sozusagen pflichtschuldig als klimaschutzpolitischer Sprecher das Gesetz per se begrüßen muss, sondern weil das Gesetz und das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept, das damit zusammenhängt, ein wichtiges politisches Signal aussenden.

Das wichtige Signal ist, dass der Klimaschutz ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen muss. Es gilt, die von uns Menschen verursachte Klimaerwärmung auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Als bekennender Schwabe erlaube ich mir – mit Erlaubnis der Präsidentin –, aus der „Badischen Zeitung“ zu zitieren.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE und Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oh!)

Die „Badische Zeitung“ bringt es auf den Punkt: Es geht darum, mehr Gewicht für den Klimaschutz zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Allerdings: Ein bisschen betrübt bin ich – wenn man den Artikel liest und einen Teil der Debatte verfolgt –, dass das Klimaschutzgesetz fast reflexhaft abgelehnt wird. Es wird attackiert, es heißt, es sei reine Symbolpolitik. Herr Glück von der FDP/DVP kanzelt das Gesetz sogar als ideologische Farce ab.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ja! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Es wäre schön, wenn Sie das nachher begründen.

Zum Vorwurf der Symbolpolitik: Wäre es nicht ein wichtiges Symbol, wenn von diesem Parlament ein klares Signal ausgeht, dass Klimaschutz ein zentrales Ziel unserer Politik sein muss? Ich denke, das wäre etwas, was alle Parteien – zumindest hier im Landtag von Baden-Württemberg – unterschreiben können sollten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich denke auch, bei diesem wichtigen Thema sollte es nicht um den kleinen und morgen schon wieder vergessenen parteitaktischen Vorteil, sondern um die Sache gehen.

(Gernot Gruber)

Lassen Sie uns sachlich um den besten Weg zum gemeinsamen Ziel, um Ideen und Konzepte für den Klimaschutz und die Energiewende ringen.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

– Ich komme gleich darauf. Vielleicht erübrigt sich dann die Zwischenfrage.

In diesem Zusammenhang habe ich auch positiv registriert, Herr Lusche, dass Sie gesagt haben: „Der Landtag soll keine Statistenrolle einnehmen.“ Ich glaube, es liegt auch an uns Abgeordneten, an den Fraktionen, mit Beispielen, mit guten Ideen dafür Sorge zu tragen, dass der Landtag und die Fraktionen keine Statisten sind, sondern mit guten Ideen aktiv zum Prozess beitragen, um konkrete Maßnahmen im integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept zu entwickeln und umzusetzen.

Noch ein Punkt zum Thema Ideologie. Ich bin einmal gespannt, was Herr Glück nachher dazu sagt. Ich denke, das Gegenteil einer platten Ideologiedebatte ist gefragt. Es sei an diesem Ort einmal daran erinnert, dass sich Ideologie ursprünglich aus den Begriffen Idee und Logik herleitete. Destutt de Tracy formulierte zu Beginn des 19. Jahrhunderts seine Elemente der Ideologie. Sein Programm mit der Freiheit – da könnten Liberale aufhorchen – als höchstem Wert war dem Diktator Napoleon suspekt. Offen gesagt, die platte Kritik von Ihnen, Herr Glück, ist mir auch suspekt.

(Zuruf von der CDU)

Zurück zum Klimaschutzgesetz, zum Gewicht des Klimaschutzgesetzes. Mit 70 t CO₂-Äquivalenten ist Baden-Württemberg für ungefähr 0,3 % des weltweiten Ausstoßes an Treibhausgasen verantwortlich. 0,3 %, das sind ungefähr drei Tausendstel – 0,3 % sind genau drei Tausendstel.

(Heiterkeit)

Aber die 0,3 % sind natürlich ein gerundeter Wert. Das scheint ziemlich wenig zu sein.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Sie können mir gern widersprechen, Frau Gurr-Hirsch. Ich kann Ihnen gern auch mein Abiturzeugnis vorlegen, wenn Sie an meiner Bildungskompetenz zweifeln.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein, nein, nicht deswegen! Wir hatten noch keine Gemeinschaftsschule! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Gruber, Herr Abg. Lusche hat die von ihm aufgeworfenen Fragen noch nicht beantwortet bekommen, möchte aber trotzdem jetzt gern eine Zwischenfrage stellen.

Abg. Gernot Gruber SPD: Gern.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Vielen Dank. – Damit wir uns an diesem Punkt – ich komme gleich zu der Frage – nicht missverstehen: Auch Symbole können Sinn machen. Aber wenn es nur Symbole sind, sollte man auch nicht den Eindruck erwecken, dass da mehr ist. Das ist zum einen wichtig.

Abg. Gernot Gruber SPD: Wo ist die Frage?

Abg. Ulrich Lusche CDU: Sind Sie, nachdem mir der Vorwurf der Kleinkariertheit gemacht worden ist – –

Abg. Gernot Gruber SPD: Von mir?

Abg. Ulrich Lusche CDU: Nicht von Ihnen. – Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass es unsere Aufgabe auch als Landtag von Baden-Württemberg ist, unseren Behörden, unseren Bürgern und unserer Wirtschaft ein Gesetz zu präsentieren, das in der Anwendung keine größeren Probleme verursacht, als wenn es das nicht gäbe? Wir sind da als Gesetzgeber schon in der Pflicht, sauber zu arbeiten. Das hat nichts mit Kleinkariertheit zu tun, sondern einfach nur mit einer sauberen Arbeit auf dem Feld, für das wir zuständig sind.

Abg. Gernot Gruber SPD: Ich hatte von Ihnen noch nie den Eindruck, dass Sie kleinkariert sind. Ich würde das, selbst wenn ich so denken würde, glaube ich, auch nie sagen.

(Heiterkeit)

Was das Thema „Rechtliche Indikation“ anbelangt, so bin ich kein Jurist. Deshalb tue ich mich schwer, diese Frage rechtlich sauber zu beantworten. Ich möchte jedoch einmal mit Helmut Kohl antworten: „Entscheidend ist, was am Ende des Tages hinten herauskommt.“

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Stimmt!)

Ob es im Gesetz oder im integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept steht, spielt keine so große Rolle. Ich würde das favorisieren, was uns in der Sache weiterbringt. Das wäre für mich der entscheidende Punkt.

Zurück zu meiner Argumentation: Wir waren bei einem weltweiten CO₂-Ausstoß von drei Tausendsteln stehen geblieben. Vergleicht man die Bevölkerungszahl von Baden-Württemberg, rund zehn Millionen Menschen, mit der Weltbevölkerung von rund sieben Milliarden Menschen, so sieht man: Das entspricht grob einem Tausendstel. Das bedeutet, wir belasten die CO₂-Bilanz ungefähr dreimal so stark, wie es unserem Bevölkerungsanteil entsprechen würde.

Der Herr Ministerpräsident hat ja bereits von der Weltgerechtigkeit gesprochen. Wir sehen hier, dass wir einen deutlich höheren Belastungsbeitrag liefern. Ich denke, das ist Grund genug, sich für die drei wichtigsten Klimaschutzziele einzusetzen: Energie sparen, Energie effizienter nutzen und die regenerativen Energien fördern.

Ich knüpfe jetzt an Frau Engeser an, die uns einmal empfohlen hat, zur Verbesserung unserer eigenen Gesundheit bzw. der Volksgesundheit hier im Haus die Treppen zu benutzen, und möchte demjenigen, der heute noch einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz leisten möchte, die Empfehlung mitgeben, im Abgeordnetenbüro den Boiler auszuschalten, heute Abend den PC herunterzufahren und das Licht auszuschalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute die erste Lesung des Klimaschutzgesetzes. Schaut man sich ausschließlich dieses Gesetz an, sieht man nichts Konkretes. Es könnte der Eindruck entstehen, es handle sich um ein Symbolgesetz, gewissermaßen um einen zahnlosen Tiger. Bei dieser Sichtweise kann man es jedoch nicht belassen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die Tiger sind am Aussterben!)

– Dazu möchte ich später noch etwas sagen. – Zunächst einmal ist ein zahnloser Tiger auch ein Tier, gegenüber dem ich Respekt zeigen muss. Er kann nämlich trotzdem gefährlich werden. Dazu sage ich Ihnen nachher noch mehr.

Zu dem geplanten Gesetz: Bisher war unstrittig – ich meine, es muss noch keine Unruhe entstehen; Sie werden nachher Anlass dazu haben –, dass der zentrale Bestandteil eines solchen Gesetzes die Vorgabe eines Treibhausgasminderungsziels für Baden-Württemberg ist. Wir sind uns darüber einig, dass es zunächst einmal sehr ambitioniert ist, dass wir hier in Baden-Württemberg offensichtlich mehr von unserer Bevölkerung abverlangen, als das andere Bundesländer tun.

Gestolpert bin ich aber vor allem über § 5 des Gesetzentwurfs. Dort wird klargestellt, dass auch geringe Beiträge mit Blick auf das ambitionierte Gesamtziel nicht an Bedeutung verlieren, sondern in ihrer Bedeutung sogar gestärkt werden. Ist das wirklich Ihr Ernst? Wollen Sie tatsächlich, dass Beiträge zum Klimaschutz geleistet werden, die möglicherweise nur eine minimale oder vielleicht sogar überhaupt keine Auswirkung haben? Wer bestimmt denn eigentlich, ob eine Maßnahme in minimalem Umfang eine Verbesserung herbeiführt oder ob es diese Verbesserung nicht gibt?

Irgendwo muss es doch ein Pro und ein Kontra geben. Es muss abgewogen werden, was sinnvoll und was nicht sinnvoll ist. Man muss doch die Rationalität einer Maßnahme hinterfragen und darf sie nur dann durchführen müssen, wenn sie auch wirklich rational ist.

Wollen Sie tatsächlich – so, wie es im Gesetzentwurf steht; so verstehe ich es zumindest –, dass eine solche Maßnahme unabhängig vom Ausmaß des Beitrags und der Höhe der Kosten umgesetzt wird? Herr Gruber, genau an diesem Punkt sage ich Ihnen: Hier geht es nicht um rationales Regieren, sondern um pure Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Haben Sie Änderungsvorschläge? Wir freuen uns auf Änderungsvorschläge!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei § 7, bei der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, stelle ich die Frage nach den Kosten für die Haushalte. Ich habe nichts gegen eine Vorbildfunktion. Auch hier haben wir jedoch von den Kosten leider keine Vorstellung. Sie äußern sich hierzu nicht.

Bei § 8, der allgemeinen Verpflichtung zum Klimaschutz, handelt es sich um eine Sollformulierung. Ich stelle schon die Frage: Was machen Sie eigentlich, wenn jemand sagt: „Der Klimaschutz ist mir egal. Da will ich nicht mitmachen. Ich glaube nicht an die schädliche Wirkung von Treibhausgasen.“? Was machen Sie denn mit so jemandem, der sich weigert? Ent-

weder Sie machen nichts und der Tiger landet als Bettvorleger, oder der eigentlich zahnlose Tiger springt, aber landet nicht als Bettvorleger, weil Sie vorher noch zum Zahnarzt gehen und ihm Zähne einsetzen lassen. Genau das tun Sie mit dem integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept. Die konkreten Maßnahmen werden im IEKK verordnet.

Herr Gruber, es ist wunderschön, dass Sie das IEKK hier loben. Aber wir wissen nicht, wie es aussehen wird. Insofern erwarten Sie jetzt von uns die Zustimmung zu einem Gesetz, das Sie gewissermaßen erst im Anschluss mit dem IEKK, das wir aber jetzt noch nicht kennen, scharf machen. Eine Zustimmung hierzu können Sie von uns nicht erwarten. Das geht einfach nicht.

Ein bisschen erinnert das auch daran, wie Hänsel und Gretel im Wald von der bösen Hexe Franziska ins Hexenhäuschen gelockt werden – und wenn sie drin sind, dann werden die Folterinstrumente ausgepackt.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: „Folter“!)

Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie haben es vorhin selbst gesagt: Es ist ein schlankes Gesetz, das nachher mit dem IEKK ganz konkret wird. Diese Ankündigung, dass es ganz konkret wird, verstehe ich tatsächlich als Drohung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Hinweis, dass das IEKK unter breiter Bürgerbeteiligung entwickelt wurde, ist ein schlechter Witz.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Da sind ein paar Tausend Leute auf die Homepage des Ministeriums gegangen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aus der Szene!)

Bis Januar haben gerade einmal 1 150 Besucher dieser Homepage zwei und mehr Maßnahmen bearbeitet. Gerade einmal 850 Menschen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aus der Szene!)

haben einen kompletten Sektor oder mehr bearbeitet. Jetzt wird hier so getan, als sei das repräsentativ.

Erlauben Sie mir die Anmerkung: Das Ganze kennen wir schon von vielen Themen her. Egal, ob Gemeinschaftsschule, Filderbahnhof, Polizeireform oder – jetzt aktuell – Nationalpark: Sie hören nur diejenigen, die Sie hören wollen, und Sie hören nur das, was Sie hören wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die nächste Anmerkung: Wenn Frau Erler in diesem Zusammenhang sagt: „Bürgerbeteiligung heißt, Prozesse mitzugestalten, nicht, sie zu entscheiden“, dann bedeutet das doch letztlich nichts anderes als: „Wir machen ohnehin das, was wir wollen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Sehr richtig!)

(Andreas Glück)

und wenn du das auch willst, dann darfst du in Detailfragen mitreden.“

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Pseudobefragung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind mit der schwarz-gelben Bundesregierung auf einem guten Weg, die formulierten Ziele zu erreichen – ohne Klimaschutzgesetz.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Wenn Sie ernsthaft etwas zum Klimaschutz hätten beitragen wollen, dann hätten Sie der steuerlichen Abschreibbarkeit der energetischen Gebäudesanierung zustimmen müssen.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Das hätte etwas gebracht!)

Denn eines ist klar: Klimaschutz verträgt keine Kleinstaaterei. Da müssen Sie wirklich

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Klotzen!)

die Bundesregierung voll unterstützen, damit man dieses wichtige Thema auf das europäische Parkett bringen kann.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das machen wir ja!)

Das Einzige, was Sie da tun, ist Blockieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! – Glocke der Präsidentin)

Meine sehr geehrten Damen und Herren – ich komme zum Ende; ich habe die Glocke gehört –, mit dieser einzigen Maßnahme hätten Sie mehr erreicht als mit diesem ganzen Zirkus, den Sie hier veranstalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Wenn Sie jetzt um Zustimmung zu dieser Showveranstaltung bitten, dann sagen wir ganz klar Nein. Überhaupt stellt sich die Frage: Wollen Sie eigentlich mittlerweile mehr die Show und den politischen Profit, oder wollen Sie tatsächlich Klimaschutz?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/3465 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende – Drucksache 15/2688

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bleiben dran beim Thema Energiewende. Wir haben gerade eben über das Klimaschutzgesetz und über das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept, kurz IEKK, geredet. Jetzt geht es um Teile daraus.

Zentraler Punkt der Energiewende ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Diesen wollen wir, damit wir die Energie, die wir brauchen und die wir nicht einsparen können, CO₂-frei oder zumindest CO₂-arm produzieren. Aber das andere, was natürlich auch zentral ist und die zweite Seite derselben Medaille darstellt, ist, dass wir ein Stromnetz brauchen, durch das wir Stromproduktion und Stromverbrauch zu jedem Zeitpunkt zueinander bringen. Das ist gerade in Zeiten der Energiewende mit einer weitaus größeren Einspeisung von fluktuierenden Energien wie Windkraft und Fotovoltaik ein zentrales Thema.

Wir haben hier im Landtag von Baden-Württemberg über alle Fraktionsgrenzen hinweg schon über Möglichkeiten in diesem Bereich diskutiert. Ich nenne als Beispiele Stromspeicher, Pumpspeicherkraftwerke, Redox-Flow-Batterie, Power-to-Gas. Das Thema Lastmanagement ist in den letzten Wochen erfreulicherweise sehr aktiv von der Landesregierung aufgegriffen worden, auch mit einer gemeinsamen Studie, die zusammen mit dem Land Bayern in Auftrag gegeben wurde und die uns gezeigt hat, dass wir Potenzial von 1 GW haben, Last in Zeiten zu verschieben, in denen wir Engpässe haben. Das andere Thema, das wir in der Vergangenheit auch diskutiert haben und das wir morgen beim Thema Kraft-Wärme-Kopplung nochmals intensiv aktiv debattieren werden, ist das Thema „Zubau flexibler, steuerbarer Kraftwerke“, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Eine weitere Frage, der wir uns aber natürlich auch stellen müssen, ist: Was machen wir mit dem bestehenden Kraftwerkspark, der uns noch einige Jahre, möglicherweise auch Jahrzehnte, erhalten bleiben wird? Wir können froh sein – das sage ich auch einmal ganz eindeutig –, dass wir so viel an Fotovoltaik in der Spitzenstunde im Netz haben, dass wir dadurch deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien produzieren und weniger an Kohlestrom. Das ist ein gutes Zeichen und auch ein Erfolg der Energiewende, bringt aber auf der anderen Seite bei dem Thema Wirtschaftlichkeit auch Fragen mit sich.

Erfreulich ist, dass wir aus der Kernenergie aussteigen und sich damit die Frage „Wie gehen wir in Zukunft mit Kernkraftwerken um?“ nicht mehr stellen wird. Wir haben leider die Situation, dass wir aus der Kernenergie und aus der Koh-

(Johannes Stober)

le nicht gleichzeitig aussteigen können. Deswegen werden wir Kohlekraftwerke auch in den nächsten Jahren noch haben. Daher ist es auch wichtig – darum geht es uns mit dem Antrag im Kern –, dass wir sie technisch aufrüsten, dass wir sie flexibler einsetzen können, dass wir sie auf einer kleineren Mindestlast von z. B. nur noch 10 % der Maximallast fahren können, um an dieser Stelle weniger CO₂ produzieren zu müssen, und damit gleichzeitig in den Stunden, in denen sich die Kohle am Markt für die Unternehmen nicht rechnet, weniger Strom produziert werden muss.

Das trägt auch einen Teil zur Wirtschaftlichkeit bei – in dem Wissen um die im Augenblick bestehende Schwierigkeit dieses Umfelds und mit Blick auf die Tatsache, dass einige in die Kaltreserve gehen müssen, weil sie sich finanziell nicht mehr tragen, und auch in dem Wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir an dem neu gebauten Rheinhafendampfkraftwerk in Karlsruhe, dem RDK 8, das uns mittelbar über die EnBW gehört, wirtschaftlich nur begrenzt Freude haben werden. Dies liegt am Erfolg der erneuerbaren Energien, der eben auf der anderen Seite für die traditionellen Energieträger auch entsprechende Probleme mit sich bringt. Das Umweltministerium diskutiert jedoch gerade sehr aktiv über das Thema Kapazitätsmärkte; auf Bundesebene wurden entsprechende Initiativen eingebracht, und die hierzu ergangenen Bundesratsbeschlüsse sind geeignet, dieses Thema voranzubringen.

Positiv ist, dass in Baden-Württemberg bei den zwei zentralen Unternehmen, EnBW und GKM in Mannheim, die in Rede stehenden Kraftwerke modernisiert worden sind. Positiv ist, dass wir weniger Mindestlast haben, einen stärkeren Lastgradienten, um diese Kraftwerke schneller hochfahren zu können. Positiv ist auch die Maßnahme, die in Mannheim getroffen wurde, nämlich der Einbau eines Fernwärmespeichers, der dafür sorgt, dass man dann auch wirklich die Wärmeversorgung über eine gewisse Zeit hinweg gesichert hat, auch in Zeiten, in denen der Kraftwerksblock nur auf Mindestlast fährt.

Ich möchte aber mit Blick auf die Überschrift eines Artikels im „Spiegel“ vom 2. September 2012 – „Comeback für die Kohle“ – eines klarstellen: Um ein Comeback geht es uns nicht. Wir bauen noch zwei Meiler in Baden-Württemberg; das sind die letzten. Wir müssen alles tun – das hat der Kollege Murschel vorhin zu Recht angesprochen –, dass wir insbesondere die CO₂-freundlicheren Gaskraftwerke im Markt besserstellen als Braunkohle- oder Steinkohlekraftwerke.

Deswegen war es auch ein so fatales Zeichen – es geht dabei nicht nur um Symbolpolitik, sondern um einen wirklichen Schaden für den Klimaschutz –, das das Europäische Parlament mit seiner Entscheidung zum Thema Emissionshandel gesetzt hat. Der Emissionshandel wirkt heute praktisch nicht mehr. Wir brauchen einen funktionierenden Emissionshandel, um erneuerbare Energien, aber auch die fossilen Energieträger mit geringerem CO₂-Ausstoß am Markt zu stärken.

Bei allen Auseinandersetzungen, die wir in anderen Feldern mit Herrn Altmaier führen, bin ich doch froh, dass er zu diesem Thema steht. Er versucht, auf der europäischen Ebene etwas zu erreichen; leider muss er hierzu zunächst einmal auf der Ebene der Bundesregierung aktiv werden. Die FDP sieht dies, wie es auch in der vorangegangenen Debatte wieder zum Ausdruck kam, leider etwas anders; sie spielt sich dabei als Bremser auf. Ich finde das sehr bedauerlich, aber ich hoffe,

dass wir uns, wenn es um die Frage der Flexibilisierung des Einsatzes von Kohlekraftwerken geht, bewusst sind, dass wir da etwas tun müssen.

Es wird auch etwas getan; das ist positiv. Wir dürfen dieses Thema jedoch nicht missbrauchen, um eine weitere Debatte mit dem Ziel zu führen, den Einsatz von Kohle auszuweiten. Vielmehr müssen wir die Anlagen technisch optimieren und müssen mittelfristig aus der Kohle aussteigen, so, wie wir derzeit auch aus der Kernenergie aussteigen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der im Konsens getroffenen Entscheidung, bis 2022 aus der Kernenergie auszusteigen und den Ausbau der erneuerbaren Energien schnell und zügig voranzubringen, kommen auf die Kohlekraftwerke zwei wesentliche Aufgaben zu. Erstens: Die Kohlekraftwerke sind nun zu einer Brückentechnologie geworden. Zweitens: Sie sind auch für die Versorgungssicherheit unserer Volkswirtschaft der entscheidende Baustein.

Wer Versorgungssicherheit will, darf die Kohlekraft nicht verdammen. Die CDU-Fraktion hat deshalb die hochmodernen Kohlekraftwerke sowohl in Karlsruhe – RDK 8 – als auch in Mannheim – GKM 9 – immer unterstützt. Bei den Grünen war dies vor Ort übrigens nicht so.

Wir stehen auch zu den anderen baden-württembergischen Standorten in Heilbronn, Altbach und Weilheim.

Klar ist auch, dass mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien neue Schwierigkeiten bezüglich der Versorgungssicherheit in unserem Land entstehen werden. Wir stehen bei dieser Entwicklung nicht am Ende, sondern ganz am Anfang. Die eigentlichen Herausforderungen, was die Versorgungssicherheit anbelangt, werden in den Jahren 2015 und 2016 erst noch auf uns zukommen.

Denn die erneuerbaren Energien verdrängen die konventionellen Kraftwerke zunehmend aus dem Markt. Kollege Stober hat darauf hingewiesen: Die Auslastung der Kraftwerke nimmt ab, die Fixkosten bleiben aber bestehen. Die wirtschaftliche Realität, auch für die EnBW, ist deshalb bitter. Der Neubau fossiler Kraftwerke sowie die Erhaltung des Bestands lohnen sich nicht mehr. Das gilt auch für Gaskraftwerke und für Wasserkraftanlagen.

Deshalb meinen wir im Gegensatz zu den Grünen, dass wir beim EEG eine Marktintegration der erneuerbaren Energien brauchen, dass wir eine Nachfrageorientierung brauchen. Dazu gehört auch, dass wir den Einspeisevorrang von 100 % Schritt für Schritt, sukzessive abbauen.

Meine Damen und Herren, im Grunde ist es doch ein planwirtschaftlicher Irrsinn, wenn man bei der wichtigsten Komponente der Energiewende, nämlich bei den erneuerbaren Energien, überhaupt nicht auf den Markt achten muss. „Pro-

(Paul Nemeth)

duziere und kassiere“, egal, ob wirtschaftlich, volkswirtschaftlich sinnvoll oder nicht – wenn man an diesem Motto festhält, meine Damen und Herren, wird die Energiewende nicht gelingen. Das aber kann nicht im Interesse unseres Landes sein.

(Beifall bei der CDU)

Damit kannibalisiert sich das EEG übrigens selbst. Wenn wir die Dinge so laufen lassen würden, bekämen wir zunehmend ein Problem mit der Versorgungssicherheit in unserem Land.

Herr Minister Untersteller, der heute erkrankt ist und deswegen nicht zu dem Thema sprechen kann – ich hoffe, er hat Zeit, die Debatte zu Hause trotz Krankheit zu verfolgen –, kann nicht eingreifen. Insofern ist das eine schwierige Sache für ihn. Wir aber haben den Vorteil, heute auf seine Eitelkeiten nicht Rücksicht nehmen zu müssen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Insofern kann ich einmal sagen: Die grün-rote Landesregierung setzt auf die sogenannten Kapazitätsmärkte. Das bedeutet, dass die Politik eine Prämie für die Bereitstellung von Leistung subventioniert. Dabei gibt es zwei Probleme. Entweder ist die Prämie zu niedrig, dann gibt es keine neuen Kapazitäten, niemand baut, oder die Prämie ist zu hoch, dann entstehen Überkapazitäten. Beides ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll.

Deshalb meinen wir, dass die sogenannten Kapazitätsmärkte mit dem Thema Markt überhaupt nichts zu tun haben. Das sind Systemfehler, die durch die planwirtschaftliche Subventionierung der erneuerbaren Energien durch das EEG geschaffen worden sind.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Sie – hauptsächlich die Grünen – wollen dies durch ein weiteres planwirtschaftliches Subventionierungssystem kompensieren. Am Ende steht „VEB Energie“. Von uns will das niemand.

(Zurufe)

Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb ein an der sozialen Marktwirtschaft orientiertes Modell, z. B. einen Leistungsmarkt, in dem die Preisbildung durch Wettbewerb entsteht.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ah!)

Gleichzeitig fordern wir eine schnelle Einführung – Herr Stober hat auch darauf hingewiesen – von Smart-Grid- und Smart-Metering-Systemen. Nur so kann eine Flexibilisierung auf der Nachfrageseite möglich werden.

Wir fordern schließlich einen europäischen Ansatz bei der Energiewende. Den sollten wir als Baden-Württemberger und Deutsche nicht aus dem Auge verlieren. Wir können das Klima nicht allein retten. Deutschland sollte sich deshalb nicht als eine Insel betrachten. Wir leben im Herzen Europas. Deswegen sollten wir mit unseren europäischen Nachbarn gemeinsam vorangehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD meldet sich.)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Die Redezeit ist leider schon zu Ende.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ich habe vorhin schon meine Hand gestreckt!)

– Wenn Sie vorhin schon Ihre Hand gestreckt haben, erteile ich Ihnen das Wort zu einer Zwischenfrage, vorausgesetzt, Herr Kollege Nemeth ist einverstanden.

Abg. Paul Nemeth CDU: Gern.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege, ich habe eine ganz kurze Zwischenfrage zur europäischen Energiepolitik. Was meinen Sie damit? Sollen wir uns den anderen europäischen Ländern anpassen oder sie sich uns? Oder gibt es eine andere Lösung als diese beiden? Was genau meinen Sie mit europäischer Energiepolitik?

Abg. Paul Nemeth CDU: Die Energiewende haben wir alle wegen der Notwendigkeit des Klimaschutzes begonnen. Baden-Württemberg verbraucht fast 0,2 % des Weltenergiebedarfs. Deswegen, Herr Kollege Winkler, weise ich darauf hin: Wenn wir uns wirklich um den Klimaschutz kümmern wollen, brauchen wir auch eine europäische Architektur für die erneuerbaren Energien. Es ist klüger, das ganze Thema Klima nicht nur nationalstaatlich zu betrachten, sondern mindestens europaweit. Wer das Klima retten will, sollte nicht nur auf seine eigenen Füße, auf 0,2 %, schauen, sondern den Gesamtblick wahren. Das sage ich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde die Stellungnahme, die uns das Ministerium vorgelegt hat, sehr gut gelungen, nämlich in der Hinsicht, dass tatsächlich einmal auf das Thema eingegangen worden ist, dass wir beim Wirkungsgrad eines Kohlekraftwerks – auch der modernsten Art – bei 46 % liegen. Sie können sich vorstellen, dass das keine Technologie sein kann, an der man länger festhalten und die man weiter vorantreiben muss und weiter vorantreiben sollte. Deswegen haben wir damals aus Mannheimer Sicht – dies wurde vorhin angesprochen – gegen diesen Block 9 ein Veto eingelegt. Wir haben gesagt, das ist einfach zu groß. Wenn Sie sich heute einmal die Energieseite anschauen, stellen Sie fest, dass die Energieerzeuger eigentlich sehr froh darüber sind, dass die damals geplanten 20 Kohlekraftwerke in Deutschland nicht gebaut worden sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen, muss ich sagen, ist es natürlich wichtig, auch auf die Stellungnahme einzugehen. Denn gerade das schnelle An- und Abschalten von Kohlekraftwerken – das wird in dieser Stellungnahme auch deutlich – führt zu Materialermüdung, die die Lebenszeit eines Kohlekraftwerks nochmals verringert. Das ist auch im Hinblick auf Investitionen wichtig. Wenn Sie in ein Kohlekraftwerk investiert haben und merken, dass es bereits nach der Hälfte der Zeit kaputt ist, erzielen Sie keine ausreichend hohe Rendite. Deswegen werden auch in Deutschland keine Kohlekraftwerke mehr gebaut, weil die er-

(Wolfgang Raufelder)

forderliche Rendite, der Gewinn, der herausgeholt werden kann, überhaupt nicht mehr zu erwirtschaften ist. Das sagt Ihnen jeder Fachmann. Jedes Energieunternehmen sagt Ihnen das.

Deshalb wäre es besser gewesen, auf Gaskraftwerke zu setzen. Das wird in der Stellungnahme ebenfalls deutlich gemacht. Denn Gaskraftwerke können viel flexibler auf einen veränderten Energiebedarf reagieren, sie können viel einfacher als Kohlekraftwerke hoch- und heruntergefahren werden.

Deshalb war es natürlich fatal – das wurde schon ein paar Mal angesprochen –, dass der Emissionshandel im Europäischen Parlament gescheitert ist. Die Verringerung des Emissionshandels führt sogar dazu, dass es in Deutschland einen Anstieg der CO₂-Emissionen gibt. Das ist fatal. Das kommt auch daher, dass immer noch Braunkohlekraftwerke in Betrieb sind.

Deshalb ist es ganz wichtig – das wird in der Stellungnahme auch deutlich herausgearbeitet –, aus der Kohle auszusteigen. Zuerst müssen die alten Blöcke, die einen Wirkungsgrad von nur 30 % haben – auch das steht ganz deutlich in der Stellungnahme –, abgeschaltet werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen müssen wir Wert darauf legen, dass die Kohle durch den Emissionshandel nicht wieder in die Situation kommt, zur Erzeugung von Strom, der übrigens exportiert wird – – Das steht auch in der Stellungnahme: Der Strom kommt nicht uns zugute, sondern er wird exportiert und kommt damit den Energieunternehmen zugute. Wenn Sie sich heute an der Leipziger Energiebörse einmal anschauen, wie sich der Strompreis entwickelt hat, sehen Sie: Er hat sich halbiert. Was ist beim Verbraucher angekommen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben diese Börse gar nicht kapiert! – Unruhe)

– Aber Sie, Herr Zimmermann, haben sie kapiert. Sie fragen nämlich immer wieder: „Warum wird der Strom nicht billiger?“

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Alles klar, aber dann lesen Sie vielleicht vorher noch einmal die Vorlage.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Kommen Sie zu mir, ich erkläre es Ihnen! Das spielt an der Börse keine Rolle!)

– Okay, alles klar. Das ist ja das Bedauerliche an der Sache.

Jedenfalls muss man eines erkennen – das ist das Wichtige –: Kohlekraftwerke haben für die Energiewende keine Zukunft. Wir müssen vielmehr rasch auf den Ausbau der erneuerbaren Energien setzen. Das hat die Landesregierung erkannt, und deshalb setzen wir auf Wind und Solar. Der Windenergieerlass – Sie haben das Landesplanungsgesetz erwähnt – geht in die richtige Richtung. Das sollte man auch so weiterverfolgen. Denn nur durch die erneuerbaren Energien ist tatsächlich die Möglichkeit gegeben, den CO₂-Ausstoß zurückzufahren.

Zu reduzieren sind aber auch die Importe. Auch das muss man ansprechen; es steht ebenfalls in der Stellungnahme, dass Kohle aus China bzw. aus Australien zum Einsatz kommt. Sie können sich vorstellen, dass dies auch hinsichtlich der Energiebilanz sowie hinsichtlich Nachhaltigkeit und Klimaschutz eine Situation ist, die man hier erörtern muss. Man kann sich nicht auf das Argument beschränken, ein Kohlekraftwerk sei deswegen günstiger, weil der Energieträger vielleicht billiger ist; vielmehr muss man in einer solchen Diskussion auch berücksichtigen, wo die Kohle herkommt und wie die Abbaubedingungen dort sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen fühlen wir uns darin bestärkt, dass wir damals gesagt haben: Kohle ist keine Alternative. Das gilt auch für die 20 ursprünglich geplanten Kohlekraftwerke. Der Einsatz von Kohle ist heute nur sozusagen in der Spitzentechnologie möglich. Das sind die neuen Blöcke, die man in diese Technologie noch integrieren sollte. Aber das ist auch dort sehr schwierig. Das sieht man auch beim Fernwärmespeicher in Mannheim. Auch dort ist nicht klar, wie die Betriebsstunden mit diesem Fernwärmespeicher abgearbeitet werden, weil es für den Strom mehr Geld geben soll und nicht für die Fernwärmeauskopplung.

Aber richtig ist – das ist, denke ich, auch wichtig –, dass wir die Fernwärmeauskopplung an Kraftwerken – an Kohlekraftwerken, aber auch an Gaskraftwerken – weiter vorantreiben, weil es wichtig ist, nicht nur Strom zu erzeugen, sondern auch Wärme. Denn die effiziente Wärmenutzung ist für den Klimaschutz eine ganz wichtige Voraussetzung.

Deswegen hoffe ich, dass die Opposition auf diese Vorlage richtig reagiert. Die Zwischenrufe zeigen, dass sich deren Vertreter in diese Sache noch weiter einlesen sollten. Dann sollte man richtig und im Sinne des Fortschritts entscheiden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Antrag der Fraktion der SPD als solchen halte ich für in Ordnung. Mit ihm wurde ein Aspekt eines komplexen Sachverhalts abgefragt. Aber warum dieser Antrag den Weg ins Plenum gefunden hat, ist mir eigentlich nicht klar, und zwar aus folgendem Grund: Die Stellungnahme zu diesem Antrag beschreibt eigentlich nur einen gewissen Zustand, zeigt aber keineswegs auf, in welche Richtung es gehen soll.

Die Stellungnahme zu diesem Antrag gehört für mich wieder einmal in die Kategorie „Viele Worte, keine Taten“. Sie zeigen keinen einzigen Weg auf, bis auf eine einzige Ausnahme. In der Stellungnahme schreiben Sie, dass Sie in Zukunft Steinkohlekraftwerke generell ablehnen werden.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Und Braunkohlekraftwerke!)

– Ja, und Steinkohlekraftwerke, beides.

(Andreas Glück)

Es sieht so aus, dass man, wenn der Markt tatsächlich so reagieren wird, wie Sie sagen, in Zukunft diese Kraftwerke eben tatsächlich öfter abschaltet. Dann sind ohnehin die Gaskraftwerke überlegen; das ist so. Ich stelle aber die Frage: Was passiert denn, wenn das einmal nicht so ist, wenn der Markt anders reagiert, wenn z. B. die Gaspreise steigen? Sie sind auch für ein generelles Fracking-Verbot, was ein Beitrag zu einer Gaspreissteigerung sein kann.

Zudem stelle ich die Frage: Werden Sie das aufrechterhalten, werden Sie dann tatsächlich sagen: „Nein, hier dürfen nur noch Gaskraftwerke gebaut werden“? Wollen Sie denn wirklich so in den Markt eingreifen? Das würde ich für falsch halten. Das sehen wir auch als Planwirtschaft an.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gibt es überhaupt Firmen, die das bauen wollen?)

Immer dann, wenn es um Kapazitäten geht, kommt immer reflexartig Ihre Antwort: Kapazitätsmarkt. Man muss für die Bereitstellung einer Kapazität bezahlen. An diesem Punkt gebe ich Ihnen vielleicht recht. Aber da würde ich nicht diejenigen belasten, die ohnehin schon eine hohe Belastung zu tragen haben, weil sie Strom verbrauchen und deshalb viel an EEG-Umlage bezahlen.

Wir müssen doch diejenigen, die sich quasi zu 90 % mit Strom aus Anlagen, die sich auf dem Dach ihres eigenen Hauses befinden, autark versorgen, dafür belasten, dass sie auch in dem Fall, dass der selbst erzeugte Strom nicht ausreicht, selbstverständlich auf das öffentliche System zurückgreifen können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist ganz selten der Fall! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor allem nachts!)

Zur Beteiligung derjenigen, die sonst ihren selbst erzeugten Strom verbrauchen, aber, wenn es erforderlich ist, auch Strom aus dem öffentlichen Netz beziehen können, brauchen wir einen Ökosoli. Genau dafür, dass die Kapazität zur Verfügung gestellt wird, bezahlen die Menschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen nicht nur den Ökosoli, sondern wir brauchen des Weiteren auch eine Absenkung der Besteuerung von Strom. Ich habe Ihnen das vor Kurzem in einer Rede anhand eines – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Abg. Johannes Stober SPD: Nein! Ich will nachher noch einmal reden! Lassen wir ihn ausreden!)

Sprechen Sie weiter, Herr Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wir brauchen auch eine Absenkung der Besteuerung von Strom. Es kann doch nicht sein, dass in Zeiten der Energiewende, in Zeiten, in denen die Verbraucher, die Wirtschaft und das Gewerbe unter den Strompreisen leiden, der eigentliche Gewinner der Fiskus ist. Das kann doch bitte nicht wahr sein. Wir brauchen die Absenkung der Besteuerung von Strom.

Darüber hinaus brauchen wir einen radikalen Umbau des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Mit „radikalem Umbau“ meine ich zunächst einmal ein Stutzen der Vergütung und des Volumens auf Normalmaß.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Was heißt das?)

Das andere ist: Der Einspeisevorrang muss – das wurde vorhin bereits erwähnt – sukzessive abgebaut werden. Es kann doch überhaupt gar nicht sein – –

Stellen Sie es sich einmal wie den Einkauf beim Bäcker vor.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Was?)

Beim Bäcker kaufe ich Brötchen. Aber im Hinblick auf den Bezug von Strom ist es nicht so, wie wenn ich zum Bäcker gehe, die Brötchen kaufe und der Bäcker dafür das Geld bekommt, sondern es ist so, wie wenn ich einen Vertrag mit dem Bäcker schließe, in dem ich mit ihm vereinbare: „Lieber Bäcker, du kannst mir jederzeit Brötchen bringen, egal, zu welcher Tages- und Nachtzeit“, und dann bringt er sie und bekommt jedes Mal dafür Geld. Sogar wenn ich einmal keinen Hunger habe, weil ich satt bin, und die Brötchen nicht einmal essen möchte, muss ich sie trotzdem bezahlen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Die kann man doch einfrieren! – Vereinzelt Heiterkeit)

Sie würden doch in Ihrem Haushalt niemals einen solchen Vertrag abschließen.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Deswegen brauchen wir den Emissionshandel!)

Genau das bedeutet dieser Einspeisevorrang für die erneuerbaren Energien. Ich kann da nur sagen: Wenn Sie mit Ihrer Blockadepolitik im Bundesrat nicht aufhören, dann wird sich das EEG als nicht geeignetes Mittel für die Energiewende zeigen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Dann müssen wir andere, und zwar ganz radikale Wege gehen. Dann wird es in Richtung Quote gehen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was sagt der Bäcker dazu?)

Erliegen Sie nicht der Versuchung, im Bundesrat einfach nur jedes Mal den radikalen Umbau des EEG zu verhindern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Verweigerungspartei!)

Denn wir brauchen in Zukunft Strom, der nicht nur umweltfreundlich ist, sondern eben auch günstig und vor allem sicher.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für den erkrankten Minister Untersteller spricht Frau Ministerin Krebs.

(Abg. Walter Heiler SPD: Sie kommt vom Bäcker!)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! In Vertretung meines Kollegen stelle ich nun die Regierungssicht dar. Vorab möchte ich aber noch ein paar eigene Punkte bringen, um Gesagtes aufzugreifen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Abg. Glück, wenn Sie vorhaben, sich in absehbarer Zeit nur noch von Brötchen zu ernähren, dann ergibt es wenig Sinn, mit dem Bäcker ein Geschäft einzugehen und zu sagen: „Im Moment komme ich immer, wenn ich Lust habe, vorbei, und kaufe dir ein Brötchen ab. Mehr Sicherheit gebe ich dir nicht, aber ich erwarte, dass du in drei Jahren so viele Brötchen produzierst, dass ich und andere nur noch von Brötchen leben können.“ Wenn wir jetzt, mitten in der Energiewende, beschließen: „Bei den erneuerbaren Energien sind wir gerade satt, da brauchen wir nicht mehr“, dann werden wir dies leider nicht zu Ende entwickeln können. Denken Sie einmal über Ihr Bild nach.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Von Ihrer Seite kommt immer wieder die Forderung – Sie, Herr Nemeth, haben es gebracht, Sie, Herr Zimmermann, haben es gebracht –, man müsste die erneuerbaren Energien mehr am Markt ausrichten. Das ist richtig. Nur: Wenn Sie einen Markt haben, der von einer Strombörse geprägt ist, die nur Grenzkosten abbildet, dann werden Sie an diesem Markt keine erneuerbaren Energien ausrichten können, weil sie praktisch keine Grenzkosten haben.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Deswegen muss man das ganze Marktdesign überdenken und kann nicht einfach sagen: „Die erneuerbaren Energien müssen sich jetzt diesem Markt anpassen.“ Denn diesem Markt werden sie sich nicht anpassen können. Übrigens besteht inzwischen schon bei den konventionellen Kraftwerken das Problem, dass ihre Kosten über die Grenzkostensteuerung der Strombörse nicht mehr abgedeckt werden. Das ist doch ein Problem der Wirtschaftlichkeit. Deswegen werden wir nicht einfach sagen können: „Orientiert euch an diesem Markt.“

Wir müssen nicht bis in die Zukunft warten, Herr Abg. Glück, bis es sich wendet und die Kohle Vorrang vor dem Gas hat. Schon jetzt ist es so. Die besten Kraftwerke, die wirtschaftlichsten Kraftwerke sind im Moment die Braunkohlekraftwerke. Die Gaskraftwerke sind es nicht. Da müssen wir nicht bis in die Zukunft warten.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Leider ist die Situation jetzt so. Deswegen werden wir uns – damit komme ich zu dem nächsten Punkt, den ich vorab noch ansprechen möchte – über den angesprochenen Emissionshandel richtig Gedanken machen müssen. Mir kommen Bedenken hinsichtlich Ihrer Äußerungen. Natürlich muss man die Energiewende im Endeffekt europaweit oder weltweit gestalten, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Nur: Sie meinen, dass wir erst einmal langsam machen sollten, bis Europa entsprechend mitzieht. Ich bin gerade angesichts der Entscheidung des EU-Parlaments zum Emissionshandel ein bisschen skeptisch, ob das eine gute Strategie ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit Herr Untersteller – ich bin sicher, dass er zuhört – merkt, dass ich seine Rede verlese – das ist mein Auftrag –, gehe ich jetzt zum Manuskript über

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

und komme zur eigentlichen Rede.

Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, der vor allem durch die fluktuierenden Energien Wind und Fotovoltaik bestimmt ist, werden zukünftig die Flexibilitätsanforderungen an den konventionellen Kraftwerkspark, also auch an die Kohlekraftwerke, deutlich ansteigen. Derzeit sind in Baden-Württemberg ca. 3 800 MW Leistung auf Steinkohlebasis installiert. In der Regel wird bei der zu erwartenden Laufleistung von Bestandskraftwerken mit Kohlefeuerung von einer Laufzeit von pauschal 45 Jahren ausgegangen. Das ist allerdings keine in Stein gemeißelte Größe. Die Laufzeit wird letztlich von regelmäßigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und technischen Untersuchungen zum Weiterbetrieb bestimmt.

Mit „Erhöhung der Flexibilität“ ist bei einem Kraftwerk z. B. gemeint, dass die Mindestlast abgesenkt und die Laständerungsgeschwindigkeit erhöht werden kann. In Baden-Württemberg betrifft dies im Wesentlichen die Kraftwerke der EnBW und das GKM. Bei diesen wurden laut Aussage der Betreiber in der Vergangenheit bereits umfangreiche Instandhaltungs- und Retrofitmaßnahmen durchgeführt. Hierzu gehört beispielsweise das Absenken der Mindestlast bei Heilbronn 7 auf ca. 15 % der installierten Leistung. Die Anlagen sind aber grundsätzlich für weitere die Flexibilisierung steigende Nachrüstungen geeignet. Mittelfristig können Steinkohlekraftwerke somit auch weiterhin einen Beitrag zum Ausgleich der fluktuierenden Einspeisungen leisten.

Wir werden auch zukünftig immer mehr Situationen haben, in denen Kraftwerke schnell aus dem Kaltzustand angefahren werden müssen. Bei diesen sogenannten Kaltstarts sind selbst modernste Kohlekraftwerke gegenüber GuD-Anlagen oder Gasturbinen im Nachteil. Deshalb benötigen wir zukünftig deutlich mehr gasbefeuerte Anlagen. Den Bau neuer Kohlekraftwerke, außer den bereits im Bau befindlichen, lehnt die Landesregierung hingegen ab.

Im Übrigen kommt angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Gegebenheiten des Marktdesigns – ich habe es vorhin ausgeführt – im Moment kein Betreiber auf die Idee, ein neues Kohlekraftwerk zu bauen.

Der im Antrag angesprochene Fernwärmespeicher von GKM 9, der derzeit im Bau ist, erhöht die Flexibilität dieses Kraftwerks. Im Falle eines notwendigen zusätzlichen Strombedarfs können bei gefülltem Wärmespeicher die Fernwärmemaschinen für mehrere Stunden in ihrer Leistung reduziert werden. Dadurch können ca. 50 MW zusätzliche Leistung für die Stromgewinnung bereitgestellt werden. Der Fernwärmespeicher leistet damit einen positiven Beitrag zur Versorgungssicherheit.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 50 MW? Das ist ja gar nichts!)

Die Landesregierung begrüßt daher die Einrichtung des Fernwärmespeichers.

(Ministerin Silke Krebs)

Die Auswirkungen auf die Laufzeit des Kraftwerks und die CO₂-Emissionen sind ohne vorliegende Betriebserfahrungen in diesem neuen Umfeld schwer abzuschätzen. Allerdings liegt es unseres Erachtens auf der Hand, dass es aufgrund der optimierten Fahrweise innerhalb komplexer Anlagen zu Wirkungsgradsteigerungen und damit zu nicht unerheblichen CO₂-Einsparungen kommen wird.

Laut Aussage aller Betreiber ist derzeit aber das Hauptproblem – damit kommen wir zum schon angesprochenen Thema Kapazitätsmarkt –, dass der Strommarkt weitere Flexibilitätssteigerungen schlicht und einfach nicht honoriert. Technisch ist das Ende der Fahnenstange nicht erreicht, man stößt aber im Moment auf ökonomische Grenzen bei der Steigerung der Flexibilität.

Auch deshalb tritt die Landesregierung für eine Weiterentwicklung des Marktes hin zu mehr leistungsabhängigen Komponenten oder eben Kapazitätsmechanismen ein. Die Bundesregierung – um das auch noch einmal auf die vorherigen Beiträge zu beziehen – ist bei der Frage, ob ein Kapazitätsmarkt eingerichtet werden muss, nicht mehr unentschieden. Sie ist eigentlich dafür. Im Moment finden die Debatten darüber statt, wie ein Kapazitätsmarkt ausgestaltet werden muss. Richtig gestaltet kann diese Weiterentwicklung die Investitionssicherheit für dringend benötigte Neubauten bei Gaskraftwerken erhöhen, aber auch für flexibilitätssteigernde Maßnahmen im Bestand der Steinkohlekraftwerke genutzt werden.

Wir sind davon überzeugt, dass wir einen Kapazitätsmechanismus brauchen, der eine Form der Leistungsvergütung vorsieht. Er muss technologieoffen gestaltet sein und neben neuen Erzeugungsanlagen auch der Nachfrageseite, also der Einbeziehung des Potenzials abschaltbarer Lasten, sowie Speichern offenstehen. Gerade bei den abschaltbaren Lasten hat ein gemeinsam mit dem bayerischen Umweltministerium in Auftrag gegebenes Gutachten ergeben, dass für einen Zeitraum von zwei Stunden in Bayern und in Baden-Württemberg 850 MW abgeschaltet und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden können.

Ein Kapazitätsmechanismus wäre daher ein wirtschaftlich vertretbarer Weg, langfristig die Versorgungssicherheit unter den Rahmenbedingungen der Energiewende zu sichern. Baden-Württemberg hat diese Alternative bereits vor anderthalb Jahren präsentiert. Der Ball liegt nun bei der Bundesregierung, hier tätig zu werden. Bayern und Baden-Württemberg werden jedenfalls nicht nachlassen, hier auf eine Lösung zu drängen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Zum Abschluss erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Frau Präsidentin, ich habe mich gemeldet, weil Herr Glück eine Aussage getroffen hat, die ich richtig und überlegenswert finde, bei der ich richtig gezuckt habe.

Wir diskutieren ja über das Thema Kapazitätsmechanismen und über Anreize für entsprechende Investitionen, egal, ob nun in Speicher- oder in neue Kraftwerke. Was wir, glaube

ich, auch überlegen müssen – das haben Sie angesprochen –, ist, wie wir bei bestehenden Regelungen wieder Anreize schaffen, die Netznutzungsentgelte nicht nur am Arbeitspreis, sondern auch am Leistungspreis festzumachen.

Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, wenn wir hier eine Diskussion darüber führen, wie wir das schaffen, was wir wollen, nämlich einen Kapazitätsmarkt, bei dem wir zu einem möglichst geringen Preis letztlich die Investitionen anreizen. Ich weiß, dass es dazu auch entsprechende Überlegungen im Ministerium gibt. Leider ist das Thema noch ein bisschen in der Warteschleife.

Den Betrag, den wir heute in bestimmten Bereichen – z. B. in den Bereichen der Netznutzungsentgelte – als Abgabe zahlen, sollten wir auch nutzen, um da möglicherweise zu differenzieren zwischen Arbeitspreisen – soundso viele Kilowattstunden, deswegen muss man soundso viel an Netznutzungsgebühren bezahlen, bzw. das, was man an Maximallast zieht – Denn danach muss man auch die Netze auslegen. Damit verursacht man da auch entsprechende Kosten. Das muss man dann auch zurückgeben. Daher kann ich diesen Vorschlag durchaus – er ist nicht neu; wir haben über ihn schon vorher diskutiert – begrüßen.

Was ich aber wieder nicht so ganz verstanden habe, Herr Glück, ist das, was Sie zum Thema EEG gesagt haben. Denn selbst wenn man das EEG abschaffen würde, wenn man den Marktmechanismus, nämlich die Merit-Order, und die Grenzkosten dort begreifen würde, wüsste man – ich glaube, die Frau Staatssekretärin hatte es auch angesprochen –, dass die Grenzkosten bei der Windkraft, bei der Fotovoltaik, bei den erneuerbaren Energien mit Ausnahme der Biomasse null sind. Damit würde sich gar nichts ändern.

Das Einzige, was man machen würde, ist, dass man den Ausbau der erneuerbaren Energien abwürgen würde.

Wir brauchen in allen Bereichen die Anreize, die es interessant machen und dazu führen, dass sich die Investitionen, die wir brauchen, auch rechnen. Das brauchen wir im Bereich der Kapazitäten, das brauchen wir im Bereich der erneuerbaren Energien, das brauchen wir auch im Bereich der Energieeinsparung.

Deswegen ist es gut, dass der Markt so viel regelt, wie er regeln kann. Aber an den Stellen, wo er das nicht von sich aus tut, müssen wir die Regeln vom Markt her auch so setzen, dass er es tun kann.

Wenn wir darüber eine gemeinsame Diskussion führen – erfreulicherweise ist es ja auch so, dass es auf Initiative von Baden-Württemberg auf Bundesebene einen entsprechenden Beschluss gibt; Frau Krebs hat es auch zu Recht angesprochen –, können wir auch an dieser Stelle gemeinsam weiterkommen. Das wäre auf jeden Fall mein Wunsch.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2688. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Aktueller Sachstand zum Armuts- und Reichtumsbericht – Drucksache 15/2825 (geänderte Fassung)

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2886

Meine Damen und Herren, für diesen Tagesordnungspunkt hat das Präsidium folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 15/2825 (geänderte Fassung) erteile ich Herrn Abg. Kunzmann für die CDU-Fraktion.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 21. Dezember 2012 fanden sich in den „Stuttgarter Nachrichten“ drei Schlagzeilen zu diesem Thema. Die erste lautete: „Im Südwesten leben am wenigsten Arme“. Die zweite Schlagzeile lautete: „Deutschland ist reich an Armutsberichten“, und die dritte Schlagzeile lautete: „Die Armuts-Propheten“.

Im Südwesten leben also am wenigsten Arme. Das ist das, Frau Ministerin Altpeter, was wir Ihnen nach 58-jähriger Regierungszeit hinterlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Da gibt es etwas zu erhalten!)

Die Menschen sind bei uns am sichersten vor Armut. Warum ist das bei uns so? Weil wir Acht gegeben haben auf eine gute Wirtschaftsstruktur und auf einen gesunden Mittelstand, den wir stets gepflegt haben, weil wir unser Bildungssystem zum besten in Deutschland und übrigens auch in Europa ausgebaut haben

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und weil die in Baden-Württemberg erworbenen Abschlüsse auf das Studium und auf die duale Ausbildung vorbereiten. Das haben wir durch eine Politik des gesunden Menschenverstands geschafft.

Wir haben uns darauf konzentriert, so wenige Schulabbrecher wie nur möglich zu haben. Darin waren wir so erfolgreich wie kein anderes Bundesland in Deutschland. Wir haben uns darauf konzentriert, möglichst allen einen qualifizierten Schulabschluss zu ermöglichen. Auch hier waren wir so erfolgreich wie kein anderes Bundesland in Deutschland. Wir haben uns

auch darauf konzentriert, jedem jungen Menschen eine Berufsperspektive zu ermöglichen. Hier waren wir einmal mehr so erfolgreich wie kein anderes Bundesland in Deutschland und kein Land in Europa.

Wenn Sie, Frau Ministerin Altpeter, selbst bestätigen, dass die Hauptursachen für Armut in der Langzeitarbeitslosigkeit und in fehlenden Bildungs- und Berufsabschlüssen liegen, dann ist Baden-Württemberg zumindest bis 2011 ein sicheres Land gewesen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Jochen Haußmann und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Deshalb gibt es auch die Schlagzeile: „Im Südwesten leben am wenigsten Arme“.

Wir kennen also die Hauptursachen für Armut. Wir kennen die Hauptbetroffenen. Wir kennen die richtigen Strategien, die richtigen Wege, um Menschen vor Armut zu schützen. Wir können auch auf ausreichend positive Erfahrungen zurückgreifen.

Frau Ministerin Altpeter, zu dem Antrag der SPD stellen Sie in den Antworten zu den Fragen 5 und 6 auf zehn Seiten – ausgesprochen ausführlich – Ihre Wege dar. Diese Ausführlichkeit könnte man sich auch einmal für eine Antwort auf eine CDU-Anfrage vorstellen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie müssen auch mal gescheit fragen!)

Sie greifen auf unsere Programme zurück und bringen das eine oder andere an Neuem. Ich gebe zu, das eine oder andere lehnen wir ab, und manchem stimmen wir auch zu.

Alles in allem frage ich Sie: Warum brauchen wir nochmals einen Bericht? Warum brauchen wir einen weiteren Bericht, der 1 Million € kostet, der Ihr Haus bis 2015 beschäftigen wird und praktisch keinen eigenen Impuls zur weiteren Armutsbekämpfung gibt? Die zweite Schlagzeile lautete: „Deutschland ist reich an Armutsberichten“.

Sie behaupten: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter, immer mehr Menschen sind von Armut bedroht. Die Schere hat sich in der Tat geöffnet, und zwar in den Jahren 2000 bis 2005. Das ist nachweisbar. Seither hat sie sich nicht mehr weiter geöffnet. In letzter Zeit schließt sie sich sogar wieder leicht. Jetzt frage ich Sie: Wer hat denn in den Jahren 2000 bis 2005 in Deutschland regiert?

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Für Gutachten und Berichte geben Sie 1 Million € aus. Gleichzeitig streichen Sie an den Schulen die Hausaufgabenbetreuung. Dort wäre das Geld im Sinne einer Armutsbekämpfung doch viel besser angelegt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl! Bei den Schwächsten sparen!)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Sie haben das Landeserziehungsgeld abgeschafft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

(Thaddäus Kunzmann)

Den Grünen war diese bescheidene Unterstützung von einkommensschwachen jungen Familien mit kleinen Kindern nicht wichtig genug.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es!)

Frau Altpeter, Sie haben das Landeserziehungsgeld in vermindelter Form immerhin erhalten wollen. Durch handwerkliches Unvermögen

(Lachen des Abg. Rainer Hinderer SPD)

haben Sie es im Bestand gefährdet, und letztendlich haben Sie es auch abgeschafft. Zu diesem Punkt hat Ihnen die CDU mehrmals Gespräche angeboten. Diese Gespräche wollten Sie nicht; Sie haben es ja besser gewusst. Deshalb tragen Sie für die Abschaffung des Landeserziehungsgelds persönlich die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Florian Wahl SPD: Noch nie ist so viel für die Schwächsten getan worden in Baden-Württemberg!)

Wir stehen dem Armuts- und Reichtumsbericht äußerst kritisch gegenüber. Trotzdem sind wir bereit, in der Sache mitzuarbeiten. Wir lassen uns jedoch nicht instrumentalisieren. Zu konkreten Projekten, die Menschen vor Armut bewahren, sagen wir unsere Unterstützung zu. Zur Alimentierung von Armutspropheten – um die dritte Schlagzeile zu zitieren –, die oft genug vor allem in eigener Sache unterwegs sind, sagen wir Nein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich für die Stellungnahme der Landesregierung herzlich bedanken. Die Stellungnahme ist sehr umfassend und differenziert. Aber auch jenseits der nackten Zahlen, die auch für sich sprechen, Herr Kollege Kunzmann, wird schon in der Art der Berichterstattung eines sehr deutlich: Grün-Rot in Baden-Württemberg mit einer sozialdemokratischen Sozialministerin ist nicht gewillt, über die zunehmende Armutsproblematik im Land einfach hinwegzusehen und hinwegzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben da schon ein Problembewusstsein im Hinblick auf die Frage, wie es um die Verteilung – die Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch von Lebensperspektiven und Chancen – und um die Gerechtigkeit in unserem Land bestellt ist. Da bereiten uns einige Entwicklungen durchaus Sorgen.

Uns berührte schon, als wir die Menge an Menschen sahen, die in den Wintermonaten wieder an den Essensausgaben der Vesperkirchen Schlange standen. Wir waren mit unserem Sozial-AK vor Ort in der Stuttgarter Vesperkirche.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich habe sogar geholfen!)

Der Fraktionsvorsitzende war mit dabei, wir auch, Herr Kollege.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich habe sogar geholfen!)

Was wir dort an Not und Elend gesehen haben, war erbärmlich.

Erbärmlich ist für uns auch, wenn wir bei Schulbesuchen Berichte von Kindern hören, die hungrig zur Schule kommen, weil es zu Hause kein Frühstück gibt.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Sollen wir dann die Schule in Zukunft mit einem Frühstück beginnen oder sind die Eltern in erster Linie dafür verantwortlich?)

Erbärmlich ist, wenn wir von den Sozialdiensten hören, dass alte Menschen wegen der hohen Energiekosten ihre Wohnungen nicht mehr heizen und deshalb ihre Zeit in den Tagesstätten für Wohnungslose verbringen.

(Abg. Florian Wahl SPD: So sieht es aus! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Wer hat denn die Energiepreise erhöht? Wer hat denn die Ökosteuer eingeführt?)

Die Daten und Fakten, die Sie in dem Bericht sehen, belegen zusätzlich, dass die Dinge nicht in Ordnung sind und Handlungsbedarf besteht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Sie haben richtig erkannt: Wenn wir die bundesdeutschen Einkommensverhältnisse zugrunde legen und dann auf Baden-Württemberg rückschließen, dann liegt die Armutsgefährdungsquote bei 11,2 %. Gemessen am Bundesmedian ist bei uns – das ist richtig – die Armutsgefährdungsquote am geringsten. Das ist erfreulich. Aber, Herr Kollege Kunzmann, es lohnt sich, etwas genauer hinzusehen. Denn wenn wir die Einkommensverhältnisse in unserem Bundesland zugrunde legen, was aus unserer Sicht die richtige Bezugsgröße ist, dann liegt die Armutsgefährdungsquote plötzlich bei 14,7 %. Dann ist der Südwesten keinesfalls mehr die Gegend mit den wenigsten Armen, dann liegt die Armutsgefährdungsquote in Baden-Württemberg höher als in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ist das nicht ein Witz? Was sind solche Statistiken wert? Ist bei uns die Armutsgefährdung höher als in Mecklenburg-Vorpommern? – Gegenruf des Abg. Florian Wahl SPD: Das sind keine Statistiken, das sind Schicksale!)

– Das ist kein Witz. Die Menschen bei uns im Land vergleichen sich mit denen, die ebenfalls bei uns im Land wohnen, und nicht mit denen, die in Mecklenburg-Vorpommern oder irgendwo anders im Bundesgebiet oder in Afrika wohnen. Insofern geht es uns, den Landespolitikern, darum, die Voraussetzungen bei uns im Land zu verbessern.

(Rainer Hinderer)

Ein Kernsatz in der Bewertung der vielen im Bericht genannten Indikatoren ist für mich:

Für den einzelnen Betroffenen spielt es ohnehin keine Rolle, ob er statistisch gesehen zu wenigen oder vielen Armutsgefährdeten gehört; er erwartet von der Landesregierung zu Recht ein fundiertes Konzept gegen Armut, ...

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Das ist für mich die zentrale Schlussfolgerung aus dieser Stellungnahme und aus den erwarteten Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichts.

Wir stellen fest, dass es eine krasse Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in unserem Land gibt und es deshalb Antworten auf diese Fragen zu finden gilt. Das ist das, was die grün-rote Landesregierung grundlegend von Schwarz-Gelb im Bund unterscheidet.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Zum Zeitpunkt der Beantwortung unseres Antrags lag die endgültige Fassung des Vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung noch nicht vor. Mittlerweile wissen wir, welchen Stellenwert dieses Thema bei der Bundesregierung hat, nämlich gar keinen. Die Bundesregierung will die bitteren Erkenntnisse, die trotz handwerklicher Fehler aus ihrem Bericht zu entnehmen sind, einfach nicht wahrhaben. Der Bundesregierung ist eine schöngefärbte Präsentation der sozialen Verhältnisse offensichtlich wichtiger als die nüchterne Analyse, die die notwendigen Voraussetzungen für Handlungsoptionen für ein Umsteuern in der Verteilungsfrage schafft.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Das bekräftigt uns auch darin, einen eigenen Armuts- und Reichtumsbericht erstellen zu lassen. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde deshalb nicht nur von der Opposition, sondern auch von allen Sozialverbänden zu Recht heftig kritisiert. Die Sozialverbände sind es auch, die im Land sehr wohl wahrnehmen, dass die Landesregierung diesbezüglich einen anderen Ansatz verfolgt. Die Verbände als unsere Partner in Sachen Armutsprävention und Armutsbekämpfung werden auch in die Berichterstattung und die Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen zur Armutsprävention einbezogen.

Der Beirat für den Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg hat sich konstituiert und tagt bereits. Er soll weiterentwickelt werden zu einem Landesbeirat für Armutsbekämpfung und -prävention. Dieser Beirat begleitet auch unser Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung, das in die Berichterstattung eingebettet wird und wofür auch Mittel aus den jährlich zur Verfügung stehenden 500 000 € für Maßnahmen und Projekte entnommen werden können.

Ich denke, die Einbeziehung der Verbände und Sozialpartner kommt bei unseren Partnern richtig gut an und ist ein weiterer Beleg für die dialogorientierte Politik der Landesregierung. Dafür gebührt unserer Sozialministerin ganz ausdrücklich unser Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zufrieden sind wir auch mit den Maßnahmen und Initiativen, die bereits zur Armutsüberwindung in die Wege geleitet wurden. In der Stellungnahme wird ausführlich – Sie haben es gesagt, Herr Kunzmann – darauf eingegangen. Es sprengt jetzt den Zeitrahmen, alle Maßnahmen und Vorhaben nochmals einzeln vorzustellen. Aber ich denke, die Handschrift wird deutlich. Wir arbeiten an einer Verbesserung der Strukturen. Für die direkten Transferleistungen, die die Menschen zumindest vor absoluter Armut bewahren sollen, ist der Bund zuständig. Da müssen noch einige Hausaufgaben gemacht werden.

(Abg. Johannes Stober SPD: Steuererhöhung!)

Wir arbeiten an der Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Arbeitsplätze schaffen!)

Wir setzen an beim Thema „Bildung und Betreuung“, damit die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessert werden.

Wir setzen an beim Thema „Gute und sichere Arbeit“, damit die Menschen von dem, was sie verdienen, auch leben können, und damit diejenigen, die aufgrund von Beeinträchtigungen oder Einschränkungen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, auch neue Zugangschancen erhalten. Im Übrigen ist ordentliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch die einzige Chance, um der drohenden Flut einer neuen Altersarmut Einhalt zu gebieten.

Wir setzen an beim Thema „Bezahlbarer Wohnraum“, damit auch einkommensschwache Mieter anständig wohnen können. Wir setzen an beim Thema Geschlechtergerechtigkeit, damit Frauen die gleichen Teilhabechancen bekommen, Einkommensgleichheit hergestellt wird und damit Beruf und Familie leichter zu vereinbaren sind.

Meine Damen und Herren, sicher, in den genannten Handlungsfeldern gibt es noch einiges zu tun, und wir könnten viel mehr Geld gebrauchen, als wir haben,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Haben wir denn so viel?)

um alles, was auch in unserem Land aus dem Lot geraten ist, wieder in Ordnung zu bringen. Aber wir sehen die Probleme. Wir verschließen nicht die Augen. Wir arbeiten an der Bekämpfung der sozialen Ungleichgewichte und der Not in unserem Land. Ich denke, wir sind auf einem ganz guten Weg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange einmal mit dem Positiven an. Der Antrag der CDU zeigt immerhin, dass Sie sich für das Thema „Armut und Reichtum“ interessieren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Eher für Reichtum!)

(Thomas Poreski)

Gegenüber dem, was Sie früher geäußert haben, ist das ein Fortschritt, sicherlich ein sehr kleiner Fortschritt

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Wir haben die Armut bekämpft und nicht bejammert!)

– das haben Sie, Herr Kunzmann, eindrücklich unter Beweis gestellt –, aber sicher ein großer Schritt für die CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wer sich bisher nicht sicher war, ob ein eigener Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Sinn macht, wurde vor knapp drei Wochen im Bundestag eines Besseren belehrt. Die Antworten der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Grünen wichen den offensichtlichsten und größten Problemfeldern aus: etwa der verdeckten Armut – denn viele Leistungsberechtigte kommen in Wirklichkeit nicht zu ihrem Recht –, dem Thema Wohnungslosigkeit, die besonders bei unter 25-Jährigen massiv zugenommen hat – übrigens auch in Baden-Württemberg –, der prekären Situation von Alleinerziehenden, die zu über 40 % armutsgefährdet sind – auch in Baden-Württemberg –, dem Armutsrisiko von Migrantinnen und Migranten, von Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt der Armut von älteren Menschen. Diese ist in den letzten Jahren um 15 % angestiegen, doch die große Welle der Altersarmut steht uns erst noch bevor.

Stattdessen wirft Schwarz-Gelb Nebelkerzen. So sei die Kinderarmut angeblich gesunken. Für diese statistische Aussage gibt es einen ganz einfachen Grund: Es gibt weniger Kinder. Die Armutsquote bei Kindern ist mit 16,5 % im Bund und mit rund 14 % in Baden-Württemberg jedoch nahezu unverändert.

Getrickt wird auch beim Bildungs- und Teilhabepaket. Fast drei Viertel der Berechtigten profitieren angeblich davon. Gezählt wird aber schon dann, wenn nur eine einzige Leistung in Anspruch genommen wird. In Wirklichkeit kam trotz Monsterbürokratie bei den meisten Kindern nicht mehr an als früher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Im brandaktuellen Bericht der Bundesregierung gibt es keine neuen Zahlen zur Frage der Einkommens- und Vermögenskonzentration. Die letzten diesbezüglichen Angaben stammen von 2007 und 2008. Gleichzeitig wird aber behauptet – das haben Sie, Herr Kunzmann, auch getan –, die Einkommensspreizung habe von 2006 bis 2010 nicht zugenommen, sondern sei sogar zurückgegangen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich habe „bis heute“ gesagt!)

– Meinetwegen sagten Sie: „bis heute“. – Pardon, aber eine solche Kurzzeitentwicklung hatten wir nach jeder Krise, so beispielsweise auch nach dem Platzen der sogenannten Dotcom-Blase 2001.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Doch danach – hören Sie zu; die langfristige Entwicklung sagt etwas anderes – ist die Schere bei der Einkommensentwicklung immer weiter auseinandergegangen – das können Sie an den Kurven über einen längeren Zeitraum hinweg sehen –,

von der Entwicklung bei der Vermögenskonzentration ganz zu schweigen.

Was wir hier in Baden-Württemberg brauchen, ist also mehr als nur eine länderspezifische Auslegung des Bundesberichts. Wir brauchen vielmehr über weite Strecken eine Korrektur, und diese Korrektur werden wir liefern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit der Steuererhöhung!)

Der Antrag unseres Koalitionspartners bietet hierfür eine gute Grundlage.

Wir werden auch über den Bundesrat Konsequenzen ziehen, beispielsweise – ja! – auch über die Steuerpolitik. Starke Schultern müssen wieder einen fairen Lastenanteil tragen, um die große Mehrheit zu entlasten. Die obersten zehn Prozent werden nach unseren Plänen in der Summe moderat belastet; das oberste eine Prozent deutlich. Das zu skandalisieren, wie dies die Opposition in der vergangenen Woche getan hat, zeigt, dass Sie soziale Marktwirtschaft nicht verstanden haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Widerspruch bei der CDU)

Die Steuerpflichtigen, deren Fälle Herr Hauk hier so tränenreich angeführt hat, werden nach unseren Plänen überwiegend nicht nur nicht belastet, sondern sie werden unter dem Strich sogar entlastet.

Die Kernzuständigkeit des Landes bezieht sich aber auf Strukturen. Hier werden wir aufgrund der Berichtsergebnisse genau hinschauen. Wir werden fragen: Was leisten diese Strukturen an Beratung, Unterstützung und Betreuung? Woran mangelt es? Wo müssen wir für Verbesserungen sorgen? Die Landesregierung hat mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, mit Vertretern von Wirtschaft und Gewerkschaften sowie mit den kommunalen Landesverbänden eine Struktur für den Bericht erarbeitet, die allen Fraktionen zugestellt worden ist.

Darüber hinaus hat die Ministerin nun einen erweiterten Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention angekündigt. In diesem Gremium, das erstmals im Herbst dieses Jahres tagen wird, werden nicht nur die bisherigen Akteure, sondern auch alle Fraktionen des Landtags vertreten sein. Für diese Initiative, die wir Grünen im Vorfeld intensiv unterstützt haben, bin ich Frau Ministerin Altpeter sehr dankbar; dankbar bin ich dabei ausdrücklich auch für die Einbeziehung der Opposition.

Ich würde mich freuen, wenn Sie nach dem ersten kleinen Schritt der Nachfrage nun auch den zweiten Schritt gehen und sich an diesem Beirat beteiligen. Denn die komplexen politischen Fragestellungen im Kontext von Armut und Reichtum erfordern einen intensiven Dialog mit Wissenschaft und Praxis. Verstehen Sie das als Angebot der grün-roten Koalition.

Wir, das Land, können das besser als der Bund.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Was zu beweisen wäre!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die grün-rote Landesregierung plant, in den nächsten zwei Jahren einen eigenen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen. Wenn man die Stellungnahmen zu den vorliegenden Anträgen liest, stellt man fest – das ist bemerkenswert –, dass die Landesregierung darin angekündigt hat, im Nachgang 2015 bereits einen weiteren, einen zweiten Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das macht die schwarz-gelbe Bundesregierung auch so!)

Sie wollen im Zusammenhang mit dem Landeserziehungsgeld weitere Untersuchungen durchführen. Sie sagen also schon jetzt: Der erste Bericht – mit dem noch gar nicht begonnen wurde – wird bereits 2015 erweitert bzw. von einem zweiten Bericht abgelöst.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Genau wie im Bund!)

Wir teilen die Meinung der CDU-Fraktion und haben ebenfalls erhebliche Zweifel, ob wir, um die Ziele erreichen zu können, eine weitere statistische Erhebung brauchen. Denn die Fakten – das geht aus den Stellungnahmen auch hervor – liegen auf dem Tisch.

Sie sprechen die Quote der Armutsgefährdung an. Nach dieser Bewertung gilt jemand, der nicht mehr als 60 % des durchschnittlichen Einkommens erreicht, als armutsgefährdet. Herr Kollege Hinderer hat angedeutet, dass es unterschiedliche Betrachtungen gibt. Nach den Werten aus Bundessicht steht Baden-Württemberg auf Platz 1 – weit vor Mecklenburg-Vorpommern. Nach den Werten aus Landessicht sind die Bürger in Baden-Württemberg plötzlich ärmer als die in Mecklenburg-Vorpommern.

Hier beginnt eine wissenschaftliche Diskussion, die daran anschließen will – dem einzelnen Betroffenen ist es, wie ich glaube, herzlich egal –: Einmal sind 895 € unheimlich viel, und einmal sind 895 € unheimlich wenig. Schon deswegen habe ich meine Zweifel, ob wir mit einer weiteren Statistik das eigentlich beabsichtigte Ziel erreichen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Teure Statistik!)

Deswegen lehnen wir einen weiteren Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Eckwerte sind klar. Das geht aus den Stellungnahmen hervor. Frauen sind stärker armutsgefährdet als Männer. Jüngere und ältere Menschen sind stärker armutsgefährdet. Alleinerziehende Väter und Mütter haben ein größeres Armutsrisiko. 50 % der Erwerbslosen sind von Armut bedroht. Geringqualifizierte sind stärker armutsgefährdet als Hochqualifizierte – das hätte ich mir fast auch erklären können –: 36 % der Geringqualifizierten und 5 % der Hochqualifizierten. Baden-Württemberger mit Migrationshintergrund sind ebenfalls stärker armutsgefährdet.

Baden-Württemberg und Bayern liegen hingegen in allen Statistiken vorn.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das liegt sicherlich auch an einer soliden Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in den letzten Jahrzehnten in Baden-Württemberg und an dem Engagement der Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich komme jetzt zu dem Stichwort Reichtumsbericht. Auch hier liegen die Zahlen vor. Auf den Landeswert bezogen, liegt Baden-Württemberg mit der Einkommensreichumsquote im Mittelfeld. Das war für mich auch überraschend. Vor Baden-Württemberg liegen Hamburg, Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Nach dem sogenannten Gini-Koeffizienten, der die Ungleichheit der Einkommen bewertet, liegt Baden-Württemberg unter dem Bundesdurchschnitt. Es mangelt also nicht an statistischen Daten.

Wir brauchen keine Politik, die immer nur die Karten mischt, statt zu spielen, so, wie Sie es hier machen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir brauchen vielfältige Aktivitäten, wie sie bereits die schwarz-gelbe Landesregierung durchgeführt hat und wie Sie sie weiterführen, seien es die Frühen Hilfen oder das Landesprogramm STÄRKE oder der Bereich der frühkindlichen Bildung, für den Sie zusätzliche Finanzmittel bereitstellen. Auch das darf man durchaus anerkennend hervorheben.

Ich glaube aber, dass Baden-Württemberg dank seines hervorragenden Schulsystems und dank der – wir haben es heute Morgen in der Diskussion gehört – niedrigen Abbrecherquoten Spitzenplätze im Ländervergleich einnimmt. Deswegen haben wir eine geringe Jugendarbeitslosigkeit, die auch daraus resultiert, dass wir eine exzellente duale Ausbildung haben.

Der Sozialausschuss des Landtags war kürzlich in Schweden und Norwegen. Man muss sich fragen: Warum entstehen dort die Schwierigkeiten? Weil dort Abbrecherquoten von 30 % und eine Jugendarbeitslosenquote von 25 % bestehen. Sie haben ein Gesundheitswesen, das uns Sorgen bereitet.

(Zuruf von der CDU: Jugendarbeitslosigkeit in Schweden von 25 %!)

Also brauchen wir Arbeit und Qualifizierung. Arbeit und Qualifizierung schützen vor Armut. EU-weit liefert die Bundesrepublik Deutschland die besten Erfolge. Wir haben 41,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und eine Jugendarbeitslosenquote von weniger als 6 %. Die Langzeitarbeitslosenquote wurde um 40 % abgebaut. Das verfügbare Einkommen ist von 2005 bis 2010 um 700 € gestiegen. Es geht darum, diesen Erfolgskurs fortzusetzen und die betroffenen Gruppen zu unterstützen, auch mit niedrigschwelligen kommunalen Begleitungen.

Steuerpläne, Herr Kollege Poreski: Fragen Sie einmal Vertreter des Mittelstands in Baden-Württemberg, was sie von der Steuerpolitik halten und wie die sich möglicherweise auf die duale Ausbildung in Baden-Württemberg auswirkt. Dann müssten Sie als Baden-Württemberger sagen: Die Steuerpo-

(Jochen Haußmann)

litik, die im Wahlprogramm von Grün und Rot steht, wäre schädlich und würde auch die statistischen Aussagen Ihres Berichts in zwei Jahren negativ beeinflussen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Nicht, wenn man es versteht!)

Deswegen kämpfen wir dafür, dass wir den mittelstandsfreundlichen Kurs beibehalten, damit die Armut in Baden-Württemberg auch weiterhin niedrig bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Altpeter das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Armutsprävention und Armutsüberwindung in Baden-Württemberg“ ist für mich ein zentrales Thema der Politik der Landesregierung, das sich an ganz vielen Stellen widerspiegelt und wiederfindet. In diesem Zusammenhang glaube ich nicht, dass die Polemik angebracht ist, wir hätten das Landeserziehungsgeld abgeschafft. Das Landeserziehungsgeld musste abgeschafft werden, weil wir fürchten und wissen, dass es angerechnet wird.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Fürchten oder wissen? Und in Bayern und in Hessen?)

Nichtsdestotrotz geben uns die heute vorliegenden Anträge die Gelegenheit, das Thema Armut auch einmal hier im Plenum des Landtags zu behandeln, sodass es nicht nur ein Thema der Sozialpolitiker oder des Sozialausschusses ist, sondern ein Thema, das uns alle angeht.

Eine Zahl genügt bereits: Nach den Ergebnissen des Statistischen Landesamts gelten 14,7 % der Bevölkerung im Land als armutsgefährdet. Lassen Sie mich dazu deutlich sagen: Ohne die Landesregierung wäre Baden-Württemberg eines der letzten Länder, das noch keine Armuts- und Reichtumsberichterstattung hat.

In diesem Zusammenhang dann von Armutspropheten zu reden ist, finde ich, schon ein bisschen vermessen. Denn es geht uns nicht darum, irgendetwas vorauszusehen, sondern es geht uns darum – das habe ich an dieser Stelle schon öfter gesagt –, mit der Erstellung dieses Berichts gleichzeitig konkrete Maßnahmen zu entwickeln und Felder zu identifizieren, in denen wir noch tätig werden müssen, in denen wir noch Nachholbedarf haben.

Eines sei an dieser Stelle auch noch gesagt: Unter Ihrer Regie, meine Damen und Herren von der Opposition, gab es weder das Wort Armut noch das Thema Armut. Das haben die Beiträge am heutigen Tag zu diesem Thema auch wieder gezeigt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb ist es, denke ich, gut, dass sich das mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht in Baden-Württemberg ändert. Herr Haußmann, um Missverständnissen vorzubeugen: Der

Beschluss lautet, dass es pro Legislaturperiode nur einen Bericht geben soll. Der Bericht, den wir derzeit zusammen mit dem Beirat erstellen und der im Jahr 2015 erscheinen soll, wird dann als Schwerpunktthema Kinderarmut haben. Wir haben uns vorgenommen, für jeden Bericht pro Legislaturperiode einen anderen Schwerpunkt zu setzen. Wie gesagt, der Schwerpunkt des Berichts dieser Legislaturperiode liegt auf dem Thema Kinderarmut.

Hier wurde auch schon der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erwähnt. Ich finde es schon ziemlich vermessen, hier über unseren Armuts- und Reichtumsbericht, der noch gar nicht erstellt ist, sondern sich erst in der Erstellungsphase befindet, zu schimpfen und ihn abzulehnen, aber gleichzeitig nichts zum Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu sagen, der sich nicht umsonst den Vorwurf gefallen lassen muss, geschönt und zensiert zu sein.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Ich darf nur daran erinnern, dass z. B. Aussagen gestrichen wurden, die beinhalteten – ich zitiere jetzt –, dass mehr als vier Millionen Menschen für weniger als 7 € brutto pro Stunde arbeiten. Das wurde herausgestrichen. Fakt ist aber, dass vier Millionen Menschen 1 200 € brutto oder weniger pro Monat verdienen, was umgerechnet auf die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl weniger als 7 € pro Stunde bedeutet.

Da können Sie auch nicht sagen: „Das gibt es nur in Mecklenburg-Vorpommern.“ Das gibt es in Baden-Württemberg genauso, wie wir erst in den letzten Tagen durch einen SWR-Beitrag zum Thema Leiharbeit erfahren mussten. Das ist ein Thema, das wir auch hier im Land und nicht nur in den neuen Bundesländern oder anderswo bekämpfen müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb werden wir, anders als der Bund, vertiefende und umfassende Daten zum Thema Reichtum zur Verfügung stellen. Wir werden auch einiges anders machen als der Bund, denn wir wollen einen guten Armuts- und Reichtumsbericht, mit dem man auch arbeiten kann.

Im Bund wurde auch kritisiert, dass sich Mitglieder des Beraterkreises zu wenig beteiligen durften, dass sich ihre Beteiligung in einer Einladung des Bundes zu einer zweistündigen Veranstaltung erschöpfte. Dies wollen wir anders machen, und wir machen es auch anders. Deshalb haben wir bereits im Vorfeld bei der Erstellung unseres Berichts den Beirat einbezogen. Wir werden im Herbst auch einen erweiterten Landesbeirat ins Leben rufen, weil wir wollen, dass auch die politische Seite mit einbezogen ist. Wir wollen, dass Sie dabei sind, wenn es darum geht, Maßnahmen abzuleiten, die die Situation armutsgefährdeter und armutsbetroffener Menschen verbessern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eines ist mir noch wichtig, weil hier immer in die Debatte geworfen wird, wir würden über den Doppelhaushalt 2013/2014 1 Million € ausgeben, nur um hinterher einen Bericht präsentieren zu können. Dem ist bei Weitem nicht so.

Wir wollen neben der Berichterstattung im Rahmen unseres Aktionsprogramms zur Armutsbekämpfung sinnvolle regio-

(Ministerin Katrin Altpeter)

nale Projekte unterstützen. Ein erstes Projekt unterstützen wir gerade in Tübingen. Es sind noch andere Projekte vorgesehen, die sich ganz praktisch mit dem Thema Kinderarmut beschäftigen. Wir wollen nicht nur den Bericht, sondern wir wollen auch die Umsetzung.

Ein Thema, das sicherlich auch eine Rolle spielt, ist die medizinische Versorgung von Wohnungslosen. Auch hier werden wir tätig. Hier geht es auch ganz praktisch um Armutsbekämpfung. So haben wir für den 15. Juli einen Termin mit den Kostenträgern vereinbart, um gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, die die medizinische Versorgung von Wohnungslosen verbessert. Denn wenn wir von Armut reden, reden wir nicht nur von Alleinerziehenden, nicht nur von Menschen, die in prekärer Beschäftigung sind, sondern auch von Menschen, die ganz unten am sozialen Ende angekommen sind.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Alles ohne Armutsbericht bisher!)

Sie haben es ja vorhin geschildert. – Nicht alles ohne Armutsbericht, Herr Kunzmann,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie machen es doch schon!)

sondern alles als Teil des Armutsberichts.

Denn in der Tat: Was ich nicht will, ist ein Bericht, der dann in der Schublade oder vielleicht irgendwo in der Abstellkammer des Ministeriums landet. Ich möchte einen Bericht, der lebt, einen Bericht, der zum Ändern aufruft, einen Bericht, der uns alle veranlasst, gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, damit sich Armutsgefährdung und Armut in unserem Land verringern.

Sie haben gesagt, Sie wollten sich dem Praktischen nicht verschließen. Deshalb spreche ich abschließend noch einmal die Einladung an Sie aus: Machen Sie mit beim erweiterten Landesbeirat. Diese Möglichkeit haben wir eröffnet, weil das Thema nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition angeht. Machen Sie mit, wirken Sie mit, beteiligen Sie sich.

Arbeiten Sie praktisch daran mit, dass wir etwas gegen Armut und Armutsgefährdung tun können. Oder, um Ihre Worte von vorhin zu benutzen: Nehmen Sie die Karten, die wir gemischt haben, auf. Machen Sie mit, und lassen Sie uns zusammen gegen Armut und Armutsgefährdung spielen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kunzmann das Wort.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Beitrag von Herrn Poreski wurde mir im Wesentlichen klar, um was es geht. Es geht bei diesem Armuts- und Reichtumsbericht um Politik.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Echt? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da kann man sich nicht so sicher sein! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Politik ist etwas Schlechtes bei Ihnen? – Weitere Zurufe)

Es geht um Wahlkampf im Bund. In Berlin regieren CDU/CSU und FDP.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das stimmt!)

Im September ist Bundestagswahl,

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Stimmt alles!)

und Sie brauchen jetzt ein Thema. Deshalb instrumentalisieren Sie jetzt diesen Armuts- und Reichtumsbericht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es geht Ihnen also um Wahlkampf.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ihre Regierung hat den Bericht manipuliert! – Zuruf des Abg. Florian Wahl SPD)

Bitte tun Sie nicht so, als ob es Ihnen im Moment um die Armutsbekämpfung gehen würde. Das haben Sie damit letztendlich gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nicht im Moment! Fortlaufend!)

Herr Hinderer, Sie hatten vorhin die Bezugsgrößen genannt. Sie hatten gesagt: Wenn man den Bund als Bezugsgröße nimmt, liegt Baden-Württemberg bei 11,2 % und ist – das hatten Sie auch gesagt – das erfolgreichste Land bei der Armutsprävention in Deutschland.

Dann haben Sie gesagt, das sei eigentlich nicht die richtige Bezugsgröße, die Bezugsgröße müsse das Durchschnittseinkommen in Baden-Württemberg sein.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: So ist es!)

Da sei Baden-Württemberg schlechter als Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt also: In Baden-Württemberg ist die Gefahr, arm zu werden, größer als in Mecklenburg-Vorpommern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss man sich einmal vorstellen!)

Überlegen Sie einmal selbst, Herr Hinderer, ob das nicht zum Teil absurd ist,

(Abg. Florian Wahl SPD: Das ist überhaupt nicht absurd!)

was Sie da an Statistik präsentieren. Ich will Ihnen an zwei Beispielen noch einmal erläutern, was ich meine. Wenn sich heute nur in Baden-Württemberg alle Haushaltseinkommen verdoppeln, die Preise gleich bleiben – sie erhöhen sich nur in Baden-Württemberg –, dann bleibt die Armutsquote exakt dieselbe, und in Mecklenburg-Vorpommern sind die Menschen beim Schutz vor Armut Ihrer Statistik nach offensichtlich immer noch besser dran.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Umziehen! – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

(Thaddäus Kunzmann)

Wenn von heute auf morgen alle Einkommensmillionäre aus Baden-Württemberg nach Mecklenburg-Vorpommern umziehen und ihr ganzes Geld mitnehmen, dann reduziert sich in Baden-Württemberg die Armut,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist fast wie der Stoiber!)

und in Mecklenburg-Vorpommern nimmt sie zu. So absurd ist Ihre Statistik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist Logik!)

Die CDU hat Armut immer bekämpft. Wir sind 58 Jahre dafür Beweis gestanden. Was ich von Ihnen gehört habe,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE zu Abg. Florian Wahl SPD: Die CDU hätte gern die Armut verboten!)

war eine Beschreibung der Armut. Für eine Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen ist das viel zu wenig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein Armutszeugnis!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Poreski das Wort.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines muss ich zurückweisen: Ich finde es unanständig, Herr Kunzmann, wenn Sie anderen unredliche Motive unterstellen. Das geht nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe, u. a. Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ja was machen Sie?)

– Nein, das habe ich noch nie gemacht. Das können Sie mir auch nicht nachweisen. Ich gehe jede Wette mit Ihnen ein, dass ich das hier nie gemacht habe. Ich finde, das ist ein Niveau, das wir uns hier nicht anzutun brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich lasse mir gern vorwerfen, dass wir Politik machen. Dafür sind wir gewählt, dafür werden wir bezahlt. Ich hoffe, Sie sehen das auch so.

(Zuruf des Abg. Florian Wahl SPD)

Natürlich haben Sie recht, dass Zahlen allein noch keine Interpretation sind; das ist völlig richtig. Zahlen müssen immer interpretiert werden. Dafür gibt es qualitative Bewertungen. Sonst brauchten wir keine Gremien, die irgendetwas beraten, und könnten alles irgendwelchen Rechenmaschinen überlassen. Das ist aber nicht die Situation, in der wir uns befinden.

Für mich ist wichtig, dass der kleine Schritt, den ich Ihnen vorhin – vielleicht mit einer rosaroten Brille – attestiert habe, dass Sie sich ein Stück weit bewegen, dass Sie sich für Armut und Reichtum in Baden-Württemberg interessieren, nicht zum rasenden Stillstand verkommt. So hörte sich Ihre Rede an: sehr laut, aber eben sehr inhaltsleer. Vielmehr sollten wir tatsächlich in diesen Prozess einsteigen und sagen: Uns liegen diese Zahlen vor, wir schauen uns an, welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen, und dann können wir darüber offen debattieren. Wir kommen möglicherweise zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen, aber wir kommen auf jeden Fall weiter, wenn wir uns mit der Materie befassen, statt sie oberflächlich abzubügeln.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Beide Anträge sind reine Berichtsanträge und können für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 16. Mai 2013, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:16 Uhr